

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



CC-BY-NC-ND 2.0, kris krtüg, <https://www.flickr.com/photos/kk/4195801110/>

MIT LINKEM
GREEN NEW DEAL ZUM
„SYSTEM CHANGE“?

die internationale

Ökosozialismus

Ökosozialismus und/oder „Degrowth“? Michael Löwy..... 3

„Zu spät, um pessimistisch zu sein!“ Interview mit Daniel Tanuro..... 6

Ökosozialismus oder Sozialdarwinismus, Daniel Tanuro..... 15

#ZeroCovid

Für einen solidarischen europäischen Shutdown von unten, Internationale Sozialistische Organisation (ISO)..... 18

Geschichte

Das Übergangsprogramm – ein bedeutendes Erbe, Heinrich Neuhaus..... 20

Konversion

Eine Chemieindustrie ohne CO₂-Emissionen? Klaus Meier..... 22

Green New Deal

Linker Green New Deal, Christian Zeller..... 33

inprekorr

Lateinamerika

Die Linke in der Sackgasse? Interview mit Franck Gaudichaud..... 41

Argentinien

Durchbruch für die Rechte der Frauen, Azul Cordo..... 49

Geschichte

Die Frauen der Commune, Interview mit Mathilde Larrère..... 53

Angola-Nigeria

Proteste in den Ländern des schwarzen Goldes, Jean Nanga..... 57

Petition

Sofortige Vergesellschaftung der Pharmaindustrie!..... 64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz).

die internationale erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:

Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Paul B. Kleiser, Björn Mertens, Paul Michel, Heinrich Neuhaus, Jakob Schäfer, Michael Weis (V.i.S.d.P.)

Abonnements:

- Einzelpreis: EUR 5,-
CHF 6,-
- Jahresabo: EUR 25,-
- Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
- Solidarabo: ab EUR 40,-
- Sozialabo: EUR 15,-
- Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
- Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:

Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:

die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
https://sozialismus.ch/

ÖKOSOZIALISMUS UND/ ODER „DEGROWTH“?

Für das Zusammengehen aller Strömungen der antikapitalistischen Ökologie. Der Ökosozialismus und die Degrowth-Bewegung gehören zu den wichtigsten Strömungen der ökologischen Linken

■ Michael Löwy

Ökosozialist*innen akzeptieren, dass ein gewisses Maß an Rückgang der Produktion und des Konsums notwendig ist, um einen ökologischen Kollaps zu vermeiden. Sie nehmen jedoch eine kritische Haltung gegenüber Degrowth-Theorien ein, weil: a) das Konzept des Degrowth unzureichend ist, um ein alternatives Programm zu definieren; b) es nicht spezifiziert, ob Degrowth innerhalb des Kapitalismus erreicht werden kann oder nicht; c) es nicht zwischen Aktivitäten unterscheidet, die reduziert werden müssen, und solchen, die entwickelt werden müssen.

Es ist wichtig, sich vor Augen zu halten, dass die Strömung der „*décroissance*“, die in Frankreich besonders einflussreich ist, nicht homogen ist: Sie ist von Kritikern der Konsumgesellschaft – Henri Lefebvre, Guy Debord, Jean Baudrillard – und des „*technischen Systems*“ – Jacques Ellul – beeinflusst und umfasst unterschiedliche politische Perspektiven. Es gibt mindestens zwei Pole, die recht weit voneinander entfernt, wenn nicht sogar gegensätzlich sind: auf der einen Seite Kritiker der westlichen Kultur, die dem Kulturrelativismus huldigen (Serge Latouche) und auf der anderen Seite universalistische linke Ökologie-Theoretiker (Vincent Cheynet, Paul Ariès).

Der weltweit bekannte Serge Latouche ist einer der umstrittensten unter den französischen Theoretikern der „*décroissance*“. Natürlich sind einige seiner Argumente legitim: *Entmystifizierung der „nachhaltigen Entwicklung“*, Kritik an der Religion des Wachstums und des „*Fort-schritts*“, Aufruf zu einer Kulturrevolution. Seine pauschale Ablehnung des westlichen Humanismus, der Aufklärung

und der repräsentativen Demokratie sowie sein maßloses Loblied auf die Steinzeit sind jedoch deutlich zu kritisieren. Aber das ist noch nicht alles. Völlig unerträglich ist seine Kritik an Vorschlägen zur ökosozialistischen Entwicklung für die Länder des Südens – mehr Trinkwasser, Schulen und Krankenhäuser – als „ethnozentrisch“, „verwestlichend“ und „zerstörerisch für lokale Lebensweisen“. Ganz zu schweigen von seinem unseriösen Argument, es sei nicht nötig, über den Kapitalismus zu sprechen, da diese Kritik „schon von Marx geleistet worden ist, und durchaus gut“. Das ist so, als würde man sagen, es sei nicht nötig, die produktivistische Zerstörung des Planeten anzuprangern, da dies von André Gorz (oder Rachel Carson) schon geleistet worden ist, „und durchaus gut“.

Näher an der Linken ist die universalistische Strömung, die in Frankreich durch die Zeitung *La Décroissance* repräsentiert wird, auch wenn der französische Republikanismus einiger ihrer Theoretiker (Vincent Cheynet, Paul Ariès) kritikwürdig ist: Im Gegensatz zu dem ersten weist dieser zweite Pol der *Décroissance*-Bewegung – trotz gelegentlicher Polemiken – zahlreiche Konvergenzpunkte mit den Bewegungen für globale Gerechtigkeit (Attac), den Ökosozialist*innen und den Parteien der radikalen Linken auf: Ausweitung der Kostenfreiheit (gratis angebotene Güter, Dienstleistungen oder öffentliche Einrichtungen), Vorrang des Gebrauchswerts gegenüber dem Tauschwert, Verkürzung des Arbeitstages, Kampf gegen soziale Ungleichheiten, Entwicklung nichtkommerzieller Aktivitäten, Umbau der Produktion entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen und dem Schutz der Umwelt.

Zahlreiche Theoretiker*innen des Degrowth scheinen zu glauben, die einzige Alternative zum Produktivismus bestehe darin, jegliches Wachstum zu stoppen oder durch negatives Wachstum zu ersetzen, d. h. das übermäßige Konsumniveau der Bevölkerung durch Halbierung der Ausgaben für Energie, durch Verzicht auf Einfamilienhäuser, Zentralheizung, Waschmaschinen etc. drastisch zu reduzieren. Da diese und andere derartige drastische Sparmaßnahmen recht unpopulär sein können, spielen einige

von ihnen – darunter ein so bedeutender Autor wie Hans Jonas in seinem *Prinzip Verantwortung* [1979] – mit der Idee einer Art „ökologischer Diktatur“.

Angesichts dieser pessimistischen Vision glauben optimistische Sozialist*innen, der technische Fortschritt und die Nutzung erneuerbarer Energien würden ein unbegrenztes Wachstum und eine Überflussgesellschaft möglich machen, in der jeder und jede *nach seinen/ihren Bedürfnissen* bedient werden kann.

Ich meine, dass diese beiden Schulen eine rein quantitative Auffassung von Wachstum – ob positiv oder negativ – oder von der Entwicklung der Produktivkräfte teilen. Es gibt eine dritte Position, die meiner Meinung nach angemessener ist: eine qualitative Transformation der Entwicklung. Das bedeutet, der monströsen und für den Kapitalismus typischen Verschwendung von Ressourcen ein Ende zu setzen, die auf der groß angelegten Produktion von nutzlosen und/oder schädlichen Produkten beruht: Die Rüstungsindustrie ist ein gutes Beispiel, doch haben viele Güter, die im Kapitalismus produziert werden, mit ihrer inhärenten Obsoleszenz keinen anderen Nutzen als den, Profite für die großen Unternehmen zu generieren.

Das Problem ist nicht *der überhöhte Konsum* ganz abstrakt, sondern die Art des vorherrschenden Konsums, der auf dem Erwerb prestigeträchtiger Güter, massiver Verschwendung, merkantiler Entfremdung, zwanghafter Anhäufung von Waren und zwanghaftem Kauf sogenannter Neuheiten beruht, die von der *Mode* durchgesetzt werden. Eine neuartige Gesellschaft würde die Produktion auf die Befriedigung realer Bedürfnisse ausrichten, angefangen bei denen, die man als „biblisch“ bezeichnen könnte – Wasser, Nahrung, Kleidung, Wohnung –, aber auch grundlegende Dienstleistungen: Gesundheit, Bildung, Transport, Kultur.

Wie können wir echte Bedürfnisse von künstlichen, fiktiven (künstlich geschaffenen) und improvisierten Bedürfnissen unterscheiden? Letztere werden durch mentale Manipulation, d. h. durch Werbung, hervorgerufen. Das System der Werbung ist in den modernen kapitalistischen Gesellschaften in alle Bereiche des menschlichen Lebens eingedrungen: Nicht nur Nahrung und Kleidung, sondern auch Sport, Kultur, Religion und Politik werden nach seinen Regeln gestaltet. Sie hat unsere Straßen, Briefkästen, Fernsehbildschirme, Zeitungen und Landschaften auf dauerhafte, aggressive und heimtückische Art und Weise erobert und trägt entscheidend zur Schaffung von zur Schau gestellten und zwanghaften Konsumgewohnheiten bei. Darüber hinaus verschwendet sie in einem „Produktions“-

Zweig, der nicht nur aus menschlicher Sicht nutzlos ist, sondern auch in direktem Widerspruch zu den wirklichen gesellschaftlichen Bedürfnissen steht, enorme Mengen an Öl, Strom, Arbeitszeit, Papier, Chemikalien und anderen Rohstoffen (und all das wird von den Verbraucher*innen bezahlt).

Während Werbung eine unverzichtbare Dimension der kapitalistischen Marktwirtschaft ist, hat sie in einer Gesellschaft im Übergang zum Sozialismus keine Daseinsberechtigung, da sie dort durch Informationen über Waren und Dienstleistungen ersetzt werden wird, die von Verbraucherverbänden bereitgestellt werden. Das Kriterium, um ein echtes von einem künstlichen Bedürfnis zu unterscheiden, ist sein Fortbestehen nach der Abschaffung der Werbung (Coca-Cola!). Natürlich würden die Konsumgewohnheiten ein paar Jahre lang bestehen bleiben, und niemand hat das Recht, den Menschen vorzuschreiben, was sie brauchen. Die Veränderung von Konsummustern ist ein historischer Prozess und eine pädagogische Herausforderung.

Einige Güter, wie z. B. ein privates Auto, werfen komplexere Probleme auf. Privatfahrzeuge sind ein öffentliches Ärgernis, sie töten und verstümmeln jedes Jahr auf der ganzen Welt Hunderttausende von Menschen, sie verschmutzen die Atmosphäre von Großstädten mit katastrophalen Folgen für die Gesundheit von Kindern und älteren Menschen, und sie tragen erheblich zum Klimawandel bei. Sie erfüllen jedoch einen echten Bedarf, indem sie Menschen zu ihrem Arbeitsplatz, nach Hause oder in die Freizeit befördern. Lokale Erfahrungen in einigen europäischen Städten mit umweltbewussten Verwaltungen zeigen, dass es möglich ist, mit der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung den Anteil des Individualverkehrs zugunsten von Bussen und Straßenbahnen schrittweise zu begrenzen.

In einem Prozess des Übergangs zum Ökosozialismus, in dem die öffentlichen Verkehrsmittel, ob ober- oder unterirdisch, großzügig ausgebaut und für die Nutzer*innen kostenlos sein werden und in dem Fußgänger*innen und Radfahrer*innen geschützte Wege haben werden, wird das private Auto eine viel geringere Rolle spielen als in der bürgerlichen Gesellschaft, in der es zu einer Fetischware geworden ist, die durch beharrliche und aggressive Werbung gefördert wird, ein Symbol des Prestiges und ein Zeichen der Identität. In den USA ist der Führerschein das anerkannte Identitätsdokument und der Mittelpunkt des persönlichen, gesellschaftlichen oder erotischen Lebens. Beim Übergang zu einer neuen Gesellschaft wird es viel einfacher sein, den Gütertransport auf der Straße – der schreckliche Unfälle und eine hohe Umweltverschmut-

zung verursacht – drastisch zu reduzieren und durch Transport auf den Schienen, durch Huckepackverkehr (Lastwagen, die mit dem Zug von einer Stadt zur anderen transportiert werden) zu ersetzen. Nur die absurde Logik der kapitalistischen *Wettbewerbsfähigkeit* erklärt das gefährliche Wachstum des Straßenverkehrs.

Ja, werden Pessimist*innen entgegenen, aber die Menschen haben unendliche Erwartungen und Wünsche, die kontrolliert, getestet, eingedämmt und, wenn nötig, unterdrückt werden müssen, das kann gewisse Beschränkungen der Demokratie erforderlich machen. Nun basiert der Ökosozialismus auf einer Wette, auf die schon Marx eingegangen war: Dass in einer klassenlosen Gesellschaft, die frei von kapitalistischer Entfremdung ist, das *Sein* über das *Haben* überwiegt, also die freie Zeit zur persönlichen Entfaltung durch kulturelle, sportliche, erholsame, wissenschaftliche, erotische, künstlerische und politische Aktivitäten über den Wunsch nach unendlichem Besitz von Gütern.

Der Kaufzwang wird durch den dem kapitalistischen System innewohnenden Warenfetischismus, durch die herrschende Ideologie und durch die Werbung ausgelöst: Es gibt keinen Beweis dafür, dass er Teil einer *ewigen menschlichen Natur* sei, deren Existenz der reaktionäre Diskurs behaupten will. Schon Ernest Mandel hat unterstrichen: „Die kontinuierliche Anhäufung von immer mehr Gütern (mit abnehmendem ‚Grenznutzen‘) ist keineswegs ein universelles oder auch nur vorherrschendes Merkmal menschlichen Verhaltens. Die Entwicklung von Talenten und Neigungen um ihrer selbst willen, der Schutz von Gesundheit und Leben, die Betreuung von Kindern, die Herausbildung reicher Sozialbeziehungen: So sehen, sobald die materiellen Grundbedürfnisse befriedigt sind, die Hauptmotivationen aus“ [*Power and Money. A Marxist Theory of Bureaucracy*, London u. New York: Verso, 1992, S. 206; dt. Ausg.: *Macht und Geld. Eine marxistische Theorie der Bürokratie*, Köln: Neuer ISP Verlag, 2000, S. 213].

Das bedeutet nicht, dass es nicht gerade im Transformationsprozess zu Konflikten zwischen Umweltschutzanforderungen und sozialen Bedürfnissen, zwischen ökologischen Imperativen und der Notwendigkeit, insbesondere in armen Ländern eine Basisinfrastruktur zu entwickeln, zwischen beliebten Konsummustern und Ressourcenknappheit kommen wird. Diese Widersprüche sind unvermeidlich: Sie zu lösen wird die Aufgabe einer demokratischen Planung mit einer ökosozialistischen Perspektive sein, befreit von den Imperativen des Kapitals und der Gewinnerzielung, über eine pluralistische und offene Debatte vor der Entscheidungsfindung der Gesellschaft

selbst. Solch eine Basisdemokratie und partizipative Demokratie ist das einzige Mittel, nicht um jeglichen Irrtum zu vermeiden, sondern dafür, dass die Gesellschaft kollektiv ihre eigenen Fehler selbst korrigieren kann.

Wie könnte die Beziehung zwischen dem Ökosozialismus und der Degrowth-Bewegung aussehen? Kann es trotz Meinungsverschiedenheiten eine Allianz im Eintreten für gemeinsame Ziele geben? In seinem vor einigen Jahren erschienenen Buch *La décroissance est-elle souhaitable?* (Ist Degrowth wünschenswert?) schlägt der französische Ökologie-Aktivist Stéphane Lavignotte eine solche Allianz vor. Er räumt ein, dass es viele kontroverse Punkte zwischen den beiden Standpunkten gibt. Sollten wir uns auf die Beziehungen zwischen den sozialen Klassen und den Kampf gegen die Ungleichheit konzentrieren, oder sollten wir das unbegrenzte Wachstum der Produktivkräfte anprangern? Was ist wichtiger, individuelle Initiativen, lokale Erfahrungen, freiwillige Einfachheit oder die Veränderung des Produktionsapparates und der kapitalistischen *Megamaschine*?

Lavignotte lehnt es ab, sich auf eine Seite zu schlagen und schlägt vor, die sich ergänzenden Praktiken zu kombinieren. Die Herausforderung bestehe darin, den Kampf für das ökologische Klasseninteresse der Mehrheit, also derjenigen ohne Kapital, mit der Politik der aktiven Minderheiten, die für eine radikale kulturelle Transformation sind, zu verbinden. Mit anderen Worten, es gehe, ohne die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten zu verbergen, um ein „politisches Engagement“ derjenigen, die verstanden haben, dass das Überleben des Lebens auf dem Planeten und insbesondere der Menschheit im Widerspruch zum Kapitalismus und Produktivismus steht, und die danach streben, aus diesem zerstörerischen und unmenschlichen System herauszukommen.

Als Ökosozialist und Mitglied der Vierten Internationale teile ich diese Ansicht. Das Zusammenfließen aller Varianten der antikapitalistischen Ökologie stellt einen wichtigen Schritt für die Umsetzung der dringenden und notwendigen Aufgabe dar, die selbstmörderische Dynamik der heutigen Zivilisation zu stoppen, bevor es zu spät ist ...

Quelle: Michael Löwy, „Écosocialisme et / ou décroissance – Pour la confluence de toutes variante de l'écologie anticapitaliste“, <https://www.pressegauche.org/Ecosocialisme-et-ou-decroissance-45447> (3. November 2020)

Aus dem Französischen übersetzt von Wilfried Dubois



„ZU SPÄT, UM PESSIMISTISCH ZU SEIN!“

Interview mit **Daniel Tanuro** zu seinem neuen Buch „Trop tard pour être pessimistes! Ecosocialisme ou effondrement“ (Zu spät, um pessimistisch zu sein! Ökosozialismus oder Zusammenbruch), das 2020 bei Textuel erschienen ist, von **Mats Lucia Bayer**. Das Interview wurde in Zusammenarbeit mit der Antikapitalistischen Linken Belgien und dem CADTM (Komitee zur Streichung der Schulden der Dritten Welt) entwickelt.

Im Jahr 2010 hast du „L'impossible capitalisme vert“ (deutsch: Klimakrise und Kapitalismus bei ISP) herausgebracht. Was hat Dich dazu gebracht, zehn Jahre später „Trop tard pour être pessimistes“ zu veröffentlichen?

Daniel Tanuro: Mehrere Elemente. Zunächst wollte ich betonen, dass die in „Klimakrise und Kapitalismus“ abgegebene Diagnose richtig war: Es gibt einen unversöhnlichen Antagonismus zwischen der Akkumulationsdynamik, wie sie dem kapitalistischen System eigen ist, und den ökologischen Grenzen des Planeten Erde. In der Klimafrage springt dieser Gegensatz ins Auge: Einerseits gibt es einen steilen Anstieg der erneuerbaren Energien und der Weltklimarat (IPCC) schätzt, dass sie das technische Potenzial hätten, die Bedürfnisse der Menschen fast zwanzig Mal zu stillen; auf der anderen Seite ist die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre (gegenwärtig 415 ppm) seit drei Millionen Jahren ohne Beispiel. Die Regierungen verschieben permanent die nötigen Maßnahmen, um einen Zusammenbruch zu verhindern. Die Rettung des Klimas ist ohne eine radikale Reduzierung des Verbrauchs an Endenergie, also der Produktion und des Transports,

unmöglich. Und solches ist mit dem kapitalistischen Produktivismus unvereinbar.

Zweitens wollte ich die wissenschaftlichen Daten auf der Grundlage des Sonderberichts des IPCC (Weltklimarat) hinsichtlich des 1,5-Grad-Zieles aktualisieren. In meinen Augen ist dieses Update wichtig, denn es ist mir ein Anliegen, die notwendigen Kenntnisse auch an nicht überzeugte Menschen weiterzugeben, insbesondere in der Welt der Arbeit. Aus diesem Grund beginnt „Trop tard pour être pessimistes“ – wie übrigens auch „Klimakrise und Kapitalismus“ – mit einer kurzen Bestandsaufnahme der ablaufenden Katastrophe und ihrer ökologischen und sozialen Konsequenzen.

Drittens wurde mir bisweilen vorgeworfen, mein Buch „Klimakrise und Kapitalismus“ vor allem auf die klimatischen Herausforderungen konzentriert zu haben. „Trop tard pour être pessimistes“ erweitert die Untersuchung auf die ökologische Krise insgesamt, mit einem besonderen Augenmerk auf die Vernichtung von Lebewesen. Dies ermöglicht es mir, die hinter der kapitalistischen Politik steckenden Kraftlinien aufzudecken, etwa die starke Ähnlichkeit zwischen dem Betrug mit der „CO₂-

Kompensation“ und dem des angeblichen Ausgleichs der Biodiversität.

Viertens verglich „Klimakrise und Kapitalismus“ die sozialdemokratischen und grünen Illusionen einerseits und zeigte andererseits die Grenzen und Problematiken von „Degrowth“ auf. „Trop tard pour être pessimistes“ geht viel weiter. Das Buch lässt verschiedene Konzeptionen der politischen Ökologie (den grünen Liberalismus, die Zusammenbruchstheorien, die Anhänger*innen von Jacques Ellul und diejenigen eines „stationären Kapitalismus“) Revue passieren und hebt hervor, was sie verbindet: Das Unverständnis des Mechanismus der Kapitalakkumulation, wie ihn Karl Marx analysiert hat.

Fünftens geht „Trop tard pour être pessimistes“ auch in strategischer Hinsicht viel weiter. Ein Fünftel der Arbeit widmet sich dem ökosozialistischen Projekt, dem Plan zum Übergang und den Strategien, die Kämpfe zusammenzuführen. Und in diesem Rahmen widme ich ein besonderes Augenmerk der Schlüsselfrage: Wie kann es gelingen, dass die Arbeiterklasse und ihre Organisationen dazu gebracht werden, aus dem produktivistischen Kompromiss mit dem Kapital auszubrechen?

Das Vorwort von „Trop tard pour être pessimistes“, das im April 2020 erschien, behandelt den Prozess der Herausbildung der Covid-19-Pandemie. Du sagst darin, dass das Virus die tiefgreifenden Verwerfungen bestätigt, die der Kapitalismus in die Biodiversität gebracht hat, wodurch „Zoonosen“ erleichtert werden. Im Übrigen können wir feststellen, wie die Pandemie die meisten Gesellschaften in eine Krise des Gesundheitswesens und des Sozialen gestürzt hat. Handelt es sich bei dieser Pandemie nur um eine „Niederlage“ der Bevölkerung oder bietet sie auch Möglichkeiten für die sozialen Bewegungen?

„Trop tard pour être pessimistes“ wurde Ende 2019 geschrieben, aber der französische Verleger hat mir die Möglichkeit eingeräumt, ein Vorwort zur Pandemie zu schreiben. Dieses wurde in die italienische, nicht aber in die spanische Ausgabe aufgenommen, die bereits Anfang März 2020 erschien. Das ist schade, denn die Covid-19-Pandemie gehört dem deutlichen Trend zu zunehmenden Zoonosen an. (Laut WHO stammen drei Viertel der neuen, unter Menschen wütenden Krankheitserreger aus dem Tierreich.) Diese Tendenz ist untrennbar mit den Angriffen auf die Ökosysteme verbunden, wie sie vor

allem durch den Nexus Entwaldung, Agrobusiness und industrielle Tierzucht gegeben sind. Die IPBES (zwischenstaatliche Plattform für Biodiversität und ökosystemische Dienstleistungen – eine Art Weltbiodiversitätsrat) hat einen Sonderbericht veröffentlicht, der diesen Zusammenhang bestätigt und zum Schluss kommt, dass es weitere Zoonosen geben wird. Laut diesem Bericht sind wir sogar in ein „Zeitalter der Zoonosen“ eingetreten. Das Risiko einer Epidemie wird somit zu den vier ökologischen Großrisiken – dem Klimawandel, dem Rückgang der biologischen Vielfalt, der Störung des Stickstoffkreislaufes und der Zerstörung der Böden hinzutreten.

Bevor ich auf die Frage der Möglichkeiten (und Gefahren) eingehe, muss ich die Tatsache betonen, dass es sich bei der Corona-Krise um ein historisches Ereignis handelt. Zwar zeigte die Weltwirtschaft seit einigen Monaten Zeichen einer Erschöpfung, doch SARS-CoV2 ist weit mehr als ein Auslöser für die dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche; es handelt sich um ein autonomes, von außen kommendes und sehr mächtiges Agens. Ob man will oder nicht – die staatlichen Konjunkturprogramme stehen unter der Fuchtel des Virus. Anders gesagt, haben die vom Kapitalismus verursachten ökologischen Zerstörungen einen Bumerang-Effekt erzeugt, der nun auf das System zurückfällt. Dies ist nichts völlig Neues: Wir haben bereits lokale Bumerang-Effekte erlebt. Zum Beispiel die ausgedehnten Winderosionen in den Ebenen im Süden der USA während des „Dust Bowl“ in den zwanziger und dreißiger Jahren, die der Entscheidung geschuldet waren, auch empfindliche Böden zu kultivieren, die für die Getreideerzeugung ungeeignet waren. Doch zum ersten Mal zeigt sich ein solches Phänomen mit solcher Gewalt auf Weltebene. Wahrscheinlich werden es Impfstoffe ermöglichen, einen Ausweg zu finden, doch es ist keineswegs sicher, ob wir gegen alle zukünftigen Viren auch Impfstoffe haben werden (gegen AIDS gibt es bis heute keinen Impfstoff!). Und gegen den Klimawandel hilft Impfen keinesfalls.

Diese exogene Dimension der Krise schafft neue Möglichkeiten für soziale Bewegungen. Um sie vollständig zu erfassen, müssen wir meiner Meinung nach über die klassische Frage „Wer soll das bezahlen?“ hinausgehen. Die Wirkung des Virus erhellt die Tatsache, dass es keine nebeneinander bestehenden Krisen – ökologische, gesundheitliche, wirtschaftliche, soziale, der Nahrungsmittel usw. gibt, sondern eine globale Krise, eine Krise des Systems, die auf die kapitalistische Produktionsweise der (materiellen) Existenz zurückzuführen ist. Durch die Pandemie hindurch zeigt sich, dass das Kapital keine Sache, sondern

eine ausbeuterische Gesellschaftsbeziehung ist und dass diese Beziehung, wie Marx sagte, „die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (die Arbeiterin auch). (MEW 23, 530) Die Gegenwehr muss daher verschiedene Forderungen bündeln; wir können uns nicht auf den Bereich der Verteilung des Reichtums beschränken, sondern brauchen einen Gesamtplan für eine kohärente Alternative.

Angesichts der Pandemie waren alle Regierungen, sogar jene, die sich am meisten sträubten (bislang mit Ausnahme der brasilianischen Regierung), gezwungen, eine Gesundheitspolitik umzusetzen, die auf die Bevölkerung „Acht gibt“. Natürlich ist diese Leitlinie heuchlerisch: In diesem Diskurs ist eine klassenmäßige – neoliberale, hygienistische, autoritäre, rassistische und machistische – Gesundheitspolitik verborgen, die darauf aus ist, unbedingt den Bereich der Werteproduktion aufrecht zu erhalten. Aber der Kontrast zwischen dem Schock der Pandemie und der realen Gesundheitspolitik schafft für die sozialen Bewegungen ein „Gelegenheitsfenster“. Sie haben die Möglichkeit, das „Acht geben“ gegen die Austerität, die Ungleichheiten, die Privatisierungen, die rassistische Repression, die Prekarisierung der Arbeit, die Gewalt gegen Frauen, die Abweisung von Migrant*innen, den Extraktivismus und die Abholzung, die Fleischindustrie usw. zu wenden. Das ist deshalb möglich, weil das „Acht geben“ eine Haltung erfordert, die sich nicht in Scheiben schneiden lässt und konkret umgesetzt werden muss. Wir brauchen einen gegen den Produktivismus gerichteten Plan, um die Menschen und die Natur, der sie angehören, zu schützen.

Meiner Meinung nach sprechen der systemische Ursprung der Zoonose und die systemischen Gründe ihrer Verbreitung (die Globalisierung und Geschwindigkeit des Warenverkehrs, die Konzentration der armen Menschen und ihre rassistische Abwertung usw.) dafür, das „Acht geben“ (die Rücksichtnahme) als neues Paradigma des gesellschaftlichen Lebens und der Beziehungen der Gesellschaften zur Natur herzuzunehmen. In marxistischen Begriffen geht es darum, die entscheidende Bedeutung der gesellschaftlichen Reproduktion zu betonen, die von möglichst vielen Menschen verstanden werden muss. Selbstverständlich verlangt diese Zentralität nach finanziellen Mitteln, aber nicht nur: Sie verlangt auch nach qualitativen Maßnahmen und nach einer Ethik. In diesem Sinne kann das „Acht geben“ dabei helfen, die Kämpfe zusammenzuführen. Das ist ein Hebel, den Antonio Gramsci als Kampf um die Hegemonie auf Massenebene bezeichnet

hat. Angesichts der tiefen und fortwährenden ideologischen Verwirrung scheint es mir nützlich zu sein, unsere Reflexion in diesem Sinne zu vertiefen. Denn der exogene Charakter der beispiellosen Krise eröffnet nicht nur auf der Linken neue Möglichkeiten. Er hat auch auf spektakuläre Weise den Aufstieg eines Neofaschismus beschleunigt, der antikapitalistische Demagogie mit dem Sozialdarwinismus und einer ultraliberalen Konzeption von „Freiheit“ verbindet, einer Freiheit für die Besitzenden – oder für diejenigen, die sich dazurechnen – in alle Ewigkeit durch Ausbeutung, Zerstörung, Beherrschung und Ausschluss zu akkumulieren. Zu fordern, die Reichen sollen die Krise bezahlen, genügt nicht, um gegen diese Bedrohung einen Dammbau zu errichten.

Hinsichtlich der Antworten auf die Krise müssen wir im Allgemeinen feststellen, dass die liberale Ökologie nunmehr zum ideologischen Arsenal zahlreicher Regierungen und Institutionen gehört. Dennoch sehen nur wenige politisch Verantwortliche die Verbindung zwischen der Pandemie und der ökologischen Krise. Im Übrigen könnten die Ankündigungen von Schutzimpfungen im ersten Halbjahr 2021 zum Glauben führen, bei der Pandemie handle es sich um ein vorübergehendes Unglück. Welches sind deiner Meinung nach die Gründe?

Tatsächlich gibt es ein gigantisches Paradox: Während hinsichtlich der Verbindung zwischen der Vervielfachung der Zoonosen und der ökologischen Krise in der „scientific community“ weitgehend Einigkeit besteht, stellen sich die Gesundheitspolitiken den daraus resultierenden Konsequenzen überhaupt nicht. Natürlich muss die Gesundheitspolitik schnell handeln. Doch es springt ins Auge, dass die Thinktanks des Kapitalismus, die behaupten, sich mit den langfristigen Auswirkungen der Pandemie zu beschäftigen, in diesem Punkt stumm bleiben. Es kommt ihnen nicht die Idee in den Kopf, den Nexus Fleischindustrie – Abholzung – gentechnisch verändertes Soja in Frage zu stellen. Doch dieser Nexus ist verantwortlich für zunehmende Pandemierisiken und stellt den Gipfel an ökologischer Nicht-Nachhaltigkeit dar. Einige hundert Millionen Hektar werden heute zur Produktion von Gen-Soja (ca. 70 %) eingesetzt, um Vieh zu füttern (das wiederum Methan ausstößt). Beim gegenwärtigen Entwicklungstempo würden 2050 jährlich 120 Milliarden Tiere geschlachtet werden (50-mal mehr als 1960) – und eine solche Zahl benötigte zwei Erden. Die Nicht-Einsicht in diese Realität

fällt nicht vom Himmel. Sie ergibt sich aus dem Streben des Kapitals nach raschem Profit. Hinzu kommt, wie die französische Zeitschrift *Les Echos* kürzlich mittels eines Zitates von Xenophon festgestellt hat, das von schlagender Aktualität ist: „Der Ackerbau ist die Mutter aller Künste: Wenn er gut ausgeführt wird, prosperieren auch die anderen Künste; wenn er aber vernachlässigt wird, machen alle anderen Künste einen Niedergang durch.“ (*Les Echos*, 25.11.2020) Die „schlecht geführte“ kapitalistische Landwirtschaft beruht – historisch betrachtet – auf den englischen „Enclosures“, also der Vertreibung der bäuerlichen Bevölkerung, die gewaltsam von ihrem Grund und Boden verjagt wurde. Marx nannte dieses Ereignis den „großen Bruch“ in der Mensch-Natur-Beziehung. Die aus diesem „großen Bruch“ hervorgegangene Landwirtschaft anzugreifen, bedeutet, die historischen Grundlagen des ganzen Gebäudes zu sprengen. Aber ja, die Impfungen werden den „aficionad@s“ des Systems neue Sicherheit verschaffen, zu sagen, die Pandemie sei eben nur ein Betriebsunfall gewesen. Doch ihre Erleichterung wird womöglich von kurzer Dauer sein. Andere Pandemien werden kommen. Und andere, noch schwerere Katastrophen werden sich geräuschlos aufbauen.

Die Wahlen in den USA haben zu einem Sieg von Joe Biden geführt. Biden hat angekündigt, eine Politik zu machen, die sich dem Klimawandel stellt, was es ihm ermöglicht hat, mit dem Klimaleugner Trump in Gegensatz zu treten. Viele fortschrittliche Bewegungen und Organisationen haben sich angesichts der Niederlage von Trump erleichtert gezeigt. Es scheint jedoch, dass sich viele von ihnen auf eine heftige Opposition zu Biden einstellen. In deinem vorletzten Buch, „Le moment Trump. Une nouvelle phase dans le capitalisme mondial“ hast du das Phänomen als einen grundlegenden Bruch im historischen Konsens der US-amerikanischen politischen Klasse analysiert. Bedeutet Trumps Niederlage das Ende des politischen Paradigmas vom Bestreiten der Klimaerwärmung?

Ich glaube, dass wir hinsichtlich des Klimas eine rasche Annäherung zwischen den USA, der Europäischen Union und der VR China erleben werden. Bidens Programm, der „Green New Deal“ der Europäischen Kommission und die Pekinger Erklärungen sind sich in einem Punkt einig: Null Netto-CO₂-Emissionen bis 2050. China strebt bis 2060 sogar „Null Kohlenstoff“ incl. Methan an.

Gleichzeitig integriert der „Energy Outlook-Bericht“ der Internationalen Energieagentur erstmalig das Szenario der Kohlenstoffneutralität für das Jahr 2050. Diese Entwicklungen wurden durch die Gesundheitskrise begünstigt. Zunächst schon deswegen, weil ohne sie Trump wohl wiedergewählt worden wäre. Aber auch, weil die Krise der Kohle- (und Erdöl)-Industrie einen schweren Schlag versetzt hat, während sich die Erneuerbaren im Aufwind befinden. Daher hat die herrschende Klasse – parallel zur Rückverlagerung von lebenswichtigen Produktionen – die Vorteile eines angepassteren Stromsystems erkannt, weil dieses weniger stark um die großen Produktionseinheiten herum konzentriert wäre. Diese Diskussion nimmt Fahrt auf, weil bei der Konkurrenzfähigkeit der Erneuerbaren eine Schwelle überschritten wurde: Laut IEA ist die Sonnenenergie inzwischen „die billigste Energieform der Geschichte“ (Energy Outlook 2020). Selbst wenn die Staaten ihre Klimaziele nicht nachbessern, werden laut IEA bis 2030 80% der Investitionen im Energiebereich in die Sonnenenergie fließen. Daher glaube ich, dass die COP 26 tatsächlich zu einer „Erhöhung der Zielsetzungen“ führen wird.

Man kann sich nur darüber freuen, dass der führende Klimaleugner Donald Trump das Weiße Haus verlassen muss. Dennoch hat der Klima-Negationismus damit nicht sein letztes Wort gesprochen, vor allem nicht in den USA. So hat Exxon – im Gegensatz zu Shell oder BP – entschieden, ausschließlich an der Ausbeutung von Erdöl festzuhalten. Insbesondere sollte man sich keinen Illusionen im Hinblick auf die Klima-Konvergenz USA-EU-China hingeben. Erstens werden es die Ziele der drei Mächte für die Emissions-Reduzierungen bis 2030 nicht ermöglichen, unter dem 1,5 Grad-Ziel zu bleiben: Die EU hat gerade wegen der Dringlichkeit und den „unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ ein Ziel von über 65% beschlossen; in China nehmen die CO₂-Emissionen jährlich um zwei Prozent zu, 70% des Stroms kommen aus Kohlekraftwerken und die Regierung scheint die radikale Reduzierung der Emissionen auf die Zeit nach 2030 verschieben zu wollen (man spricht von 8% jährlich); Biden orientiert sich an einer Reduzierung der Netto-Emissionen zwischen 38% und 54% im Vergleich zu 2005. Zur Erinnerung: Laut IPCC muss die Reduzierung bis 2030 weltweit 58% betragen, um eine 50-prozentige Chance zu haben, das 1,5-Grad-Ziel nicht zu verfehlen; für die entwickelten Länder bedeutet dies mindestens 65%.

Zweitens ist der Begriff „Null Netto-Emissionen“ sehr elastisch. Abgesehen davon, dass die Emissionen der

weltweiten Transporte nicht eingerechnet werden, sind die Lösungen zur Erreichung der „Kohlenstoffneutralität“, die mit dem kapitalistischen Produktivismus vereinbar sind, die „Kohlenstoffkompensation“ durch das Pflanzen von Unmengen an Bäumen, die „Technologien für negative Emissionen“ und die Atomenergie (vor allem die Kleinkraftwerke). Es gäbe viel zu sagen über die „Lösungen“ des grünen Kapitalismus. Ich lasse die Atomkraft einmal beiseite, weil ihre Gefahren bekannt sind. Natürlich kann man Bäume pflanzen, doch das geht nicht endlos, und binnen einiger Jahrzehnte das organische CO₂, das in grünen Pflanzen steckt, zu mehren, kann den enormen Rückgang von mineralischem CO₂, das seit Jahrtausenden in geologischen Schichten steckt, nicht ausgleichen. Außerdem sind auf politischer Ebene die Mechanismen der CO₂-Kompensation typisch neokolonial, denn sie bedeuten vor allem, dass die armen Länder dazu hergenommen werden, als CO₂-Abfalleimer für die entwickelten zu dienen. Was nun die „Technologien für negative Emissionen“ angeht, so handelt es sich vor allem um CO₂-Verpressung in tiefere Erdschichten, von denen niemand weiß, wie dicht sie sind. Sie könnten vielleicht zur Erleichterung des Umstiegs aus der Kohle eingesetzt werden, um die Bergarbeiter*innen nicht in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Aber aus ihnen eine strukturelle Lösung zu machen, um noch weiterhin fossile Energien über Jahrzehnte verbrennen zu können, läuft auf kompletten Wahnsinn hinaus. Je tiefer man in diese Fragestellung eindringt, umso mehr stößt man auf den Antagonismus zwischen dem kapitalistischen Produktivismus und den Grenzen der Natur. Ein Beispiel ist die Verpressung mit Mineralisierung von CO₂. Diese Technologie soll ein sehr stabiles Auffangen garantieren, denn der Kohlenstoff wird in Fels verwandelt. Doch Bergbaukonzerne wie de Beers, stürzen sich darauf, um CO₂ bei ihren Bergbauabfällen mineralisieren zu können, um damit ihr Image grün zu waschen und ihre Zerstörungen fortzusetzen – und damit noch Verschmutzungsrechte zu verkaufen. Es bräuchte 100 Gt (Gigatonnen) mineralische Abfälle (5 mal 50 km³, eine Schicht von 30 bis 300 m, ausgedehnt auf 180 km²), um eine Gt CO₂ zu mineralisieren (also ein Vierzigstel der Jahresemissionen). Selbst vernünftige Lösungen werden vom Kapitalismus in Wahnsinn verwandelt.

Drittens wird die Konvergenz in Klimafragen zwischen den USA, der EU und China natürlich kein Ende der innerimperialistischen Rivalitäten bedeuten; sie stellt eine Art Konvergenz zwischen Räubern im Hinblick auf den globalen Süden dar. Deren Länder müssen eine CO₂-

Steuer bezahlen, um Zugang zu den Märkten der drei Großen zu bekommen. Dieser Mechanismus stellt eine neue Etappe bei der Abschaffung des Prinzips der unterschiedlichen Verantwortlichkeiten dar, das der globale Süden in das Rahmenabkommen der UNO über den Klimawandel (UNFCCC) hatte aufnehmen lassen. Biden hat sich deutlich zu diesen imperialistischen Aspekten geäußert. Er möchte aus der Handelspolitik einen Hebel zur Unterstützung des US-amerikanischen Großkapitals im Kampf um den Markt für „saubere Technologien“ machen, einen Unterstützungsfonds für den Export solcher Technologien einrichten, die Schuldenerleichterungen für die Länder des globalen Südens an entsprechende Bedingungen und die Washingtoner Klimapolitik knüpfen usw.

Stellt die Konvergenz USA-EU-China hinsichtlich einer anspruchsvolleren Klimapolitik nicht das kleinere Übel im Vergleich zu Trump und dem, was wir bisher gesehen haben, dar?

Natürlich ist die Katastrophe das geringere Übel im Vergleich zum Zusammenbruch, aber wir befinden uns bereits in der Katastrophe und die Politik der drei großen Wirtschaftsblöcke führt auch geradewegs in den Zusammenbruch. Die Regierungen versuchen, die Bevölkerung zu beruhigen, indem sie sagen, sie hätten nun die Größe der Gefahr erkannt, doch ihr Szenario läuft auf eine zeitweilige Überschreitung des 1,5-Grad-Zieles hinaus. Aber zu glauben, dass das Pflanzen von Bäumen und die negativen Emissionstechnologien den Planeten in der zweiten Jahrhunderthälfte wieder abkühlen lassen würden, führt zum realen Risiko, dass das „zeitweilige Überschreiten“ zu einem definitiven Bruch führen könnte, den die Wissenschaftler „Backofenplanet“ nennen. Der IPCC glaubt, dass der grönländische Eisschild bei einer Erwärmung zwischen 1,5 und 2 Grad schmelzen wird, und zwei riesige Eisberge der Antarktis sind bereits dabei, zu zerbrechen. Das Überschreiten des Schmelzpunktes des Grönlandeises könnte auf der Erde zu Kettenreaktionen führen, was dann zu einem Klima wie im Pliozän, also vor 3 Millionen Jahren führen würde. Damals war der Wasserspiegel der Ozeane ungefähr 30 Meter höher als heute. Der kriminelle Produktivismus des Kapitalismus hat uns so nahe an den Abgrund geführt, dass es nicht allzu viel braucht, um den Weg alles Irdischen zu gehen. Denn wenn ein Kippunkt wie in Grönland erreicht wird, dann ist es völlig illusorisch zu glauben, dass die Bewegung mittels neuer Technologien für negative Emissionen aufgehalten werden könnte. Lasst mich Folgendes sagen: Es besteht die große Gefahr, dass

sich die Klimabewegung vom Eindruck einschläfern lässt, bei Joe Biden, Xi Jinping oder Ursula von der Leyen handle es sich um Partner, ja sogar Verbündete, mit denen es insgesamt möglich würde, der Klimakrise Paroli zu bieten oder zumindest ein Stück Wegs zusammen zu gehen. Das stimmt nicht. Diese Leute dienen dem Produktivismus, der sich nun auf die Erneuerbaren stürzt, wie er sich früher auf die fossilen Energieträger gestürzt hat, auf die man im Übrigen nicht verzichtet, um eben auf dem Rücken der Völker und der Natur Profit anzuhäufen.

Du kritisierst bestimmte ideologische Annahmen der Wissenschaft, vor allem im Bericht des IPCC und des IPBES. Kannst du das näher ausführen?

Dieser Punkt muss mit aller Vorsicht angegangen werden. Wir müssen vermeiden, noch Wasser auf die Mühlen der Klimaleugner zu gießen, ja den Aufstieg des Irrationalen zu befördern, wie er sich heute in den Verschwörungserzählungen zeigt. Wenn wir vom IPCC sprechen, müssen wir die Berichte der Arbeitsgruppe 1 über die Wissenschaft vom Klimawandel von denen der AG 2 und AG 3 über Anpassung und Abschwächung unterscheiden. Ich möchte daran erinnern, dass der IPCC keine eigene Forschung betreibt; er führt nur die bestehenden Forschungsergebnisse zusammen. Der Bericht der AG 1 kompiliert die auf den physikalischen Gesetzen beruhenden Forschungen. Solange diese Gesetze nicht durch eine wissenschaftliche Revolution umgestürzt werden, fassen diese Berichte die besten verfügbaren Kenntnisse zum Klima zusammen. Bei den beiden anderen Arbeitsgruppen verhält es sich anders, besonders bei der AG 3, die die Abschwächung behandelt. Denn die Szenarios einer Stabilisierung, die sie zusammenfassen, werden mittels Einführung von Hypothesen über die Entwicklung der Gesellschaft in den Modellen zum Klimasystem erstellt. Diese Hypothesen werden vor allem von Wirtschaftswissenschaftler*innen formuliert. In dieser die Modelle erarbeitenden Gemeinschaft hat der Neoliberalismus die absolute Vorherrschaft. Daher sagt der 5. Bericht des IPCC: „Die Klimamodelle setzen Märkte voraus, die vollständig funktionieren, sowie ein auf Konkurrenz beruhendes Marktverhalten.“ Also in aller Deutlichkeit: Außerhalb des Marktes kein Heil! Die Modelle formulieren keinerlei Hypothesen von öffentlichen Plänen, die nicht der Profitlogik folgen. In diesem Punkt muss man dem IPCC widersprechen. Denn die Unterwerfung unter den Profit bedeutet Unterwerfung unter die Logik der Kapitalakkumulation. Plötzlich sind einfa-

che Lösungen zur Reduzierung der Treibhausgase durch Stilllegung von unnützen und schädlichen Produktionen nicht mehr gangbar. Dieser tote Winkel der Forschung verstärkt die Angst und lädt zur Nachtrabpolitik hinter die Zauberlehrlingslösungen des grünen Kapitalismus ein. Ich zitiere in „Trop tard pour être pessimistes“ den Fall von Wissenschaftlern, die sich die Frage nach dem möglichen Maximum der Emissionsreduzierungen je nach Produktionssektor stellen und die überhaupt nicht auf die Idee kommen, dass man z.B. die Waffenproduktion einstellen oder weniger Waren und diese auch per Zug statt LKW transportieren könnte.

Auch die IPBES möchte nicht aus den Regeln des Marktes ausbrechen. Im Gegenteil, sie tritt für den Mechanismus der „Kompensation der Biodiversität“ ein. Er besteht darin, dass ein extraktivistisches Unternehmen in einer Zone mit großem biologischen Reichtum operieren kann, wenn es sich verpflichtet, irgendwo die zerstörten Ökosysteme zu reparieren, was natürlich unmöglich ist. Die Bergbau- und Erdölmultis greifen auf diesen verrückten Mechanismus zurück, weil die Verknappung der Ressourcen sie dazu drängt, mit Nationalparks und Naturreservaten zu liebäugeln, die reich an Mineralien oder Kohlewasserstoffen sind. Es ist sehr positiv, dass die IPBES die Rolle der indigenen Völker und der ländlichen Gemeinschaften bei der Verteidigung der Biodiversität betont. Doch gleichzeitig erklärt sie das Verschwinden von Arten vor allem mit dem „Bevölkerungswachstum“ und der „Landwirtschaft“ ganz allgemein, als ob jede Bevölkerung und jede Form von Landwirtschaft dieselben Auswirkungen hätten. Dies steht in eindeutigen Widerspruch zur Lobpreisung der indigenen Völker und Gemeinschaften. Aber die Strategie der IPBES beruht vor allem auf der Idee, dass man die Naturreservate als Oasen der Biodiversität verstärken und vermehren müsse. Doch diese Oasen sind sicherlich bedeutsam, aber die wichtigste Aufgabe liegt heute nicht darin, denn man kann die Biodiversität nicht retten, wenn auf der anderen Seite riesige Wüsten des Agrobusiness geschaffen werden. Die Alternative ist die Agroökologie (ökologische Landwirtschaft)! Doch dann stellt sich die Frage der Bevölkerung in anderem Licht. Weil der Bericht der IPBES auf „die Bevölkerung“ im Allgemeinen deutet, legt er nahe, dass „mehr Bevölkerung weniger Biodiversität“ bedeuten würden. Aber die Agroökologie braucht viel mehr menschliche Arbeit als das Agrobusiness. Allgemein muss man sich nicht nur fragen, wie viele Menschen eine Produktionsweise aushalten kann, sondern auch welches Minimum sie braucht. In „Trop tard pour

être pessimistes“ erwähne ich einen beredten Vergleich zwischen der großen und der kleinen Fischerei. Die zweite ist besser fürs Klima (geringerer Treibstoffverbrauch), besser für die Biodiversität, besser für die menschliche Gesundheit, kostet die Kollektive weniger und braucht für die gleiche Menge an Fischen zur Ernährung zwanzigmal mehr Menschen. Der Vergleich Agrobusiness/Agroökologie führt zu denselben Schlussfolgerungen. Der Kampf für die Biodiversität ist untrennbar mit dem Kampf gegen das Agrobusiness, die Fleischindustrie, die industrielle Fischerei und andere Mechanismen des kapitalistischen Raubzuges verbunden, die die IPBES nicht in Frage stellt.

Du behandelst auch andere Strömungen, die sich auf die Ökologie berufen, von den Strömungen des „Green New Deal“ bis zu denen der „Zusammenbruchsideologie“. Was nun erstere betrifft, die zumeist auf der Linken zu finden sind, so verbinden sie ihre Pläne mit Geldschöpfung. Inwiefern steht das deiner Meinung nach im Widerspruch zur ökosozialistischen Lösung? Und was die Zusammenbruchsideologen angeht – können sie eine Plattform für Strömungen der radikalen Rechten abgeben?

Ich sage nicht, dass der Green New Deal, so wie er von der US-amerikanischen Linken vertreten wird, im Widerspruch zu einer ökosozialistischen Lösung steht. Dieser Green New Deal (GND) enthält zwei wichtige Ideen, die die Ökosozialist*innen ganz und gar teilen: Um die Katastrophe zu verhindern, braucht es einen Plan, und dieser Plan muss uns zugleich aus der sozialen wie der ökologischen Krise herausführen. In diesem Rahmen teile ich die Kritik des marxistischen Ökonomen Michael Roberts hinsichtlich der Finanzierung des GND durch Geldschöpfung: Laut Roberts kann der Staat durchaus Geld schöpfen, doch der Wert des Geldes wird durch die Wirtschaft bestimmt, also durch die Kapitalisten, die die Wirtschaft besitzen. Wenn der GND ihnen missfällt, werden sie nicht investieren, das Geld wird an Wert verlieren und die Regierung wird ihren Plan nicht finanzieren können. Doch heute geht es nicht mehr darum. Seit dem Erscheinen von „Trop tard pour être pessimistes“ hat sich die Lage verändert. Bernie Sanders hat sich Joe Biden angeschlossen. Dieser surft auf der Idee eines GND, um sich die Unterstützung der Linken zu sichern, doch wenn auch das Etikett gleich geblieben ist, hat sich der Inhalt der Flasche verändert. So beinhaltet der GND von Sanders den Stopp des Frackings; Biden hat nur versprochen, keine

neuen Fracking-Lizenzen mehr zu vergeben und bei den bestehenden Lizenzen von Fall zu Fall zu verfahren. Sein Programm – sofern es vom Kongress angenommen wird – beinhaltet Investitionen von 40 Mrd. Dollar binnen zehn Jahren in saubere Energien und Technologien, aber keinen Bruch mit der fossilen Industrie. In seiner Mannschaft finden sich viele Leute, die von der Ölindustrie finanziert werden. Etwa Cedric Richmond, ein eng mit der Öl-, Gas- und petrochemischen Industrie verbundener Abgeordneter aus einem Wahlkreis in Louisiana – der gleichzeitig einer der zehn am stärksten verschmutzten Distrikte der USA ist. Der Green New Deal in der Version Biden ist grüner Kapitalismus – wie auch der der Europäischen Kommission.

Was nun die Zusammenbruchsideologen betrifft, so halte ich die Aussage, sie könnten zu einer Plattform für die radikale Rechte werden, für übertrieben. Ich bin dieser Strömung gegenüber sehr kritisch, weil sie die fatalistische Botschaft der Unvermeidlichkeit des „Zusammenbruchs“ verbreitet. Der kollektive Kampf und das Zusammenführen von Kämpfen kommen in ihrem Weltbild nicht vor. Sie haben kein Programm, abgesehen von der Gründung kleiner resilienter Gemeinschaften, die ihrer Meinung nach die einzigen Gesellschaftsformen sein werden, die der großen Katastrophe widerstehen können, die dazu führen wird, dass die Hälfte der Menschheit verschwindet. Vom Kapitalismus verstehen sie wenig, und sie meinen, dass die Armen im Süden vom „Zusammenbruch“ am wenigsten betroffen sein werden, weil sie der Natur näher sind. Das ist natürlich eine Absurdität, die die kapitalistischen, imperialistischen und rassistischen Herrschaftsbeziehungen außer Betracht lässt. Die Zusammenbruchstheorie kann in Richtung reaktionärer Konzeptionen abgleiten, die für die Menschheit keine andere Zukunft sehen als eine Regression in eine archaische Vergangenheit. Die Zusammenbruchstheoretiker befinden sich auf einer glitschigen Rutschbahn, wenn sie Leute wie Carl Gustav Jung (1875–1961) oder Mircea Eliade (1907–1986) loben, deren Eintreten für die Nazis sie wohl gar nicht kennen. Oder wenn sie sagen, dass Frauen und Männer mit ihren „Archetypen“ Verbindung aufnehmen sollen. Die Bewegung der Zusammenbruchsideologen ist sehr heterogen. Es gibt diejenigen, die „ums Überleben“ kämpfen, (Yves Cochet) und es gibt eine „mystische“ Fraktion. Es gibt auch eine libertäre Komponente, die glaubt, der „Zusammenbruch“ werde den Kapitalismus hinwegfegen und Platz machen für selbstverwaltete Gemeinschaften. All dies ist konfus und geht durcheinander. Viele junge Leute,

die an wichtigen Kämpfen gegen fossile Projekte beteiligt sind, sehen sich als Sympathisanten der libertären Zusammenbruchsströmung. Man muss in diesen Kämpfen mit ihnen zusammenarbeiten, aber gleichzeitig die strategische Debatte führen.

Im letzten Teil deines Buches betonst du die Bedeutung der neu entstehenden sozialen Bewegungen. Insbesondere liegt dir am Aufbau einer gemeinsamen subalternen Identität, ausgehend von den verschiedenen Subjekten, wo die Frauenbewegung einen vorrangigen Platz einnimmt. Welches sind deiner Meinung nach die Schlüsselemente einer solchen „Umgruppierung“?

Ich gehe von einer dreifachen Feststellung aus. 1.) Wir können die Produktionsweise nicht ohne die Arbeitenden (Männer und Frauen) ändern, und noch viel weniger gegen sie; wir müssen sie also für den ökosozialistischen Kampf gewinnen. 2.) Die Welt der Arbeit befindet sich – wenn's hoch kommt – in der Nachhut dieses Kampfes; ihre Organisationsprinzipien sind das Wachstum und seine Wiederbelebung durch den „grünen Kapitalismus“. 3.) Die Avantgarde des ökosozialistischen Kampfes wird von den indigenen Völkern, den kleinen Bauern und Bäuerinnen (Via Campesina spielt eine Schlüsselrolle), und von den Frauen gestellt, die sich hier in vorderster Front befinden. Ob man Teil der Avantgarde oder Teil der Nachhut ist, ist nicht vom Himmel gefallen. Die Arbeiter*innen sind durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft ins Kapitalverhältnis einbezogen, die ausgebildet, gekauft und eingesetzt wird, um *Mehrwert* zu schaffen. Ihre Lage ist schizophoren: Ihr historisches Interesse ist es, mit dem System Schluss zu machen, aber ihre tagtägliche individuelle Existenz hängt von den Brosamen ab, die das System ihnen gibt, das sie und die Natur beschädigt. Die Bauern und Bäuerinnen und die indigenen Völker befinden sich in einer anderen Lage: Die Verteidigung ihrer tagtäglichen Existenz fällt weitgehend mit dem ökologischen Umgang mit ihrer natürlichen Umwelt zusammen. Auch die jungen Menschen entgehen bis zu einem gewissen Grade dieser Schizophrenie (weil sie in Ausbildung sind oder aber an den Rand des Systems gedrängt werden); ihre Lage drängt sie dazu, sich gegen die Zerstörung des Planeten zu wehren, auf dem sie noch länger leben müssen und vielleicht eines Tages Kinder haben. Die bedeutsame Rolle der Frauen ist Diskussionsstoff unter Feminist*innen. Von dem was ich gelesen habe, überzeugt mich am meisten, dass ihre Avantgarde-Position daher rührt, dass das Patriarchat ihnen die Rolle der Sorgearbeit

aufdrängt, was sie sensibler und helllichtiger den ökologischen Zerstörungen gegenüber macht – eine Art anderer Bumerang-Effekt.

Davon ausgehend versuche ich, eine Strategie der Zusammenführung der Kämpfe zu skizzieren. Die Idee ist dabei nicht, den möglichst großen gemeinsamen Nenner zwischen den Bewegungen der Ausgebeuteten und der Unterdrückten zu finden. Im Gegenteil, die Idee besteht darin, ausgehend von den Avantgarden, eine Konvergenz nach oben zu begünstigen, durch eine Organisation der Kämpfe, die die Autonomie jedes Bestandteils in der Verfolgung seines jeweils legitimen Anliegens garantiert. Das Ziel ist, ein für die Politisierung der Themen günstiges politisches Kräfteverhältnis zu schaffen, also für den Bruch mit dem produktivistischen Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit. Notre-Dame-des-Landes (bei Nantes) stellt ein gutes Beispiel dar, weil das Bündnis der Platzbesetzer*innen („ZADisten“, abgeleitet von Zone à défendre, „zu verteidigende Zone“ [Anm. d. Red.]), der Anlieger, der Bauern und Bäuerinnen und ihr heftiger Kampf es ermöglicht haben, einen territorialen Konflikt in eine wichtige politische Frage zu verwandeln. Alle politischen und sozialen Kräfte mussten schließlich ja oder nein zum Bau des Flughafens sagen. Plötzlich haben sich die Grundlagen der Debatte auch in den Gewerkschaften verändert. Besonders die CGT von Vinci [französischer Baukonzern, A.d.R.] wurde dazu gebracht, sich nicht nur auf der Grundlage von „gewerkschaftlichen“ Forderungen, sondern mit einem viel weiterreichenden gesellschaftlichen Standpunkt, einem politischen Standpunkt zu engagieren. Nach einer internen Diskussion und dank der Handlungen der Gewerkschaftslinken hat sie sich gegen das Projekt ausgesprochen und die „ZADist*innen“ unterstützt. Ich möchte mit dem – abgewandelten – Zitat des Che schließen: „Schaffen wir zwei, drei, viele Notre-Dame-des-Landes“!

Diese Strategie steht natürlich im genauen Gegensatz zu der von Bruno Latour – „weder links noch rechts, das Land!“ Aber sie unterscheidet sich auch von der simplizistischen Vision des Mottos: „Der Kapitalismus zerstört den Planeten, zerstören wir den Kapitalismus!“ Natürlich muss man den Kapitalismus zerstören, auch wenn dazu eine Revolution nötig ist. Doch man macht sich Illusionen, wenn man denkt, man müsse nur den kapitalistischen Gegner benennen, damit der Klassenkampf „an sich“ die ökologische Katastrophe aufhält. Heute ist das Problem die Reorganisation der Klasse „für sich“. Diese Reorganisation kann nur aus den Kämpfen und dem Zusammenführen

von Kämpfen erwachsen, und dieser Prozess wird bisweilen schmerzhaft, ja konfliktbeladen sein. Wenn man ihn unter dem Gesichtspunkt der Ökologie betrachtet, heißt das natürlich, dass man die Weltsicht ökologisch gestalten muss – genauso wie die Forderungen aller ausgebeuteten und unterdrückten Schichten. Dieser Prozess wird eine Konvergenz nach oben hin möglich machen. Joan Martinez Alier hat das Konzept der Ökologie der Armen vorge schlagen. In diese Richtung muss man weitermachen, jede ausgebeutete und unterdrückte Gruppe muss sozusagen ausgehend von den konkreten Umständen ihre eigene „konkrete Ökologie“ erarbeiten. Das hat z. B. mit den Gelbwesten begonnen, die mehrfach mit den Demonstrationen fürs Klima (und bei denen gegen die Gewalt gegen Frauen) mitgemacht haben. Potenziell haben alle Ausgebeuteten ihre Ökologie, denn die kapitalistisch-patriarchale-rassistische Verdinglichung der Menschen unterscheidet sich nicht grundlegend von der Verdinglichung anderer Lebewesen. Ausgehend von dieser strategischen Vision müssen sich die ökosozialistischen Genoss*innen an ihre Aufgaben machen.

Daniel Tanuro ist Ökosozialist und Mitglied der Antikapitalistischen Linken. Er ist auf internationaler Ebene eine ganz wichtige Stimme, wenn es darum geht, die ökologische Krise von einem radikalen Gesichtspunkt aus zu verstehen.

Übersetzung: pbk

Bücher zum Werk von Ernest Mandel



Gilbert Achcar (Hrsg.)
Gerechtigkeit und Solidarität

Ernest Mandels Beitrag zum Marxismus

287 Seiten, 18,00 Euro

2003, ISBN 978-3-929008-44-9
nur ab Verlag lieferbar

Das Buch enthält die Beiträge eines wissenschaftlichen Symposiums zum Werk von Ernest Mandel, das im Juli 1996 in Amsterdam stattfand. Zusätzlich enthält das Buch eine biografische Skizze von *Gilbert Achcar* über Ernest Mandel sowie eine Bibliografie der Werke und Artikel Mandels, die von *Christoph Jünke* und *Wilfried Dubois* zusammengestellt wurde.

Von *Ernest Mandel* selbst sind im Buch zwei Beiträge: »Über die materiellen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des nazistischen Genozids« und »Zur Lage und Zukunft des Sozialismus«.



Manuel Kellner
Gegen Kapitalismus und Bürokratie – zur sozialistischen Strategie bei Ernest Mandel

Wissenschaft & Forschung 22

464 Seiten, 36, 00 Euro

2009, ISBN 978-389900-022-1

Manuel Kellners Arbeit ist die erste deutsche Dissertation zum theoretischen Werk von Ernest Mandel. Sie behandelt insbesondere seine Kritik des zeitgenössischen Kapitalismus und der bürokratischen Regime Osteuropas, seine Vorstellungen von einem freiheitlichen Sozialismus als »freier Assoziation der ProduzentInnen«, seine Debattenbeiträge zur antikapitalistischen Strategie und zum Aufbau neuer revolutionärer Organisationen, die in die Lage versetzt werden sollten, den Einfluss des Reformismus zurückzudrängen und die Mehrheit der Arbeitenden zu gewinnen.

Neuer ISP Verlag GmbH

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

ÖKOSOZIALISMUS ODER SOZIALDARWINISMUS

Warum ist die Pandemie kein Schicksalsschlag und woher kommt es, dass ein ständig zunehmender Anteil der Infektionskrankheiten aus dem Tierreich auf den Menschen „überspringt“?

■ Daniel Tanuro

Zoonosen sind nicht neu. Auch bei der Pest, die im Altertum und im Mittelalter wütete, handelte es sich um eine Zoonose. Neu jedoch ist, dass eine zunehmende Zahl von Infektionskrankheiten Zoonosen sind. Binnen 30 Jahren ist ihr Anteil von 50 % auf ungefähr 70 % gestiegen.¹ Drei Viertel der neuen pathogenen Keime, die die Menschen befallen, entstammen Tierarten: AIDS, Zika, Chikungunya, Ebola, H1N1, Middle East Respiratory Syndrome (MERS), H5N1, SARS, Creutzfeldt-Jakob-Krankheit und COVID19 sind Zoonosen.

Für Biologen und Epidemiologen kommt der Anstieg der Zoonosen nicht überraschend. Bereits seit einigen Jahren befürchtet die WHO, dass die größte Bedrohung der menschlichen Gesundheit von einer „Krankheit X“ kommen könnte, die am wahrscheinlichsten eine Zoonose ist. Diese Prognose ist nicht vom Himmel gefallen, sondern rührt aus der Feststellung, dass die Zerstörung der Natur die Übertragung von Krankheitserregern, die bei anderen Tierarten vorkommen, auf die Spezies Mensch begünstigt.

Pandemie und Umweltkrise

Konkret spielen fünf Faktoren der Umweltzerstörung eine Rolle.

Erstens Das Verschwinden oder die Fragmentierung der natürlichen Lebensräume. Wälder werden abgeholzt und

Feuchtgebiete trockengelegt; inmitten der Natur werden Verkehrsinfrastrukturen errichtet, Gruben für die Rohstoffgewinnung eröffnet: All dies verringert die Distanz zwischen Menschen und anderen Tierarten und erhöht das Risiko eines „Artensprungs“.

Zweitens Der Verlust der Biodiversität. Wenn Arten sterben, sind diejenigen, die überleben und sich vermehren – besonders Ratten und Fledermäuse – empfänglicher dafür, Krankheitserreger in sich zu tragen, die auf den Menschen übertragbar sind.

Drittens Die Fleischindustrie. Abgesehen davon, dass sie ethisch und ökologisch bedenklich sind, bilden die riesigen industriellen Zusammenballungen ein und derselben Tierart, die eingesperrt und gemästet werden, nur um schnellstmöglich Schlachtreife zu erlangen, ein Milieu, das prädestiniert ist, Infektionen zu verbreiten und auf unsere Spezies zu übertragen.

Viertens Der Klimawandel. Es gibt zwar keinen direkten Nachweis, dass dadurch Zoonosen begünstigt werden, aber dies ist durchaus vorstellbar, weil die Tiere dadurch in Richtung der Pole wandern und mit anderen in Kontakt geraten, denen sie normalerweise nicht begegnen würden. Dadurch können Krankheitserreger neue Wirte finden.

An diesen vier gesteigerten epidemiologischen Risikofaktoren ist in erster Linie die Profitgier der multinationalen Großkonzerne schuld, besonders der Rohstoff-,

Energie- und agrar- sowie forstwirtschaftlichen Konzerne. Beim **fünften** Faktor verhält es sich ein wenig anders. Zwar geht es auch da, nämlich beim Handel mit seltenen Tierarten und „bushmeat“ oder dem Goldschürfen, um Profit, aber in der Regel handelt es sich um informelle Wirtschaftssektoren, mitunter gar um organisierte Kriminalität. Für den Gesundheitssektor sind die Folgen jedoch beträchtlich: Der Handel damit (auf dem Markt in Wuhan) ist wahrscheinlich ursächlich für die gegenwärtige Pandemie.

Für SARS-CoV2 spielt womöglich ein **sechster** Faktor eine Rolle, nämlich die Feinstaubbelastung. Bekanntlich steigt dadurch das Risiko für Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, an denen jährlich Millionen von Menschen sterben. Insofern verwundert es kaum, dass dadurch auch die Gefährdung durch Covid-19 zunehmen könnte.

Düstere Aussichten

Diese sechs Faktoren werfen ein Schlaglicht auf eine Realität, die gerne unerwähnt bleibt: Die Pandemie ist kein Schicksalsschlag, sondern eine Facette der Umweltkrise. Der Weltbiodiversitätsrat (IPBES) nimmt kein Blatt vor den Mund: Weitere Pandemien werden kommen. Neben den vier ohnehin hochgefährlichen Risiken – Klimawandel, Verlust der Biodiversität, Eutrophierung der Gewässer und Verringerung der Bodenflächen – drohen uns also künftig auch noch weitere Epidemien.

Jedes dieser Risiken ist für sich genommen schon beängstigend. Zusammengenommen und in Kombination mit den sozialen Ungleichheiten jedoch weisen sie der Menschheit eine ganz düstere Zukunft, von der die Pandemie nur ein Vorgeschmack ist. Wenn sich nichts ändert, werden die Ärmsten, Frauen, Kinder und Alten massenhaft bedroht sein – vor allem, wenn sie Migrant*innen sind oder zu rassistisch diskriminierten Gemeinschaften gehören.

Wie sind wir soweit gekommen? Manche meinen, dass die Pandemie und die Umweltkrise ganz allgemein zeigen, dass unsere Spezies die „Tragfähigkeit“ unserer Erde überschritten hat. Nur die Stärksten könnten überleben und die anderen seien zum Untergang verurteilt, so wie es Darwin in seinem Gesetz von der natürlichen Auslese dargelegt habe.

Vor ein paar Monaten rief ein US-Politiker die älteren Menschen, die empfindlicher auf COVID reagieren, dazu auf, sich zu opfern, um „die Wirtschaft“ und „die Freiheit“ zu retten. Indem sie die Schutzmaßnahmen herunterspie-

len und dafür eintreten, der „kleinen Grippe“ freien Lauf zu lassen, stoßen der US-Amerikaner Trump, der Brasilianer Bolsonaro und andere ins gleiche Horn und reden dem „Sozialdarwinismus“ das Wort. Dagegen muss man sich mit aller Kraft wehren.

Ob gegenüber COVID oder der Bedrohung durch den Klimawandel präsentieren sich die Anhänger des „Sozialdarwinismus“ als Verfechter der Freiheit, zu leben, zu genießen, zu konsumieren und Geschäfte zu machen, ohne Einschränkungen oder Hindernisse hinnehmen zu müssen. Sie beklagen zwar oft die Machenschaften bestimmter Kapitalisten, aber das ist nur Demagogie: Den Kapitalismus als solchen kritisieren sie nie.

Im Gegenteil: Was diese Leute in Wahrheit vertreten, ist die Freiheit, reich zu sein oder reich zu werden auf Kosten anderer und des Planeten. Hinter der Maske der „Freiheit“ und der „Naturgesetze“ verbirgt sich die alte faschistische Denkweise, nämlich herrschen, ausbeuten und eliminieren. Diese Maske muss heruntergerissen werden, sonst droht der Welt der Rückfall in die Barbarei.

Unsere Argumente

Zunächst einmal ist die Behauptung, dass Darwins Theorien die Eliminierung der schwächsten Lebewesen rechtfertigen würden, völlig falsch. Darwin hat vielmehr das genaue Gegenteil geschrieben, nämlich dass die Evolutionsgesetze unter den Menschen empathische Verhaltensweisen hervorgebracht haben, die dem Kampf aller gegen alle entgegenstehen. Die natürliche Auslese hat dessen Gegenteil begünstigt, nämlich die Solidarität.²

Zweitens muss darauf hingewiesen werden, dass wir keine Tiere wie alle anderen sind. Wir erschaffen unsere soziale Existenz kollektiv durch Arbeit, die eine bewusste Tätigkeit ist. Die menschliche Bevölkerung ist also nicht nur von der natürlichen Produktivität abhängig, sondern auch von der sozialen Art und Weise, wie diese genutzt wird. Das bedeutet natürlich nicht, dass eine unbegrenzte Entwicklung möglich wäre, sondern dass unsere „Tragfähigkeit“ nicht nur eine Funktion der maximalen Anzahl von Menschen ist, die eine Produktionsweise ernähren kann, sondern auch eine Funktion der minimalen Anzahl von Menschen, die für eine bestimmte Produktionsweise benötigt wird.

Marktgesetze und Raubbau

Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Die Industriefischerei und die traditionelle Kleinfischerei liefern zusammen jährlich 30 Millionen Tonnen Fisch für die menschliche Er-

nahrung. Erstere erhält dabei 25–27 Milliarden Dollar an Subventionen, beschäftigt 500 000 Menschen, verbraucht 37 Millionen Tonnen Treibstoff, wirft zwischen 8 und 20 Millionen Tonnen tote Tiere wieder ins Meer zurück und verarbeitet weitere 35 Millionen Tonnen zu Öl oder Tierfutter. Die Zweitgenannte erhält bloß 5–7 Milliarden Dollar an Subventionen, beschäftigt 12 Millionen Menschen, verbraucht 5 Millionen Treibstoff, wirft so gut wie keine toten Fische zurück ins Meer und erzeugt nahezu kein Öl oder Fischfutter. Wenn wir also die Effektivität dieser beiden Systeme vergleichen, dann zeigt sich, dass bei der industriellen Fischerei für den Fang von ein bis zwei Tonnen Fisch eine Tonne Treibstoff benötigt wird, wohingegen diese Menge bei der Kleinfischerei für vier bis acht Tonnen ausreicht.³

Dieser Vergleich spricht Bände: Die Kleinfischerei ist gut sowohl für die Arbeitsplätze und die Biodiversität als auch für das Klima, für die Gesundheit und die öffentlichen Finanzen. Warum also verdrängt die industrielle Fischerei die traditionelle? Weil die Marktgesetze die Kapitalist*innen bevorteilen, die in diese Branche investieren.

In ähnlicher Weise könnte man die Agrarindustrie mit der ökologischen Landwirtschaft vergleichen, die Fleischindustrie mit der Weidewirtschaft, die Holzindustrie mit der ökologischen Forstwirtschaft, den Rohstoffextraktivismus mit der maßvollen und rationellen Nutzung der mineralischen Ressourcen usw. usf. Die Schlussfolgerung ist jedes Mal dieselbe: Alle diese Tätigkeiten könnten auch in anderer Form erfolgen, eine, die gut für die Biodiversität, für das Klima, für die Arbeitsplätze, die Gesundheit und die öffentlichen Haushalte ist. Warum aber setzen sich diese Formen nicht durch? Weil die Marktgesetze die Kapitalist*innen bevorteilen, die in diese schädlichen Produktionsformen investieren.

Was dies alles mit der Pandemie und der Umweltkrise im Allgemeinen zu tun hat, lässt sich einfach beantworten: Fischerei, Forst- und Landwirtschaft, Bergbau und Viehzucht sind zentrale Tätigkeiten, die an der Grenze zwischen Menschheit und Natur stattfinden. Und die Zoonosen entstehen genau an dieser Grenze.

Unsere Utopie ist dringend notwendig und wünschenswert

Über die notwendige Impfung hinaus, die allerdings das zugrunde liegende Problem nicht löst, müssen wir die gegenwärtige Krise nutzen, um über strukturelle Lösungswege nachzudenken. Was uns die Pandemie lehrt, ist dass

die Marktgesetze die Menschheit in einen zunehmend parasitäreren Umgang mit der Natur drängen und dieser Umgang wie ein Bumerang auf uns zurückfällt und daher schnellstmöglich beendet werden muss. Die zweite Lektion ist, dass wir absolut betrachtet nicht zu viele sind, sondern bloß relativ zur sozialen Organisationsform, die uns seit 200 Jahren beherrscht, nämlich dem Kapitalismus.

Dabei ist eine andere Form möglich: ein Ökosozialismus, der auf der Befriedigung der wahren menschlichen Bedürfnisse basiert, über die demokratisch und unter sorgfältiger Beachtung der Grenzen der Ökosysteme befunden wird. In einem solchen System wäre die Arbeit zwar weiter ein unumgängliches Bindeglied zwischen dem Homo sapiens und dem Rest der Natur. Aber wir bräuchten weniger davon (weil die schädlichen und überflüssigen Produktionszweige entfielen) und sie wäre für alle da und vorrangig darauf gerichtet, für die Menschen und die Ökosysteme zu sorgen. Mit anderen Worten würde die Arbeit zu einer sozialen, ökologischen und daher verantwortungsvollen Tätigkeit, wie sie sich für eine freie und insofern der Grenzen bewusste Menschheit geziemt. Utopie? Mag sein, aber es sind die Utopien, die die Welt verändern. Und sie ist nicht nur dringend notwendig, sondern auch erstrebenswert.

Übersetzung: MiWe

1 60 % nach Angaben der WHO und 70 % nach einem Sonderbericht des Weltbiodiversitätsrats IPBES zur Covid-19-Pandemie

2 Darwin verfasste diese These in seinem zweiten Hauptwerk *Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl*, das 10 Jahre nach *Die Entstehung der Arten* erschienen ist.

3 Jennifer JACQUET & Daniel PAULY, Funding Priorities : Big Barriers to Small-Scale Fisheries, *Conservation Biology*, Volume 22, No. 4, 832–835.



FÜR EINEN SOLIDARISCHEN EUROPÄISCHEN SHUT- DOWN VON UNTEN

Wir unterstützen den Aufruf #ZeroCovid <https://zero-covid.org/> und bitten alle Genossinnen und Genossen, alle Kolleginnen und Kollegen, ihn zu unterzeichnen. Er verlangt eine sofortige Kehrtwende in der Corona-Politik der Bundes- und Landesregierungen, weg von der bloßen Abflachung der Kurve der Infektionen hin zur Beendigung der Pandemie.

■ Sekretariat der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO)

In dem Aufruf heißt es: „Wir brauchen sofort eine gemeinsame Strategie in Europa, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen. Mit Impfungen allein ist der Wettlauf gegen die mutierte Virusvariante nicht zu gewinnen – erst recht nicht, wenn die Pandemiebekämpfung weiter aus aktionistischen Einschränkungen der Freizeit ohne Shutdown der Wirtschaft besteht.“ Ähnliche Initiativen sind vor einigen Wochen in anderen Ländern, insbesondere im Vereinigten Königreich und in Irland entstanden, siehe beispielsweise <https://zerocovid.uk/> oder den Artikel <https://www.anticapitalistresistance.org/post/covid-is-a-class-issue>.

Der Aufruf kritisiert, dass die offizielle Corona-Politik allein auf den Impfstoff setzt und bei den Einschränkungen (oder Verboten) der Kontakte ausschließlich den Freizeitsektor und nicht auch die dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft im Visier hat.

Dieser Kritik können wir uns nur anschließen: Die meisten der bisher bekanntgewordenen Brennpunkte lagen in Betrieben aller Art, vor allem natürlich in Alten- und Pflegeheimen.

Vor allem aber klagt die Bundesregierung zwar darüber, dass sie die Kontrolle über das Geschehen verloren hat, aber sie gibt sich nicht die Mittel an die Hand, diese wie-

derzugewinnen. Diese Mittel bestehen zum einen in einer systematischen Erhebung von Informationen über die Entwicklung der Pandemie in allen Bereichen der Gesellschaft durch Einführung einer verpflichtenden Berichterstattung aller Betriebe, die regelmäßig abgefragt wird, wenn sie nicht freiwillig kommt – nur eine solche Sammlung von Informationen erlaubt, restriktive Maßnahmen zielgenau einzusetzen.

Zum anderen in der pro-aktiven Verfolgung und Isolierung von Hotspots, aber auch von positiv Getesteten. Letzteren wird zwar eine 14-tägige Quarantäne nahegelegt, aber sie verbringen sie zu Hause, dort, wo sie im engsten Kontakt mit anderen Menschen, ihren Familienangehörigen sind. Da muss sich die Regierung nicht wundern, wenn Virolog*innen schätzen, dass die meisten Infektionen im privaten Bereich stattfinden. Dagegen unternimmt sie aber nichts anderes, als durch die Kontaktbeschränkungen, die sie verhängt, die Menschen weiter in den privaten Bereich zu treiben.

Drittens ist es ein Skandal, dass ein armes Land wie Ruanda in der Lage ist, flächendeckend und kostenlos zu testen, aber Deutschland nicht.

In solche konkreten Argumentationen begibt sich der Aufruf nicht. Er fordert sehr energisch, „die Ansteckungen auf null zu reduzieren“, bleibt aber in der Benennung der angemessenen Mittel vage. Damit setzt er sich dem Vorwurf aus, im Zweifel auch autoritäre Maßnahmen gutzuheißen. Das ist nicht seine Intention, die ist vielmehr die Entwicklung einer „solidarischen Perspektive von unten“, aber das wird leider nicht unterfüttert.

Das größte Manko des Aufrufs aus sozialistischer Sicht ist, dass er die abhängig Beschäftigten in Betrieben und Büros nicht ausdrücklich als handelndes Subjekt in den Mittelpunkt rückt und von dort aus den notwendigen Maßnahmenkatalog entwickelt. Das hätte Vorbehalten vorgebeugt und die Aufgabe erleichtert, den Kampf um Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben aufzu-

nehmen. Denn der wird auch in Zukunft zentral sein.

Gerade in diesem Bereich verstoßen Regierung & Kapital zynisch gegen die Gebote des präventiven Gesundheitsschutzes. Nur dieser würde einen Weg jenseits der fortgesetzten Einschränkungen von Grundrechten durch die Herrschenden eröffnen.

1989 wurde die „EG-Rahmenrichtlinie Arbeitsschutz“ (89/391/EWG) für alle Staaten der damaligen Europäischen Gemeinschaft verabschiedet. In der BRD ist diese verbindliche Vorgabe erst 1996 mit dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) umgesetzt worden.

Skandalöserweise wird das Arbeitsschutzgesetz nur an den wenigsten Arbeitsplätzen umgesetzt. Die Bundes- und Landesregierungen verschaffen sich deshalb nicht einmal einen Überblick über das Seuchengeschehen in den Betrieben. In den seltenen Fällen, in denen es jedoch aufgrund aktiver Betriebsräte ernst genommen wird, kann auch ein wirksamer Infektionsschutz gegen das Coronavirus sichergestellt werden. Denn dort wird mehr getan, als die AHA-L-Regeln einzuhalten. Es wird das sogenannte TOP-Prinzip des Gesundheitsschutzes verwirklicht. Dies bedeutet, dass in dieser Rangfolge technische (z. B. Trennwände), organisatorische (z. B. versetzte Arbeitszeiten) und persönliche Schutzmaßnahmen (z. B. FFP2-Masken) ergriffen werden müssen.

Last but not least – und gerade im Hinblick auf den notwendigen längeren Atem – hätte dem Aufruf ein Satz zu den ökologischen und ökonomischen Ursachen der Pandemie gut angestanden.

Dessen ungeachtet besteht sein großes Verdienst darin, ganz offensichtlich einen Nerv getroffen zu haben, das belegt der große und rasche Zustrom von Unterzeichneten. Daraus lässt sich zweifellos eine politische Kampagne entwickeln, in deren Verlauf, die hier aufgeworfenen Fragen diskutiert und angegangen werden können.

Die Lähmung, die die politische und soziale Linke im Angesicht von Corona befallen hat, kann damit ein Stückweit überwunden werden, wenn entsprechend koordinierte Aktivitäten vor Ort entwickelt werden. Dafür setzen wir uns ein.

21.1.2021

<https://intersoz.org/fuer-einen-solidarischen-europaeischen-shutdown-gegen-die-pandemie-von-unten/>



EIN BEDEUTENDES ERBE

Das Übergangsprogramm von 1938 – über 80 Jahre alt und dennoch aktuell

■ Heinrich Neuhaus

Der Kapitalismus befindet sich dreißig Jahre nach seinem vermeintlichen „Endsieg“ in einer historischen Krise. Wirtschaftlich, sozial, ökologisch, politisch, kulturell und moralisch.

Zum Glück für die Herrschenden ist aber die Klasse, die ihn alleine überwinden kann, nach wie vor nicht auf der Höhe der Zeit. Die Überreste der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung krankten weiter an dem vergifteten Erbe des 20. Jahrhunderts, an dem Scheitern von Sozialdemokratismus und Stalinismus sowie an den Auswirkungen des neoliberalen Kapitalismus.

Zwar hat Kapitalismuskritik wieder eine gewisse Konjunktur, aber Vorstellungen von dem Weg zu einer sozialistischen Alternative sind nur bei einer winzigen Minderheit ansatzweise vorhanden.

Dieser Zustand ist umso bemerkenswerter, als die heutige Welt im Überfluss über alle Mittel verfügt, um der Menschheit die Befriedigung aller Grundbedürfnisse garantieren zu können: Ernährung und Kleidung, Gesundheitsvorsorge, Bildung und Ausbildung, sinnvolle Arbeit, Wohnen, ökologische Energieerzeugung und Verkehrsmittel sowie nicht zuletzt freien Zugang zu Kultur und Medien.

Der Kampf um die Macht

Erst in der imperialistischen Phase des Kapitalismus gewann der Kampf um die Macht aktuelle Bedeutung. Die revolutionären Jahre von 1917 bis 1923 führten folglich auch zur Wiederaufnahme der schon von Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* entwickelten Idee eines Übergangsprogramms sowohl durch Lenin in den *Aprilthesen* (1917) als auch durch Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD (1918/19).

Auf dem III. und IV. Weltkongress der 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (Komintern) wurde endlich der Gedanke eines Übergangsprogramms klar formuliert:

„An Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen, die in ihrer Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen...[und] das Proletariat organisieren“.¹

Der Prozess der bürokratischen Degenerierung der Sowjetunion in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts führte zur Aufgabe dieser Strategie von Übergangsforderungen durch die Komintern.

Das Übergangsprogramm von 1938

Erst das *Übergangsprogramm* der IV. Internationale, das auf ihrem Gründungskongress 1938 angenommen wurde, knüpfte an diesem Erbe wieder an: „Die IV. Internationale verwirft nicht die Forderungen des alten ‚Minimal‘-Programms, soweit sie noch ein wenig an Sprengkraft bewahrt haben. Sie verteidigt unermüdlich die demokratischen Rechte der Arbeiter und ihre sozialen Errungenschaften.“²

Aber das Übergangsprogramm fordert auch, die Trennung zwischen Minimal- und Maximalprogramm zu überwinden. Das revolutionäre Programm müsse um ein System von Übergangsforderungen errichtet werden, die aus den täglichen Lebensbedingungen und dem täglichen Bewusstsein breiter Schichten der arbeitenden Klasse abgeleitet sind und unablässig auf den einen Schluss hinführen: die Machteroberung durch das Proletariat.

Anders ausgedrückt: Der Kern eines Übergangsprogramms ist ein System von Forderungen, die miteinander so verbunden sind, dass sie den Klassenkampf vorantreiben und auf eine höhere Ebene führen können.

Ein Übergangsprogramm beansprucht also, ein politisches Aktionsprogramm zur Mobilisierung der Massen zu sein. Es knüpft an ihrem jeweiligen Bewusstsein an und versucht, über das Lernen aus den eigenen Kampferfahrungen eine Brücke zur Einsicht in die revolutionäre Notwendigkeit zu schlagen – nämlich, dass die „Befreiung der Arbeiterklasse [...] das Werk der Arbeiterklasse selbst sein“ muss.³

Ein Übergangsprogramm für heute

Ein radikaler Bruch mit der herrschenden Logik der Profitmaximierung ist die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Alternative ohne Ausbeutung und Unterdrückung.

Es gibt keine Abkürzungen und Wundermittel auf dem langen und oft mühseligen Weg zum Aufbau einer sozialistischen Alternative. Weder das Hoffen auf Linksentwicklungen in Parteien, die dem bürgerlichen Parlamentarismus und den gut dotierten Zwängen der Sphäre der Berufspolitik verpflichtet sind, noch das Kopieren von Parteaufbaukonzepten aus anderen Ländern oder das Zusammendenken von kleinen, sich radikal gebenden Gruppen ohne soziale Verankerung und praktische Klassenkampf Erfahrung und schon gar nicht der Glaube an die revolutionäre Kraft des geschriebenen Wortes an sich.

Nur die gemeinsame Beteiligung von revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten am Aufbau einer wirksamen außerparlamentarischen Opposition gegen die Krisenpolitik der Herrschenden, die geduldige Verankerung in den bewussteren Sektoren der arbeitenden Klasse und die Offenheit für die Entwicklungsmöglichkeiten radikaler Organisationen und Blöcke wird reale Schritte zur Veränderung der Kräfteverhältnisse ermöglichen.

Ein Übergangsprogramm für das 21. Jahrhundert ist hierfür unabdingbar.

Dieser Artikel ist der Online-Ausgabe von Inprekorr, Nr. 6/2013 (November/Dezember 2013) entnommen. Er wurde für die Theoriebeilage von Avanti² leicht überarbeitet.

1 Thesen und Resolutionen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, S. 47 (Hervorhebung des Verf.).

2 „Der Totenkampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale“ (Das Übergangsprogramm); in: Wolfgang Alles (Hg.), Die Kommunistische Alternative, Texte und Dokumente der Linken Opposition und IV. Internationale 1932 und 1985, Frankfurt/Main 1989, S. 65.

3 Karl Marx/Friedrich Engels, [„Zirkularbrief an Bebel, Liebknecht, Bracke u. a.“], [17./18. September 1879]; in: MEW Bd. 19, Berlin 1972, S. 165.

Neu bei ISP



Ergun Aydinoglu

Die kurdische Bewegung in der Türkei

Aus dem Englischen von Klaus E. Lehmann
205 Seiten, 19,80 Euro

ISBN 978-3-89900-157-0

lieferbar

Das Buch beschäftigt sich vor allem mit dem Aufstieg der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) als einer bewaffneten Organisation *sui generis* in den 1980er Jahren und mit den Charakteristika ihrer politischen und organisatorischen Kultur. Sie ist um das »Charisma von Öcalan« herum aufgebaut und hat in fast vier Jahrzehnten zahlreiche Veränderungen durchgemacht. In dieser Zeit ist auch eine breite kurdische soziale Bewegung mit teilweise gespannten Beziehungen zur PKK entstanden.

Das Buch legt einen Schwerpunkt auf den Friedensprozess, den die PKK mit dem türkischen Staat seit 1999 und der AKP-Regierung seit 2007 begonnen hat, in dem es von beiden Seiten zu zahlreichen taktischen Manövern kam.

Es wird auch auf die Entwicklungen in der autonomen Kurdenregion Rojava in Nordsyrien und der Kurdenregion im Irak eingegangen.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

EINE CHEMIEINDUSTRIE OHNE CO₂-EMISSIONEN?

Im folgenden Artikel entwickelt der Autor einen Umbaupfad aus Konversion, Kreislaufwirtschaft und Rückbau.

■ Klaus Meier

Die Chemieindustrie gehört zusammen mit der Automobilindustrie und dem Maschinenbau zu den größten deutschen Industriebranchen. Wichtige chemische Produktlinien stehen in der öffentlichen Kritik, weil sie erhebliche Umweltschäden verursachen.

1. Randbedingungen des ökologischen Umbaus der Chemiebranche

Dazu gehören vor allem Kunststoffprodukte, die die Meere aber auch die Böden vermüllen und die sich als Mikroplastik zunehmend in der Nahrungskette anreichern. Auch die Agrochemikalien, wie der Stickstoffdünger und die Pestizide führen zu schweren Umweltschäden. Sie vergiften das Grundwasser sowie die Meere und beschleunigen das Artensterben. Das allein sind schon wichtige Gründe, um die Chemieindustrie in ihrer heutigen Form infrage zu stellen.

Doch es ist noch schlimmer, denn die Chemieindustrie steht auch für einen erheblichen Treibhausgasausstoß. Die unmittelbaren Treibhausgasemissionen – bedingt durch

fossile Brennstoffe, Kohlestrom und Prozessemissionen – lagen 2020 bei erheblichen 56,3 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten [Roa19]. Rechnet man noch den Kohlenstoffanteil hinzu, der in den chemischen Produkten steckt, so sind es sogar 112,8 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalente. Letztere werden aktuell statistisch nicht bilanziert, aber trotzdem wird der allergrößte Teil der in den chemischen Produkten steckende Kohlenstoff früher oder später als CO₂ freigesetzt. Auch der Energieverbrauch der Chemieindustrie ist erheblich (Abbildung 2): Er lag 2020 unter Anrechnung der in den Rohstoffen gebundenen Energien bei rund 450 TWh [Roa19]¹. Allein der Stromverbrauch beträgt 54 TWh.² Zum Vergleich: Der Stromverbrauch von ganz Hessen liegt nur bei 45 TWh. (Abbildung 1)

Diese Zahlen bedeuten, dass die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens und erst recht eine Dekarbonisierung Deutschlands ohne einen Umbau der Chemieindustrie nicht vorstellbar ist. Die Größe dieser Aufgabenstellung wird ersichtlich, wenn man die wirtschaftliche Bedeutung dieses Industriesektors betrachtet. So lag seine Brutto-

wertschöpfung 2017 bei 45 Mrd. Euro und in den Chemieunternehmen arbeiteten 350 000 Menschen. Allein die Grundstoffchemie hat einen Anteil von 65 % an der Bruttowertschöpfung und zählt 197 000 Beschäftigte. (Abbildung 2)

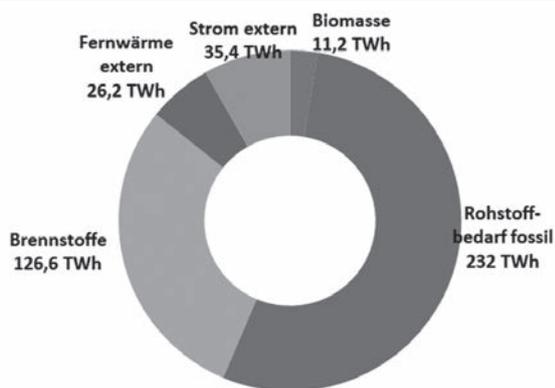
Trotz der Dringlichkeit einer ökologischen Konversion dieser großen Industriebranche hat es innerhalb der ökologischen und politischen Linken bisher keinerlei Diskussion zu diesem Thema gegeben. Im Jahr 2019 erschien dann eine Studie zur Dekarbonisierung der Chemieindustrie, die vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) unter dem Titel „Roadmap Chemie 2050“ in Auftrag gegeben hat worden war. Die Wissenschaftler*innen, die für die Ausarbeitung verantwortlich sind, betonen, dass die Roadmap im Wesentlichen ihre eigene Sicht wiedergibt. Die Studie ist bemerkenswert, weil sie auch einen Konversionspfad für eine vollständige Dekarbonisierung dieses Industriezweigs beinhaltet. Damit unterscheidet sie sich deutlich von allen bisherigen „grünen“ Untersuchungen aus dem Umfeld der Chemieindustrie, die alle CO₂-intensiven Prozesse weiterbetreiben und lediglich das Kohlendioxid auffangen und in tiefen Bodenschichten abspeichern wollen. Allerdings gibt es wesentliche Fragestellungen bei der Dekarbonisierung, auf die die Roadmap-Studie keine Antworten liefert. Der Grund: Sie stößt hier an die Grenzen der kapitalistischen Verwertungslogik, die sie offensichtlich als unabänderlich betrachtet und die sie leider nicht überspringen will. Dies soll im Folgenden erörtert werden. (Abbildung 3)

Wenn man einen ökologischen Umbau der Chemieindustrie plant, kommt man nicht daran vorbei, ihre Produktpalette intensiver zu betrachten. Sie umfasst im Wesentlichen:

- Anorganische Grundchemikalien⁴,
- Organische Grundchemikalien⁵,
- Polymere⁶,
- Fein- und Spezialchemikalien⁷,
- Pharmazeutika,
- Waschmittel,
- Körperpflegemittel. (Abbildung 4)

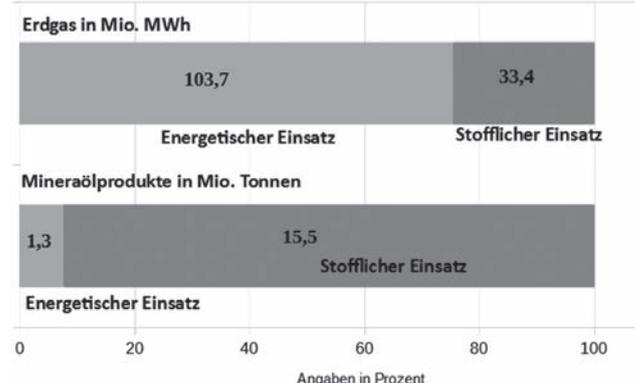
Die Frage stellt sich, wo ein ökologischer Umbau der Chemieindustrie überhaupt ansetzen kann. Es bietet sich an, zunächst die Prozesse der Grundstoffchemie zu betrachten. Sie hat den mit Abstand höchsten Energieverbrauch (Tabelle 1) und gleichzeitig die höchsten CO₂-Emissionen. Hergestellt werden die Basischemikalien Chlor, Ammoniak, Harnstoff und Methanol. Dazu die sog. Olefine⁹ Ethylen, Propylen und Butadien. Außerdem noch die Aromate Benzol, Toluol und Xylol¹⁰. Charakteristisch für die Grundstoffindustrie ist zudem, dass ihre Produkte kaum an Endverbraucher geliefert werden, sondern vornehmlich in anderen Sektoren der Chemieindustrie und auch in anderen Industrien weiterverarbeitet werden. Zu den nachgeordneten Sparten gehören z.B. die Kunststoffindustrie, die Farben- und Lackbranche oder der Agrarsektor. Diese Zusammenhänge bedeuten für den ökologischen Umbau zweierlei: Erstens müssen Dekarbonisierungsstrategien für die spezifischen Verfahren der Grundstoffindustrie entwickelt werden. Zweitens ergeben sich durch eine ökologische Umstellung der nachgeordneter Industrie- und Konsumbereiche unmittelbare Rückwirkungen auf die Chemiebranche. Das umfasst vor allem Möglichkeiten für einen Reduzierung der chemischen Produktionsmenge. Ein Gesichts-

ABBILDUNG 1



Gesamtenergiebedarf der chemischen Industrie in 2020 in TWh unter Berücksichtigung des Rohstoffeintrags³

ABBILDUNG 2



Die Chemieindustrie nutzt große Mengen von Öl und Erdgas als Rohstoffe und als Energieträger, Daten für 2017 nach [VCI19]

TABELLE 1: ANTEIL DER GRUNDSTOFFCHEMIE AN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE, NACH [IRE17]¹¹

Branche	Bruttoproduktionswert [Mrd. €/Jahr]	Stromverbrauch [TWh/Jahr]	Gesamtenergieverbrauch [TWh/Jahr]
Chemische Industrie	145,2 (2014)	49,7 TWh (2013)	174 TWh (2013)
Grundstoffchemie	50 % der chem. Industrie	43,9 TWh (2011)	141,3 TWh (2011)

punkt, der in der Roadmap nicht berücksichtigt worden ist. (Tabelle 1)

2. Die wesentlichen Prozesse der Grundstoffchemie und ihre Emissionen

Um die Aufgabenstellung der Dekarbonisierung der Chemieindustrie zu verstehen, bedarf es zunächst eines Verständnisses der wesentlichen Prozesse und Produkte dieser Branche, was im Folgenden entwickelt werden soll. Weiterhin müssen die Bereiche herausgearbeitet werden, die den höchsten Energieverbrauch und die höchsten CO₂-Emissionen haben. Dabei trifft man erneut auf die Grundstoffindustrie. Dort liegen die bedeutendsten CO₂-Quellen:

- Die Industriekraftwerke,
- die Steamcracker (Dampfspalter) in der petrochemischen Industrie und
- die Wasserstoffherzeugung aus der Dampfreformierung von Erdgas.

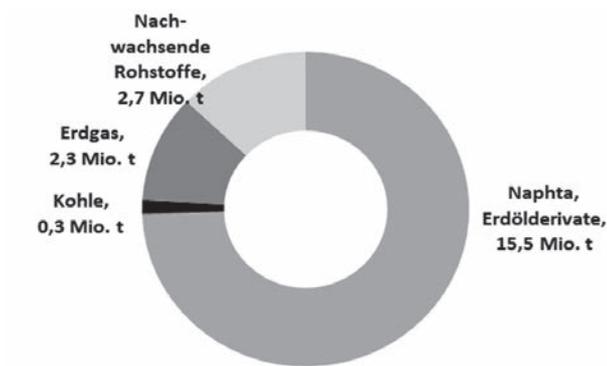
Gleichzeitig haben heute die folgenden Bereiche den höchsten Energieverbrauch:

- Die petrochemische Industrie,
- die Ammoniakherstellung,
- die Chlorherstellung.

In der Chemieindustrie gibt es einige Besonderheiten bei den CO₂-Emissionen. So nutzen die großen Chemieunternehmen nicht nur Kohlestrom aus dem öffentlichen Netz zu Dumpingpreisen, sondern betreiben auch eigene Kraftwerke. Die liefern nicht nur Strom, sondern ihre Wärmeerzeugung wird ebenfalls genutzt. Man spricht von einer Kraft-Wärme-Kopplung. Die Wärme wird vor allem für die Dampferzeugung eingesetzt. Der Dampf wird dabei sowohl energetisch als Wärmeträger als auch stofflich, z.B. bei der Wasserstoffherzeugung, eingesetzt¹².

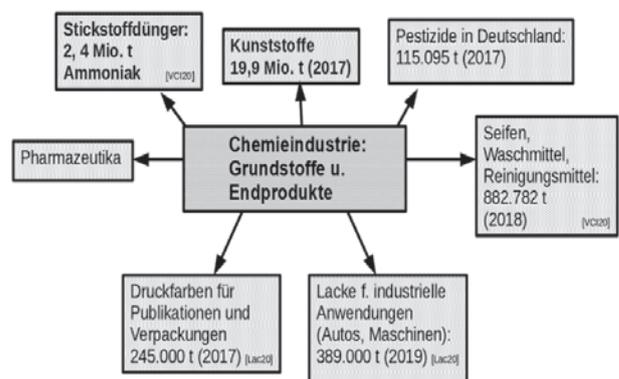
Die in der chemischen Industrie eingesetzten Steamcracker (Dampfspalter) sind die bedeutendsten einzelnen CO₂-Quellen in dieser Branche bzw. in den zugeordneten Raffinerien. Die Cracker sind Rohrreaktoren von 60 bis 80 Meter Länge, in denen bei hohen Temperaturen von bis zu 850° C langkettige Kohlenwasserstoffe in Gegenwart von heißem Wasserdampf in kurzkettige

ABBILDUNG 3



Rohstoffbasis der organischen Chemie in Deutschland, gesamter stofflicher Einsatz 20,8 Mio. Tonnen, nach [VC119]

ABBILDUNG 4



Endprodukte der Chemieindustrie, Mengenangaben⁸

Kohlenwasserstoffe zerlegt werden. Dabei entstehen u.a. die chemischen Grundprodukte Ethen, Propen, Buten, Benzol, Toluol und Xylole, die dann in anderen nachgeordneten Prozessen getrennt und weiterverarbeitet werden können.

In der chemischen Industrie wird vor allem für die Herstellung von Ammoniak¹³ und von Methanol¹⁴ sehr viel Wasserstoff (H₂) benötigt. Dazu kommt ein weiterer Wasserstoffbedarf in den petrochemischen Raffinerien bei der Herstellung von Otto- und Diesel-Kraftstoffen [Enc18]. Als Herstellungsverfahren werden dafür die sog. Dampfreformierung und die partielle Oxidation (POX) eingesetzt¹⁵. In beiden Prozessen wird aus Erdgas bzw. aus längeren Kohlenwasserstoffketten Wasserstoff erzeugt. Dabei entstehen prozessbedingt große Mengen CO₂.

3. Treibhausgasneutralität der Chemieindustrie mit vier Maßnahmen

Wenn man die Chemieindustrie wirklich treibhausgasneutral machen will, ergeben sich zunächst vier getrennte Umbaumaßnahmen. Erstens muss der eingesetzte Strom auf der Basis erneuerbarer Energien hergestellt werden. Zweitens muss die eingesetzte Prozesswärme auf Treibhausgasneutralität umgestellt werden. Drittens muss man alle Verfahren ersetzen, die prozessbedingt Treibhausgase emittieren. Viertens muss man das Problem lösen, dass die Chemie auf Kohlenwasserstoffen aufbaut, deren Verbrennung unvermeidlich CO₂ freisetzt.

Die Umbaumaßnahmen eins bis drei werden in der Roadmap 2050 betrachtet und ihre technologische Umsetzung dargelegt. Die vierte Maßnahme ist allerdings in dem Konzept nur partiell enthalten. De facto ist mit den ersten drei Maßnahmen eine vollständige CO₂-Neutralität der Chemieindustrie nicht erreichbar. Im Folgenden sollen alle vier Umbaumaßnahmen detailliert betrachtet und bewertet werden.

Umbaumaßnahme 1: Erneuerbarer Strom statt Kohlestrom

Eine sehr einfach umzusetzende Voraussetzung für eine Dekarbonisierung der Chemieindustrie ist eine CO₂-freie Stromerzeugung. Das erfordert einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung und ein genauso schneller Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem Wind- und Solarenergie, alles möglichst bis 2030. Bedeutsam ist ein treibhausgasneutraler Stromeinsatz z.B. für die Chlor-Alkali-Elektrolyse, dem stromintensivsten Prozess der Grundstoffchemie. 2017 wurden hierfür allein 9,6 TWh

SCHRIFTENREIHE „ÖKOZOSIALISMUS: ANALYSE + PERSPEKTIVEN“

Dieser Text entspricht dem Heft Nr. 65 der Schriftenreihe „Ökosozialismus: Analyse + Perspektiven“, die in unregelmäßigen Abständen Analysen zur ökosozialistischen Strategiediskussion in Broschürenform erscheint. Die Texte verstehen sich als Diskussionsbeiträge zur Entwicklung einer nachhaltigen Antwort auf die globale ökologische Krise. Die Schriften sind im Internet zu finden auf den Seiten des Netzwerks Ökosozialismus (*oekosozialismus.net*) sowie teilweise der Sozialistischen Zeitung (*sozonline.de*) oder auch auf *www.intersoz.org*.

Das Netzwerk Ökosozialismus will gemeinsam mit anderen ökologisch Aktiven tragfähige politische Antworten entwickeln. Es ist daher interessiert an politisch vielfältigen und auch kontroversen Diskussionen. Damit einhergehend soll der Aufbau eines strukturierten Kontakt- und Aktionsnetzes vorangetrieben werden. Interessierten wird eine intensive politische Diskussion zu ökologischen und ökosozialistischen Fragestellungen angeboten.

Die Bestellung von Broschüren oder die Anforderung von Referenten kann erfolgen über: *MeierKlaus13@yahoo.de*

Strom verbraucht, was zu der hohen CO₂-Emission von 4,7 Mio. Tonnen führte¹⁶. Die Chlor-Alkali-Elektrolyse ist bereits ein vollelektrifizierter Prozess, der allerdings weiter optimiert und verbessert werden kann. Seine Grundstrukturen lassen sich leicht mit einer dekarbonisierten Chemie verbinden. Die Voraussetzung ist CO₂-freier Strom.

Umbaumaßnahme 2: Treibhausgasneutrale Prozesswärme

Die Grundstoffchemie benötigt einen besonders hohen Energieeinsatz zur Erzeugung von Prozesswärme. Rund 50 % der benötigten Prozesstemperatur liegt dabei in einem Bereich von 500 °C bis 1000 °C¹⁷. Der größte Anteil davon wird über die Verbrennung fossiler Energieträger erzeugt (37 % Erdgas, 9 % Mineralölprodukte, 4 % Kohle). Angesichts des benötigten hohen Temperaturbereichs sind Wärmepumpen ungeeignet. Eine Dekarbonisierung wäre dagegen nur erreichbar durch den direkten Einsatz erneuerbaren Stroms in einem Power-to-Heat-Verfahren. Unter Power-to-Heat versteht man die Erzeugung von Wärme durch den Einsatz von elektrischer Energie. Dafür ist aller-

dings ein sehr hoher Bedarf an zusätzlichen erneuerbaren Energien erforderlich.

Umbaumaßnahme 3: Prozessbedingte Treibhausgasemissionen vermeiden

Zu prozessbedingten CO₂-Freisetzungen kommt es heute in der Grundstoffchemie bei der Ammoniak- und der Methanolsynthese¹⁸. Dafür wird Wasserstoff benötigt. Er wird dabei überwiegend aus Erdgas mittels der sog. Dampfreformierung hergestellt. Dabei kommt es zu erheblichen prozessbedingten CO₂-Freisetzungen. Die Menge des in der deutschen Chemieindustrie benötigten Wasserstoffs liegt heute bei der Ammoniaksynthese bei 460 000 Tonnen und bei der Methanolsynthese bei 200 000 Tonnen. Die Freisetzung von CO₂ kann vermieden werden, wenn man die Wasserstofferzeugung aus fossilen Energieträgern beendet und stattdessen Elektrolyseverfahren einsetzt. Dabei wird Wasser mittels erneuerbaren elektrischen Stroms in Wasserstoff und Sauerstoff aufgespalten¹⁹. Elektrolyseverfahren sind heute Stand der Technik. Allerdings bedarf auch der Einsatz dieses Verfahrens großer Mengen erneuerbaren Stroms.

Umbaumaßnahme 4: Kreislaufwirtschaft für die Kohlenwasserstoffchemie

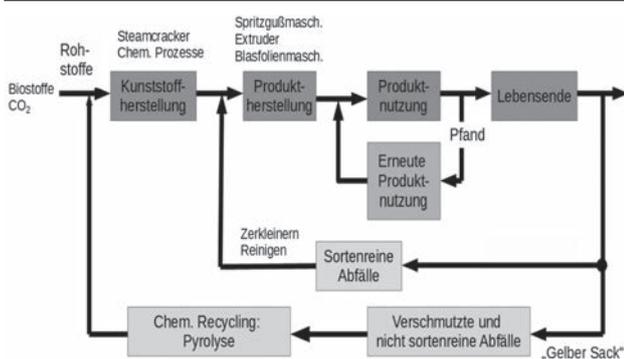
Eigentlich kann die Chemieindustrie per Definition nicht dekarbonisiert werden, denn ihr bedeutsamster Bereich, die organische Chemie, verwendet als Bausteine unvermeidbar Kohlenstoffatome. Allein Kohlenstoffatome sind aufgrund ihrer Stellung im Periodensystem der Elemente dazu in der Lage, so vielfältige Verbindungen einzugehen, dass eine große, flexible Zahl von Kunststoffen, Farben

oder auch Medikamenten entstehen kann. Eine andere stoffliche Alternative dazu gibt es nicht. Eine Dekarbonisierung der Chemieindustrie kann daher nur heißen, dass sie zukünftig CO₂-emissionsfrei ist. Allerdings muss dann vollständig auf die heutigen fossilen Ausgangsstoffe der Kohlenstoffchemie verzichtet werden, nämlich Erdöl, Erdgas und natürlich auch Kohle. Doch wie soll dann die Herstellung von Kunststoffen, Medikamenten oder Farben überhaupt noch möglich sein? Die Antwort liegt in der Einführung einer umfassenden Kohlenstoffkreislaufwirtschaft für die Chemieindustrie (Abbildung 5). Heute gibt es sie nicht, aber immerhin existieren die dafür notwendigen technischen Verfahren. Sie kann prinzipiell über drei Stufen laufen: Zuerst ein Produktnutzungs-Kreislauf, darüber ein Werkstoff-Kreislauf und zuallererst ein atomarer Kohlenwasserstoff-Kreislauf. (Abbildung 5)

Kreislaufstufe A: Pfand auf genormte Behälter und Verpackungen

Betrachten wir zunächst die unterste Stufe, den Produktnutzungs-Kreislauf. Diese Stufe ist nicht im Konzept der Roadmap 2050-Studie enthalten. Ihr notwendiges Ziel muss darin bestehen, die Kohlenwasserstoffmenge im Kreislauf deutlich zu reduzieren. Wie kann man das erreichen? Die einfache Antwort: Produkte aus Kunststoff müssen möglichst lange im Nutzungskreislauf bleiben. Das bedeutet für die heutigen Kunststoffbehälter: Pfandpflicht ohne Ausnahme. So können Kunststoffbehälter in einem Pfandkreislauf mehrere Dutzend Mal wiederverwendet werden. Es wäre aber zu kurz gesprungen, wenn nur PET-Getränkeflaschen im Kreislauf wären. Auch die zahllosen Behälter für Shampoos, Reinigungs- oder Waschmittel,

ABBILDUNG 5



Kreislaufstruktur einer treibhausgasneutralen Chemieindustrie2050

ABBILDUNG 6



Abbildung 6: Reinigungsmittel in Plastikflaschen. Die Behälter werden bereits nach einmaliger Verwendung weggeworfen. Ein Pfandsystem ist überfällig.

die man heute in den Supermärkten sieht, müssen vom Pfandsystem erfasst werden (Abbildung 6).

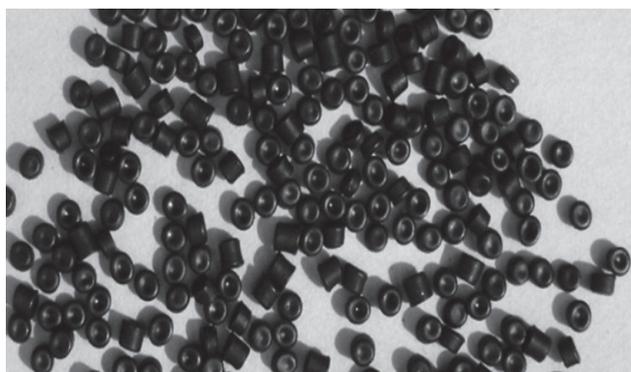
Dazu bedarf es einer gesetzlich verankerten Vereinheitlichung und Normung von Behältern und Flaschen aus Kunststoffen. Das muss sowohl die Größe, den Kunststofftyp, die Materialfarbe und die Etikettierung (Papier, wasserlöslich) umfassen. Die zahllosen Sonderformen der Behältnisse, die die Hersteller heute lediglich aus Konkurrenz- und Werbegründen herstellen, müssen strikt unterbunden werden. Denn sie behindern den Rücklauf im Produktnutzungskreislauf.

Kreislaufstufe B: Werkstoffrecycling

Wenn Behälter und Flaschen aus Kunststoff sich lange in einem Kreislauf bewegt haben, kommt es irgendwann ganz unvermeidbar zu Materialschäden. Sie müssen daher regelmäßig aus dem Kreislauf entnommen werden. Der Kreislauf von Glaspfandflaschen kann hierbei ein Vorbild sein. Hier sollte dann ein mechanisches Materialrecycling einsetzen. Dabei werden die Kunststoffmaterialien zuerst zerkleinert, dann eingeschmolzen und daraus ein Granulat erstellt (siehe Abbildung 7). Damit können dann wieder gleichartige Kunststoff-Neuprodukte produziert werden.

Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass das jeweilige Kunststoffmaterial sortenrein vorliegt. So dürfen z.B. gesammelte PET- und PE-Flaschen nicht vermischt sein. Es können auch nur einheitlich gefärbte Kunststoffe gemeinsam recycelt werden. Es ist offensichtlich, dass dafür ein kunterbuntes Durcheinander unterschiedlichster Kunststoffe, die zudem noch verschmutzt sind, völlig ungeeignet ist. Das ist genau das Problem mit den heutigen Sammlungen über den gelben Sack. Um das zu verhin-

ABBILDUNG 7



Polyethylen-Granulat (PE-LD), einheitlich schwarz. In dieser sortenreinen Form für das Werkstoffrecycling geeignet²⁰

dern, bedarf es einer Normierung sowie einer Reduktion der Kunststoffprodukte bereits im Konstruktionsprozess. Dazu die Pfandpflicht. Das erfordert dirigistische Eingriffe und viele Einschränkungen für den kapitalistischen Produktionsprozess. Alles Dinge, die weder das freie Unternehmertum noch die mit ihm verbandelten bürgerlichen Politiker mögen.

Kreislaufstufe C: Atomare Kohlenstoffwiedergewinnung

Die Zahl der Materialdurchläufe beim mechanischen Kunststoffrecycling sind begrenzt, denn durch die wiederholte Zerkleinerung des Kunststoffs sind die langen Makromoleküle irgendwann für eine erneute Materialnutzung zu stark beschädigt. Das Material kann dann aber noch chemisch recycelt werden. Das gilt auch für stark verschmutzte und in untrennbaren Mischungsverhältnissen vorliegende Abfälle (gelber Sack). Beim chemischen Recycling geht es darum, aus dem Kunststoffmaterial die Kohlenstoffatome zurückzugewinnen. Möglich ist dies z.B. mit dem Pyrolyseverfahren.²¹ Es ist allerdings nicht möglich, die gesamte Kohlenstoffmenge unverändert und dauerhaft in einem Kreislauf zu halten, denn ein Teil wird unvermeidbar dissipieren. Ein Beispiel sind kunststoffbasierte Farben für Hauswände und Maschinen, die nicht wiedergewonnen werden können. Deswegen müssen begrenzte Mengen von Kohlenwasserstoffen immer wieder neu in den Kohlenstoffkreislauf eingespeist werden. Dies wäre prinzipiell denkbar durch den Rückgriff auf nichtfossile Rohstoffquellen (Biomasse) oder die Abtrennung von CO₂ aus der Luft.

In Abbildung 8 ist der von den Autoren der Roadmap für sinnvoll erachtete Rohstoffmix einer treibhausgasneutralen Chemieindustrie für das Jahr 2050 dargestellt²². Es ist zu beachten, dass Biomasse allerdings nur begrenzt verfügbar ist. Auch ist die Abscheidung von CO₂ aus der Luft, das sog. Direct Air Capture (DAC)-Verfahren, wegen des geringen CO₂-Gehalts der Luft sehr energieaufwendig und dürfte in der Praxis daher nur sehr begrenzt einsetzbar sein (siehe Textblock 1). Auch deswegen ist eine Kohlenstoffkreislaufwirtschaft nur umsetzbar, wenn die Menge der in Umlauf gebrachten kohlenstoffhaltigen Produkte gegenüber heute deutlich abgesenkt wird²³. (Abbildung 8)

4. Rückbau der chemischen Produktion

Eine genaue quantitative Mengenanalyse zeigt, dass es eine Alternative zu der heute extrem umweltschädlichen Chemieproduktion gibt und dass die CO₂-Emissionen aus

diesem Sektor auf null zurückgeführt werden können. Das ist auch das Ergebnis der Roadmap-2050-Studie²⁴. Die Autoren schreiben: „Die Roadmap der deutschen chemischen Industrie zeigt, dass eine weitgehend treibhausgasneutrale Chemieproduktion in Deutschland bis 2050 technologisch denkbar ist. Neue Methoden der Kreislaufführung, eine CO₂-freie Wasserstoffherstellung und die Nutzung von CO₂ als Rohstoff machen dies möglich.“²⁵ Es ist auch möglich, einen Kohlenstoffkreislauf trotz unvermeidbarer Leckagen aufzubauen. All dies erfordert aber sehr große Energiemengen. Die Autoren der Roadmap kommen zu der Schlussfolgerung, dass die Verfahren, mit denen eine CO₂-Neutralität der chemischen Industrie erreicht werden könnte, den Strombedarf der deutschen Chemie auf 682 TWh²⁶ jährlich hochschnellen lassen würden. Dabei gehen sie davon aus, dass die heutigen Umsätze und Produktionsmengen der Chemieindustrie weitestgehend fortgeführt werden.

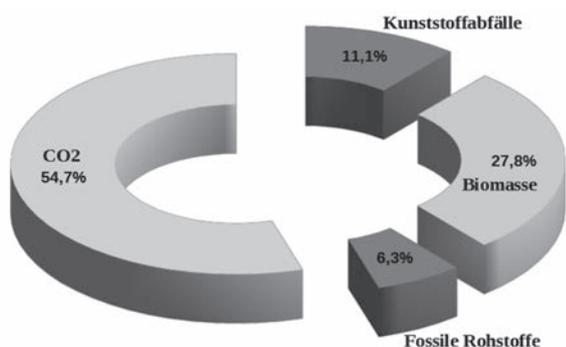
Ein Rückbau ist in der Roadmap-Studie nicht angedacht. Was sofort ins Auge sticht: Die errechneten 682 TWh sind mehr als die gesamte deutsche Stromproduktion von 2018. Dazu kämen die Kosten für eine ökologische Produktionsumstellungen. Sie würden für die Unternehmen der Chemieindustrie von 2020 bis 2050 rund 68 Milliarden Euro Mehrkosten bedeuten. In Abbildung 9 sind die Kosten für einige wichtige Verfahren aufgelistet, die zu einer grünen Chemieproduktion führen würden. Die Gesamtkosten von 68 Mrd. Euro wären bezogen auf ein einzelnes Jahr allerdings ein eher überschaubarer Betrag. Und erst recht im Vergleich zu den gewaltigen Geldsummen, die der deutsche Staat in der sog. Corona-Wirtschaftskrise zur Rettung der kapitalistischen Unternehmen aufgewandt hat. (Abbildung 9)

DIRECT AIR CAPTURING - DAC

Verfahren zur direkten Kohlendioxid-Gewinnung aus der Umgebungsluft (Direct Air Capturing DAC) benötigen sehr große Energiemengen [Geo18]. Schätzungen gehen davon aus, dass für die Gewinnung einer Tonne CO₂ rund 45 Gigajoule (1,25·10⁻⁵ TWh) an elektrischer Energie erforderlich ist. Allein 1 Million Tonnen CO₂ würde daher den Einsatz von 12,5 TWh erfordern. Zusätzlich in die Rechnung einzubeziehen sind die ebenfalls nicht geringen Energiemengen zur Umwandlung von CO₂ in Kohlenwasserstoffe. Erst dann hätte man die Grundbausteine der Chemieindustrie direkt aus der Luft gewonnen. Ein weiteres Problem der DAC-Verfahren ist ihr riesiger Wasserkonsum.

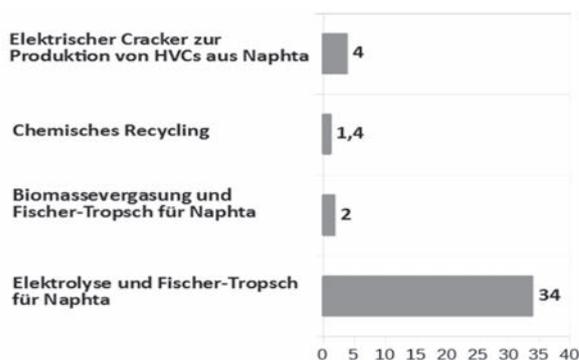
Die Studie der Roadmap-Autoren zeigt, dass nicht die Kosten das Hauptproblem für eine Produktionsumstellung der Chemieindustrie auf CO₂-Neutralität sind. Vielmehr ist der hohe Strombedarf von 682 TWh pro Jahr ein wirkliches Knock-out-Kriterium. Es ist völlig unklar, woher diese grünen Strommengen kommen sollen²⁷. Das sehen auch die Verantwortlichen der Chemieindustrie. So der VCI-Hauptgeschäftsführer, der Anfang 2020 das so formulierte: „Wie zum Beispiel die gewaltige Kapazität erneuerbarer Energien aufgebaut und gleichzeitig die Stromversorgung für die Unternehmen zu einem bezahlbaren Preis sichergestellt werden kann, ist eine offene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Frage.“ [Sch20] Er hat offensichtlich keine Antwort,

ABBILDUNG 8



Rohstoffmix in 2050 als Prozentsatz der zugeführten Rohstoffmenge nach Herkunft im Technologiepfad 3, Roadmap 2050, [Roa19]

ABBILDUNG 9



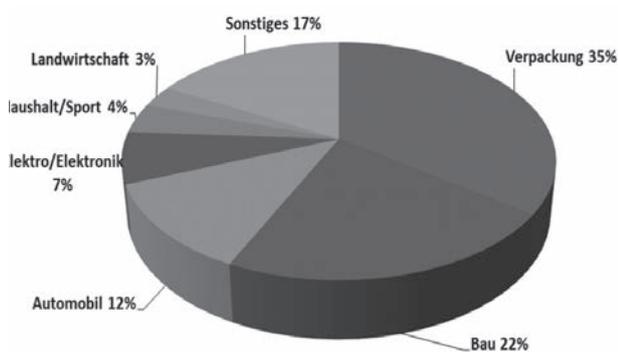
Erforderliche kumulierte Investitionen in Milliarden Euro für zentrale Produktionsumstellungen zur CO₂-Neutralität der Chemieindustrie bis 2050, Angaben entsprechend Technologiepfad 3, nach [Roa19]

genauso wenig wie die politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung.

Es gibt allerdings nur dann keine Lösung, wenn man davon ausgeht, dass die heutige Produktion mit ihrem hohen Anteil an kurzlebigen Wegwerfartikeln unverändert fortgesetzt wird. Doch es gibt Alternativen. So werden knapp 70 % der Kunststoffproduktion für ultrakurzlebige Verpackungen, für die Autoproduktion und für das Bauwesen verbraucht (Abbildung 10). Diese Mengen sind nicht in Stein gemeißelt. So lässt sich, wie bereits ausgeführt, eine drastische Verpackungsmüllreduktion u.a. durch eine verpflichtende und verallgemeinerte Pfandpflicht auf alle Behältnisse und andere Verpackungen erreichen. Weitere Einsparungen entstehen durch die Abschaffung des Autoindividualverkehrs²⁸ und seine Ersetzung durch den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel sowie von Radwegen in den städtischen Zentren. Damit entfallen chemische Produkte, wie Kunststoffsitze und Armaturen, Autolacke oder auch Autoreifen. Auch im Bausektor ließen sich die verwendeten Kunststoffmengen durch eine weitestgehende Umstellung auf einen ökologischen Holzbau sowie eine Reduktion der Bautätigkeit deutlich verringern. Und im landwirtschaftlichen Bereich ist der heute großflächige Einsatz chemischer Düngemittel infrage zu stellen²⁹. Denn er führt zu einer zunehmenden Nitratanreicherung im Grundwasser und mittlerweile sogar in den Weltmeeren. ((Abbildung 10)

Zieht man alle diese Maßnahmen in Betracht, dann ließe sich der Umfang der chemischen Industrieprodukte deutlich reduzieren, was in der Folge auch den Energieverbrauch einer vollständig emissionsfreien Chemieindustrie deutlich absinken ließe. Damit würde aber das in der

ABBILDUNG 10



Verwendung von Kunststoffen in Deutschland in 2016, Gesamtmenge: 12,2 Mio. Tonnen, Daten nach [Che20]

Roadmap Chemie 2050 dargelegte klimaneutrale Umbauszenario möglich werden.

6. Klimaschutz und gleichzeitig Arbeitsplätze sichern

Und was ist mit den Arbeitsplätzen in der Chemiebranche? Auf der einen Seite wird der Bedarf an Kunststoffen und Chemikalien in der Automobilindustrie, in der Landwirtschaft und im Bausektor bei dem notwendigen ökologischen Umbau sicherlich zurückgehen. Andererseits wird es notwendig sein, Wasserstoff und in einem begrenzten Umfang auch synthetische Kraftstoffe mittels Elektrolyse und Chemietechnik herzustellen. Dazu kämen noch chemische Energiespeicher, wie z.B. Redox-Flow-Systeme. In der Konsequenz bedeutet dies einen tiefgehenden technologischen Umbau der Chemiebranche, insbesondere eine Abkehr von einer vornehmlichen Ausrichtung auf die Kohlenstoffchemie. In diesem Umstrukturierungsprozess gilt es, die Interessen der Lohnabhängigen zu wahren, was u.a. bedeutet, dass Entlassungen und Abqualifizierungen auszuschließen sind. Eine geringe Reduktion des Umfangs der anfallenden Arbeiten ist im Zuge des Umbaus ebenfalls nicht ausgeschlossen. Dies kann erreicht werden, indem die vorhandene Arbeit auf alle Hände umverteilt wird. Das Ergebnis sollte eine deutlich verkürzte Wochenarbeitszeit sein. Die Lohnabhängigen wird man für eine solche Lebensperspektive sicher gewinnen können. Allerdings ist vielen Beschäftigten bedingt durch eine systematische Desinformation aus Politik und Medien heute nicht klar, wie bedrohlich die Klimaentwicklung ist. Auch die IG BCE³⁰ hat sich in der Vergangenheit immer für eine Fortsetzung der Kohlepolitik eingesetzt und gegen mehr Klimaschutzmaßnahmen, die zu Lasten der Industrie gehen würden³¹. Diese politische Orientierung der IG BCE ist mittlerweile aber mit vielen Zweideutigkeiten verbunden. So heißt es beispielsweise in einer Stellungnahme zu den Corona-Konjunkturhilfen: „Voraussetzung für Staatshilfe ist, dass es nicht zu betriebsbedingter Kündigungen kommt, Tarifbindung und Betriebsräte. Für den Weg zu einer klimaneutralen Industrie wäre es zudem sinnvoll, im Rahmen eines Konjunkturprogrammes einen nennenswerten Schritt zu einer wasserstoffbasierten Wirtschaft zu gehen.“ Der IG BCE-Vorsitzende Vassiliadis forderte weiter: „Hier müssen wir sogar noch ambitionierter werden, als es die Studie des Bundesumweltministeriums beschreibt. Wir sollten bis 2025 fünf Gigawatt und bis 2030 zehn Gigawatt Elektrolysekapazität aufbauen.“ [BCE20] Eine Umfrage der IG BCE unter 17 000 Gewerkschafts-

mitgliedern, die auf der gewerkschaftlichen Jahrespressekonferenz vorgestellt wurde, liefert ein sehr differenziertes Bild vom Bewusstsein der Beschäftigten. Auf die Frage, ob Klimaschutz für die eigene Branche eher Chancen oder Risiken bedeutet, antworteten 37,3 % „mehr Chancen“ und eine ungefähr gleich große Zahl, nämlich 42,3 % mit „mehr Risiken“. 20,5 % waren unentschieden. Gleichzeitig waren 63,5 % der IG BCE-ler*innen dafür, dass die Unternehmen mehr in die Pflicht genommen werden müssten, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Im Ergebnis bedeutet das, dass sich die Klimabewegung keineswegs durchgehend in Konfrontation mit den Kolleg*innen der IG BCE befindet. Sondern dass man durchaus Anknüpfungspunkte finden kann. So könnte der Aufbau gewerkschaftlicher und betrieblicher Arbeitskreise mit IG BCE-Kolleg*innen helfen, diese Sektoren für ernsthafte Klimaschutzmaßnahmen zu gewinnen.

Gegner*innen eines ökologischen Umbaus werden aber ohne Zweifel die Konzerneigentümer*innen und Shareholder sein. Die bisherigen Erfahrungen zeigen leider, dass die kapitalistischen Eliten eher bereit sind, die Zukunft der Menschheit und unseres Planeten zu opfern, statt Eingriffe in ihre Profitwirtschaft zu akzeptieren. Dagegen muss die Öffentlichkeit darüber aufgeklärt werden, dass es Alternativen zu einer zerstörerischen Heizeit gibt. Um die globale Umweltzerstörung zu verhindern, ist letztlich auch ein Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erforderlich.

Verwendete Quellen:

[Ago19] Agora Energiewende: Klimaneutrale Industrie, Berlin 2019

[Che20] CHEManager: Kunststoffproduktion und -recycling in Deutschland, www.chemanager-online.com/news-opinions/grafiken/kunststoffproduktion-und-recycling-deutschland, abgerufen: 1/2020

[Ch116] Chlor-Alkali-Elektrolyse Von den Grundlagen bis zum aktuellen Stand der Technik, AGP Begleitvorlesung, 02.11.2016, Caroline Röhr

[Enc18] Potentialatlas für Wasserstoff, Analyse des Marktpotentials für Wasserstoff, der mit erneuerbarem Strom hergestellt wird, im Raffineriesektor und im zukünftigen Mobilitätssektor, Gesamtstudie erstellt durch ENCON Europe GmbH, Teilstudie Kosten und Potentiale von EE-Wasserstoff erstellt durch Ludwig-Bölkow-Systemtechnik GmbH, Erstellt im Auftrag der IG BCE Innovationsforum Energiewende e.V., Mineralölwirtschaftsverband e.V., März 2018

[Gch20] Grundchemikalie, Wikipedia, https://de.wikipedia.org/wiki/Grundchemikalie#Anorganische_Grundchemikalien, abgerufen: 2/20

[BCE19] IG-BCE-Chef warnt vor Klimapolitik zulasten der Industrie, dts Nachrichtenagentur, 27. Oktober 2019

[BCE20] IG BCE: Mehr tun für Gute Arbeit, Konjunktur und Klima, 26. 05. 2020, igbce.de/igbce/mehr-tun-fuer-gute-arbeit-konjunktur-und-klima-43206

[Geo18] Geoengineering Monitor: Direct Air Capture (Technology Factsheet), 24.05.2018

[IRE17] IREES – Institut für Ressourceneffizienz und Energiestrategien:

Klimaschutz durch Energieeffizienz II: Konzept zur Erhöhung der Energieeffizienz und Erschließung von Treibhausgas-Minderungspotenzialen in den Sektoren Industrie und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen

Herausforderungen und Chancen des Transformationsprozesses in der deutschen Industrie bis 2050, Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Karlsruhe, Berlin, 12. 04. 2017

[Lac20] Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V.: Lacke für Industrielle Anwendungen in Deutschland, Druckfarben für Publikationen und Verpackungen 2018/19

[Sch20] Jenna Juliane Schulte: Für eine treibhausgasneutrale Chemie, Umweltmagazin BD. 50, (2020), Nr. 04–05

[Sol11] C. Lauterbach, B. Schmitt, K. Vajen: Das Potential solarer Prozesswärme in Deutschland, Teil 1 des Abschlussberichtes zum Forschungsvorhaben „SOPREN – Solare Prozesswärme und Energieeffizienz“, Institut für Thermische Energietechnik Universität Kassel, Kassel 2011

[VCI16] Verband der Chemischen Industrie (VCI): Eigenstromversorgung: In vielen Bereichen alternativlos, 31.03.2016, <https://www.vci.de/themen/energie-klima-rohstoffe/eeg-reform/einladung-zur-debatte/teil-2-eigenstromversorgung-in-vielen-bereichen-alternativlos-5-teilige-serie-zur-bedeutung-der-eigenstrom-versorgung-fuer-die-deutsche-chemie-industrie.jsp>, abgerufen 2/2020

[VCI19] Verband der Chemischen Industrie (VCI): Energiestatistik für die Chemie und Pharmaindustrie, Verbrauch, Rohstoffbasis, Preise, Kosten, Klimaschutz, Frankfurt am Main, Mai 2019

[VCI20] Verband der Chemischen Industrie e. V. (VCI): Chemiewirtschaft in Zahlen 2020, Frankfurt am Main, August 2020

1 Der Energieeintrag der Rohstoffe lag 2020 bei 54 %, [Roa19] S. 51

2 Im Jahr 2017 lag der jährliche Strombedarf der chemischen Industrie bei 54 TWh. Davon wurden 17 TWh, also rund ein Drittel, in eigenen Kraft-Wärme-gekoppelten Anlagen erzeugt. Die anderen zwei Drittel wurden aus dem öffentlichen Stromnetz bezogen. [Roa19] S.54.

3 Daten nach [Roa19] S. 53

4 Zu den anorganischen Grundchemikalien zählen z.B. Chlor, Natronlauge, Schwefelsäure, Ammoniak oder Salzsäure [Gch20].

5 Zu den organischen Grundchemikalien zählen z.B. Ethylen, Propen, Dichlorethan, Benzol oder Methanol [Gch20].

6 Beispiele: Polyethylen (PE), Polypropylen (PP), Polystyrol (PS), Polyvinylchlorid (PVC) oder Polycarbonat.

7 Unter fein- und Spezialchemikalien versteht man Produkte, die zwar nicht in großen Mengen hergestellt werden, die aber als wertvoll gelten. Dazu gehören u.a. Schmierstoffe, Klebstoffe, Bauchemikalien, Riech- und Aromastoffe, Futter- und Lebensmitteladditive, Pflanzenschutzmittel (Agrochemikalien) oder Pharmaka.

8 Mengenangaben nach [Lac20], [VCI20]

9 Olefine ist ein älterer Name für die sog. Alkene. Es handelt sich um Kohlenwasserstoffe mit einer oder mehreren Doppelbindungen zwischen zwei Kohlenstoffatomen. Das gasförmige Ethylen oder auch Ethen ist Ausgangsprodukt für einen der wichtigsten thermoplastischen Kunststoffe, Polyethylen (PE). PE entsteht durch eine sog. Kettenpolymerisation von Ethylen. PE ist der am meisten eingesetzte Kunststoff. Die Hauptanwendung von PE sind Folien, Verpackungen, Behälter, einfache Spritzgussteile, Rohre und Kabelisolationen. Auch das Gas Propylen (auch Propen) wird für die Kunststoffherstellung genutzt. Durch Kettenpolymerisation entsteht daraus Polypropylen (PP), der zweithäufigste Kunststoff. PP ist etwas härter und wärmebeständiger als PE. Aus PP werden Verpackungsfolien, starre Verpackungen, Formteile für den Autoinnenraum, für Haushaltsmaschinen etc. hergestellt. Aus dem Gas Butadien wird durch Polymerisation der Kunstkautschuk Polybutadien hergestellt. Polybutadien wird u.a. für Autoreifen verwendet.

10 Aromate sind Kohlenwasserstoffe mit einer spezifischen Bindungsstruktur. Sie besitzen konjugierte Doppelbindungen in Ringform. Das führt dazu, dass sie sich in ihren Eigenschaften deutlich von den kettenförmigen Kohlenwasserstoffverbindungen unterscheiden.

11 Es sei angemerkt, dass der Anteil der Grundstoffchemie an der Gesamtbranche schwankt, je nachdem wie weit man die Chemieindustrie fasst.

12 Die Chemieindustrie wendet sich wegen ihrer Kraftwärmekopplung gegen regenerative Energiequellen: „Der Faktor Effizienz (gleichzeitige Produktion von Wärme und Strom) [würde] wegfallen. Gerade durch ihre hohe Effizienz braucht die Eigenstromerzeugung aber auch aus klimapolitischer Hinsicht keine ‚Alternative‘. Kraft-Wärmekopplung trägt aufgrund der hohen Wirkungsgrade wesentlich zur Versorgungssicherheit bei und schont gleichzeitig Ressourcen und Klima.“ [VCI16] Die hohen CO₂-Emissionen der eigenen Prozesse blendet der VCI geflissentlich aus.

13 In Deutschland wurden im Jahr 2011 für die Produktion von Ammoniak 5,23 Mrd. m³ Wasserstoff verbraucht [Enc18].

14 Im Jahr 2015 wurden 4,23 Mrd. m³ Wasserstoff für die Herstellung von Methanol benötigt [Enc18].

15 Dampfreformierung: $\text{CH}_4 + \text{H}_2\text{O} \rightleftharpoons \text{CO} + 3\text{H}_2$, Partielle Oxidation: $2\text{CH}_4 + \text{O}_2 \rightarrow 2\text{CO} + 4\text{H}_2$; Wassergas-Shift-Reaktion: $\text{CO} + \text{H}_2\text{O} \rightarrow \text{CO}_2 + \text{H}_2$

16 Ausgangsprodukte der Chlor-Alkali-Elektrolyse sind Natronlauge und Chlor (in 2017 wurden in Deutschland 4,052 Mio. Tonnen Chlor erzeugt [Roa19], S. 28). Natronlauge bzw. Natriumhydroxid wird zu 29 % für die organische Synthesen von Farbstoffen, Pharmaka und Textilfasern eingesetzt. Dazu 12 % für die Papier- und Zellulose-Verarbeitung [Ch16]. Das dabei anfallende Chlor wird zu 33 % für die PVC-Herstellung, zu 30 % für Isocyanate und Oxygenate und zu 15 % für anorganische Cl-Verbindungen eingesetzt [Ch16]. Di- und Polysocyanate werden für die Herstellung von Polyure-

than (PU)-Kunststoffen, Schäumen, Lacken, Farbstoffen und Klebern eingesetzt. PU-Schäume finden Anwendung bei Polstermöbel, Matratzen, Beschichtung von Teppichen oder Bauschaum zur Wärmedämmung. Methylisocyanath wird dagegen für die Herstellung von Pestiziden eingesetzt.

17 Die von der chemischen Industrie für Wärme benötigte Energiemenge verteilt sich auf die folgenden Temperaturbereiche: 7,1 % für Raumwärme und Warmwasser. Bei der Prozesswärme werden 13,9 % für einen Temperaturbereich bis 100 °C benötigt, 21,6 % für einen Temperaturbereich von 100–500 °C, 46,1 % für einen Temperaturbereich von 500–1000 °C und 11,4 % für einen Temperaturbereich oberhalb von 1000 °C, Daten nach [Sol11, S. 22]

18 Die Ammoniaksynthese gehört zu den mengenmäßig größten petrochemischen Prozessen. In 2017 wurden in Deutschland 3,13 Mio. Tonnen Ammoniak produziert. Dabei werden große Mengen CO₂ freigesetzt. Wenn man die prozessbedingten und strombedingten CO₂-Emissionen addiert kommt man auf eine Freisetzung von 2,5 Tonnen CO₂ pro Tonne Ammoniak [Roa19, S.33].

19 Eine ebenfalls CO₂-freie Alternative zur Wasserstoffherstellung ist neben der Elektrolyse von Wasser die sog. Methanpyrolyse. Es handelt sich dabei um eine thermische nicht-katalytische Spaltung von Methan in Wasserstoff und Kohlenstoff. Der Energiebedarf der Wasserstoffbereitstellung über dieses Verfahren ist mit 9,5 MWh pro Tonnen Wasserstoff deutlich geringer als bei der Wasserelektrolyse [Roa19, S. 32]. Dort liegt der Strombedarf bei 51,6 MWh pro Tonne H₂ [Roa19, S. 31].

20 https://commons.wikimedia.org/wiki/File:PE-LD_Granulat.jpg, Sönke Kraft aka Arnulf zu Linden / CC BY-SA (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>)

21 Die Pyrolyse ist eine thermo-chemische Spaltung organischer Verbindungen, wobei durch hohe Temperaturen ein Bindungsbruch innerhalb großer Moleküle in kleinere erzwungen wird. Im Gegensatz zur Verbrennung geschieht dies ohne zusätzlich zugeführten Sauerstoff. Man erhält als Produkt z.B. Pyrolyseöl, das einem Steamcracker zugeführt werden kann. Dort wird es wieder in definierte chemische Grundstoffe aufgespalten und kann zu neuen Kunststoffen verarbeitet werden.

22 Im Einzelnen gehen die Autoren der Roadmap davon aus, dass der Rohstoffbedarf einer weitestgehend treibhausgasneutralen Chemieindustrie 2050 bei 11,4 Mio. t Biomasse (C-Anteil 50 %), 2,8 Mio. t Kunststoffabfällen und 41 Mio. t CO₂ liegen müsste. Dazu kämen noch kleinere Mengen fossilen Methans. Siehe S. 69, Tab 33 und S. 76, [Roa19].

23 Das dürfte mit den heutigen ausschließlich nach Profit strebenden Chemiekonzernen nicht möglich sein, denn für Shareholder und Managern ist es im Kapitalismus wesentlich, dass sie über Produktionsinhalte und Mengen frei bestimmen können. Alles andere ist in ihren Augen sozialistische Unfreiheit und „Dirigismus“.

24 Es ist der Technologiepfad 3, der in der Roadmap-Studie zu einer CO₂-Neutralität der Chemieindustrie führen würde. Die Technologiepfade 1 und 2 streben dagegen nur geringe Reduzierungen der CO₂-Emissionen an.

25 [Roa19], a.a.O., Seite 9

26 Der größte Teil des Strombedarfs, nämlich knapp 5 50 TWh, würde durch die Herstellung von Fischer-Tropsch-Naphtha über Elektrolyse-Wasserstoff als Rohstoff für die Produktion von Olefinen und Aromaten entstehen. [Roa19] Seite 67

27 Das gilt umso mehr, als eine ökologische Produktionsumstellung dazu führt, dass auch in anderen Sektoren, wie der Stahl- und Metallindustrie oder der Papier-, der Glas- und der Baustoffherstellung, die bisher im Überfluss zur Verfügung stehenden fossilen Energieträger (Öl, Kohle, Gas) im Wesentlichen durch erneuerbaren Strom ersetzt werden müssten. Dem gegenüber steht nur eine begrenzte Menge Wind- und Solarstrom, die in Deutschland erzeugt werden kann. Und auch mögliche Energieimporte in Form von Wasserstoff oder Erdgas müssen in anderen Ländern zunächst aus erneuerbarem Strom unter hohen Wandlungsverlusten hergestellt werden. Bisher legen weder Wissenschaftler*innen noch die bürgerlichen Regierungen eine ehrliche Rechenschaft über diese Problematik ab. Realistisch betrachtet gibt es nur eine Lösung: Man muss die vom Kapitalismus aufgeblähte Produktion einschließlich des nachgeordneten Wegschmeißkonsums auf die für das Lebensglück der Bevölkerung wirklich notwendigen Bereiche zurückführen. Ein wirksamer ökologischer Umbau, der mit einem Rückbau verbunden ist, bedeutet aber in der Konsequenz die Vernichtung riesiger Kapitalmengen, die die verschiedenen kapitalistischen Gruppen – z.B. in der Autoproduktion oder der Flugzeugherstellung, in der Chemieindustrie oder im Bergbausektor – angelegt haben. Die die Gesellschaft dominierenden kapitalistischen Sektoren und die mit ihnen verbandelten bürgerlichen Regierungen haben in den letzten 30 Jahren gezeigt, dass sie die Menschheit lieber in eine katastrophale Klimaentwicklung treiben wollen, als auf ihre angelegten Kapitalmengen zu verzichten. Sie haben allerdings das Problem, dass mit der zunehmend sichtbaren Klimakatastrophe sich sogar Teile des Bürgertums von dieser Wahnsinnspolitik abwenden könnten. Das kann in der Konsequenz allerdings auch zu einer Infragestellung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führen und damit den Weg für einen schnellen ökologischen Umbau freimachen.

28 Der Autoindividualverkehr ist auch verantwortlich für einen riesigen Ressourcenverbrauch, was auf Dauer nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Dazu kommt, dass der Verkehr für 20 % der Treibhausgase steht. Und in den Städten verursachen die Autos Lärm und Emissionen. Der automobiler Verkehr erweist sich auch als Platzfresser, der den Ausbau von Grünflächen oder Radwegen verhindert.

29 Einfache Gegenmaßnahmen sind eine Begrenzung der Düngemittel und eine extensiver betriebene Landwirtschaft. Die Voraussetzungen dafür sind eine deutliche Verringerung des Fleischkonsums, eine Verringerung der Anbauflächen für Treibstoffe und ein Ende der Exportorientierung der Landwirtschaft.

30 Die Gewerkschaft IG BCE, die eine sehr sozialpartnerschaftliche Führung hat, organisiert 632 000 Beschäftigte in den Sektoren Bergbau, Chemie und Energie aber auch in den Branchen Glas, Kautschuk, Keramik und Kunststoffe.

31 So in einer Erklärung vom Oktober 2019: Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Michael Vassiliadis, warnte, die deutsche Politik dürfe keine leichtfertigen Klimabeschlüssen fassen, welche die

deutschen Industriestandorte und die Jobs gefährden würden. Ganz im Sinne der Sprachregelung der Autokonzerne forderte Vassiliadis auch "Offenheit für Technologien und Innovationen", worunter die Kapitaleseite i.A. eine Nichteinmischung in ihre klimaschädlichen Technologieentscheidungen versteht. Und er hielt es sogar für nötig, der bereits klinisch toten Dieselsechtechnologie beizuspringen: Ein Ende des Diesels, der alle Grenzwerte einhalte, könne „man aus Gründen des Klimaschutzes nicht wollen.“ [BCE19]



LINKER GREEN NEW DEAL

ÖKONOMISCH INKOHÄRENT, ÖKOLOGISCH UNANGEMESSEN

Die Vorstellung einer ökologisch verträglichen kapitalistischen Entwicklung wurde seit den 1970er Jahren in unterschiedlichen Ausprägungen wiederholt in die politische Debatte gebracht.

■ **Christian Zeller**

Grüne, sozialdemokratische, liberale und konservative Kräfte sprechen sich seit längerer Zeit für ein ökologisch verträgliches Wachstumsmodell, beziehungsweise eine grüne Modernisierung der sogenannten Marktwirtschaft aus. Mit der Entstehung der Klimabewegung und im Zuge der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen entbrannte eine erste internationale Diskussionswelle über *Green New Deals*, die aber bald wieder abebbte. Seit der Ausbreitung von *Fridays for Future* und dem erneuten Erstarren der Klimabewegung mehren sich die Vorschläge für *Green New Deals*. Trotz der Vielfalt weisen alle Vorschläge einige Gemeinsamkeiten auf. Alle Varianten von *Green New Deals* gehen davon aus, dass die kapitalistische Produktionsweise mit entsprechenden institutionellen Reformen in eine ökologisch nachhaltigere und sozial weniger ungleiche Entwicklungsweise transformiert werden könne. Damit stehen sie vor der Herausforderung, zwei grundlegende Fragen zu beantworten.

1 Entsprechen die durch einen *Green New Deal* durchgesetzten Maßnahmen dem Ziel, die Erderhitzung auf 1,5 °C

gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen? Führt der *Green New Deal* zu einer vollständigen Entfossilisierung der Gesellschaften bis Mitte dieses Jahrhunderts?

2 Ist die ökologisch nachhaltigere und sozial weniger ungleiche Entwicklungsweise, die durch einen *Green New Deal* realisiert werden soll, überhaupt ein schlüssiges und kohärentes Entwicklungsmodell? Das heißt, kann eine derartige Konfiguration die kapitalistischen Widersprüche soweit bearbeiten und dämpfen, dass sie mehrere Jahrzehnte überdauern kann?

Ich formuliere im vorliegenden Beitrag zunächst einige grundsätzliche Überlegungen zur Beantwortung dieser Fragen. Keiner der Vorstöße für einen *Green New Deal* erfüllt die beiden Anforderungen. Das habe ich ausführlicher anderswo analysiert (Zeller 2021). Auf dieser Grundlage formuliere ich eine Kritik an Bernd Riexingers Vorschlag für einen linken *Green New Deal* (Riexinger 2020). Bernd Riexinger (Co-Vorsitzender der Partei DIE LINKE von 2012 bis Februar 2021) und seine Mitarbeiter*innen Lia

Becker, Katharina Dahme und Christina Kaindl (die in der Strömung „Bewegungslinke“ aktiv sind) schlagen damit ihrer Partei eine Orientierung für die nächsten Jahre vor. Zugleich wollen sie zu einem strategischen Bündnis von Teilen der Gewerkschaften, der Klimabewegung, der feministischen Bewegung, städtischen Initiativen für eine Verkehrswende und dem antirassistischen Widerstand anregen.

Allerdings weist ihre Argumentation gewichtige Schwächen auf. Die Orientierung auf einen linken *Green New Deal* wird weder der Dringlichkeit der Erderhitzung noch der tiefen Krise der kapitalistischen Produktionsweise gerecht und drückt sich um die zentrale Frage herum, ob ein absoluter Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei anhaltender Kapitalakkumulation überhaupt möglich ist. Damit gleicht der Vorschlag von Riexinger et al. mehreren anderen Vorschlägen für einen *Green New Deal*, die in jüngster Zeit in die Debatte eingebracht wurden.

1 Anhaltende Dominanz des Finanzkapitals im Kontext planetarer Grenzen

Die Debatten über *Green New Deals* müssen wir im Kontext der gegenwärtigen Phase der kapitalistischen Produktionsweise und des unauflösbaren Widerspruchs mit den Schranken der Natur analysieren. Die gegenwärtige Krise zeigt die Grenzen der Akkumulationsdynamik in aller Schärfe. Erneut reagieren Regierungen und Konzernleitungen auf die Krise, indem sie die Abwertung des Kapitals hinauszögern und abfedern. Sie greifen abermals großen Konzernen mit Kapitalbeteiligungen und Krediten unter die Armee und treiben damit die Staatsverschuldung in die Höhe. Auf diese Weise tragen sie zur Steigerung der Ansprüche des fiktiven Kapitals bei. Die Staaten leihen sich im großen Stil bei jenen Akteuren Geld, die sie eigentlich stärker besteuern müssten, um die Verschuldung in Grenzen zu halten. Die Notenbanken akzentuieren ihre expansive Geld- und Niedrigzinspolitik in der Hoffnung, damit die Unternehmen zur Kreditaufnahme und Investitionstätigkeit anzuregen. Da sich allerdings die Absatzmärkte angesichts der Krise nur ungenügend entwickeln, zögern die Unternehmen, zu investieren.

In diesem Kontext einer langanhaltenden Stagnationsphase stehen das Kapital und seine Interessensvertreter vor der Frage, wie sich die Profitabilität des Kapitals wieder steigern und dabei gleichzeitig neue Märkte erschließen lassen, und zwar in einem Maße, dass das Kapital wieder genügend Anreize hat, die Investitionen stark auszuweiten. Solange die Profite nicht steigen und neue Absatzmärkte erschlossen

werden können, werden die Investitionen nicht das erforderliche Maß annehmen, um eine neue Wachstumsphase einzuleiten (Husson 2020 u. Husson 2021).

Zu den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise, die eine erneute Phase der Prosperität unwahrscheinlich und eine ökologisch verträgliche Entwicklung unmöglich machen, kommen die planetaren Grenzen unseres Stoffwechsels mit der Natur hinzu. Neben der Erderhitzung haben auch der Verlust der Biodiversität, die Versauerung der Ozeane, Landnutzungsänderungen durch Abholzung und der Stickstoff- und Phosphoreintrag in die Biosphäre und Atmosphäre die Grenzen der Tragfähigkeit erreicht oder gar überschritten (Rockström et al. 2009; Steffen et al. 2015). Die durch die kapitalistische Industrialisierung verursachten Veränderungen haben die Erde in eine erdgeschichtliche Epoche geführt, die namhafte Naturwissenschaftler*innen als *Anthropozän* bezeichnen (Angus 2020).

Die Erderhitzung ist die offensichtliche ökologische Herausforderung unserer Zeit. Das Budget der Treibhausgasemissionen ist aufgebraucht. Wenn sich die Temperatur noch etwas mehr erhöht, drohen Kippunkte überschritten zu werden. Das würde eine verhängnisvolle Eigendynamik auslösen und die Erderhitzung zusätzlich antreiben. Eine derartige Kaskade von sich gegenseitig verstärkenden Mechanismen führt dazu, dass sich die Erde zu einem heißen Planeten entwickelt, der für die gegenwärtigen menschlichen Gesellschaften und für viele weitere Arten nur noch eingeschränkt bewohnbar ist (Steffen et al. 2018). Die umfassende ökologische Krise ist Ausdruck des Widerspruchs zwischen den planetaren Grenzen des Wachstums und der endlosen Akkumulationsdynamik des Kapitals (Chesnais 2016).

Gemäß den Studien des IPCC müssen die Gesellschaften die Treibhausgasemissionen bis 2030 weltweit um 58% senken und bis 2050 kohlenstoffneutral sein, um auch nur eine 50-Prozent-Wahrscheinlichkeit zu haben, dass die Erhitzung 1,5 °C gegenüber der vorindustriellen Zeit nicht übersteigt (IPCC 2018). Wenn wir das historische Erbe der imperialistischen Staaten Europas berücksichtigen und eine massive Steigerung der Kernenergie ablehnen, muss die Reduktion in diesen Ländern deutlich stärker ausfallen.

2 Green New Deal als Schritt zur Modernisierung oder Transformation

Green New Deal als Projekt für einen Kurswechsel

Seit den späten 1980er Jahren haben verschiedene Kräfte in Deutschland Vorstellungen einer sozial-ökologischen

Reformpolitik mit dem Begriff des *Green New Deals* auf jeweils unterschiedliche Weise zusammengefasst. Sozial-ökologische Strömungen in der SPD und in den Grünen wollten Umverteilung und Ökologisierung der Wirtschaft miteinander verbinden und auf diese Weise ein strategisches Bündnis herstellen (Brüggen 2001: 1063). Mit der Entstehung der Klimabewegung vor der Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 nahm die Diskussion Fahrt auf. Grüne Parteien in Europa nahmen den Begriff *Green New Deal* in ihre Programme auf. Sie meinten damit eine ökologisch verträgliche Modernisierung des Kapitalismus (The Green European Foundation 2009; Adler und Schachtschneider 2010).

In Großbritannien veröffentlichte die *Green New Deal* Group um Caroline Lucas (Grüne Abgeordnete 1999–2010 des Europaparlaments und ab 2010 des Unterhauses) und die postkeynesianische Ökonomin Ann Pettifor 2008 einen Plan, um die Finanz-, Klima- und Energiekrise gleichermaßen zu bekämpfen (Pettifor 2020: 19). Das United Nations Environment Programme (UNEP) machte sich zur Fürsprecherin einer grünen Ökonomie und plädierte für einen globalen *Green New Deal*. Dessen konkrete wirtschafts- und umweltpolitische Programmpunkte blieben einer Modernisierungsperspektive verhaftet, ohne die strukturellen Gründe für die global ungleiche Entwicklung und die ungleichen ökologischen Belastungen anzusprechen (Barbier 2010).

Die Klimabewegung vermochte es nicht, das Kräfteverhältnis zu verändern. Die Eurokrise, die Staatsverschuldung, die europäische Krise in Griechenland und die Migration standen in den Folgejahren im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Doch die Erderhitzung kam mit mehreren Umweltkatastrophen und neuen Forschungserkenntnissen zurück ins Massenbewusstsein.

Die Vorschläge von Bernie Sanders und Alexandria Ocasio-Cortez in den USA sowie von Jeremy Corbyn in seinem Labour-Wahlprogramm 2019 in Großbritannien verliehen den Debatten über einen *Green New Deal* neuen Schwung. Naomi Klein (2019) hat mit ihrem in mehrere Sprachen übersetzten Buch den *Green New Deal* international popularisiert. Die Impulse aus den USA und Großbritannien aufgreifend, forderte die europäische Linkspartei in ihrem Programm für die Wahl zum Europäischen Parlament ebenfalls einen *Green New Deal*. Die Fraktion der Partei DIE LINKE im Bundestag beschloss Ende Januar 2020 einen umfassenden Aktionsplan für Klimagerechtigkeit, der auch einen Investitionspakt im Rahmen eines *Green New Deals* fordert, um einen sozial-

verträglichen industriellen Umbau in die Wege zu leiten (Linke 2020: 15).

Grundlegende Fragen für einen Green New Deal

Jeder *Green New Deal*, der die kapitalistische Produktionsweise mit einer ökologisch verträglichen gesellschaftlichen Entwicklung versöhnen will, steht vor zwei grundlegenden Herausforderungen.

Erstens stellt sich die Frage, ob die neuen „grünen“ Sektoren der Wirtschaft eine Profitrate ermöglichen, die so hoch ist, dass Kapital in genügendem Maße von den fossilen und anderen nicht nachhaltigen Sektoren in die ökologisch verträglichen Bereiche der Wirtschaft fließt und gleichzeitig die gesamtgesellschaftliche Nachfrage so hoch ist, dass der Mehrwert realisiert werden kann und die Unternehmen somit weiterhin ausreichend investieren wollen. Bislang deutet wenig darauf hin, dass die Umwandlung erneuerbarer Energien, ressourcensparende Produktionsmethoden und überhaupt die Produktion von weniger Waren überdurchschnittliche Profitraten zulässt. Ganz im Gegenteil, das Kapital ist äußerst zurückhaltend darin, sich in diesen Sektoren zu engagieren.

Zweitens stellt sich die Frage, ob ein *Green New Deal* überhaupt das Ziel einer klimaneutralen Gesellschaft bis zur Mitte des Jahrhunderts erreichen kann. Allerdings ist dieses Ziel bereits Ausdruck einer Verengung der ökologischen Herausforderung. Die Autor*innen der GND-Vorschläge stellen die anderen brennenden ökologischen Herausforderungen des Anthropozäns, die allesamt mit großen sozialen Problemen verbunden sind, implizit und manchmal auch explizit hinten an. Doch es macht ökologisch und gesellschaftlich keinen Sinn, zuerst das Klima retten zu wollen, um dann anschließend drei, vier Jahrzehnte später die anderen ökologischen Herausforderungen anzupacken. Schließlich sind die genannten ökologischen Herausforderungen nicht isoliert voneinander anzupacken, sondern in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit. Damit ist die Frage verbunden, inwiefern die andauernde Akkumulation von Kapital überhaupt eine absolute Ressourceneffizienz und eine Entkopplung vom Energieverbrauch zulässt. Die entscheidende ökologische Frage lautet, ob trotz Wirtschaftswachstum, nicht nur relativ zum gestiegenen Output immer weniger Energie und andere Ressourcen eingesetzt werden müssen, sondern sich der Ressourceneinsatz absolut reduzieren lässt. Bislang gibt es keine Anhaltspunkte, dass dies möglich ist. Der Rebound-Effekt durch erhöhte

Produktionsmenge, größere Produkte und vermehrten Konsum überwiegen die Effizienzgewinne.

Green New Deal als neue postneoliberale Konfiguration?

Trotz aller Vielfalt der Programme für einen *Green New Deal*, lassen sie sich in zwei Gruppen einteilen: die Modernisierung und die sozial-ökologische Reformierung des Kapitalismus. Die zweite Gruppe enthält auch Vorschläge, die den *Green New Deal* als Einstieg in eine, allerdings nicht näher bestimmte, weitergehende sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft konzipieren. Alle Modelle verbleiben ihm Rahmen der kapitalistischen Eigentumsordnung, Akkumulationslogik und Konkurrenz. Auch die stärker reformorientierten und eher wachstumskritischen GND Modelle akzeptieren den Rahmen und die Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft.

Der von der EU Kommission eingebrachte *European Green Deal* (European Commission 2019; EU 2020) und Jeremy Rifkins (2019) *Global Green New Deal* zielen auf eine „grüne“ Modernisierung des Kapitalismus. Die Modernisierungsvorstellungen gehen davon aus, dass es weder grundsätzliche gesellschaftliche und ökonomische Widersprüche noch einen Widerspruch zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und den Wirkungsmechanismen des Erdsystems und der Ökosysteme gibt. Demzufolge sei es möglich, das wirtschaftliche Wachstum vom Energie- und Ressourcenverbrauch absolut abzukoppeln, also die Kapitalakkumulation voranzutreiben, und dabei sogar den Energie- und Ressourcenverbrauch zu senken.

Die auf eine sozial-ökologische Reform zielenden Varianten eines *Green New Deal* streben nach einem neuen postneoliberalen und postfinanzdominierten Akkumulationsregime der kapitalistischen Produktionsweise (Adler et al. 2019; Aronoff et al. 2019; Chomsky und Pollin 2020; EuroMemo Group 2020; Pettifor 2020; Pollin 2020; Riexinger 2020; Sanders 2019). Dieses soll es möglich machen, bis 2050 die Treibhausgasemissionen bis zur Klimaneutralität und die massive soziale Ungleichheit gleichermaßen zu reduzieren.

3 Ein linker Green New Deal

Bernd Riexinger und seine Mitarbeiter*innen greifen mit ihrem programmatischen Vorschlag für einen linken *Green New Deal* vor allem in die Diskussion über die Orientierung ihrer Partei ein (Riexinger 2020). Trotz ihrer Warnung vor der Klimakrise unterschätzen sie in ihren Ausführungen die Dimensionen der Erderhitzung und die

Dringlichkeit einer sofortigen massiven Reduktion der Treibhausgas-Emissionen. Noch schwerwiegender: Sie reduzieren die ökologischen Herausforderungen auf die „Klimakrise“.

Riexinger et.al. diagnostizieren einen Formationswandel des Kapitalismus. Dabei erkennen sie drei Optionen: Erstens wollten nationalliberale, konservative und sogar faschistische Kräfte einen autoritären Kapitalismus durchsetzen. Zweitens treibe ein Teil der kapitalistischen Klasse zusammen mit den grünen Parteien eine grüne Modernisierung voran, die aber hochgradig unsozial sein werde und den ökologischen Herausforderungen nicht gerecht werde. Drittens gebe es die Perspektive des linken *Green New Deal* in Europa, wenn es linken Parteien, gestützt auf eine große gesellschaftliche Mobilisierung, die sich auf Teile der Gewerkschaften und sozialer Bewegungen stützt, gelinge, „ein linkes Hegemonieprojekt in der politischen Praxis und in den Alltag der Menschen einzubringen.“ (S. 27)

Die Autor*innen verstehen unter dem linken *Green New Deal* einen sozial-ökologischen Systemwechsel. Sie verstehen diesen Systemwechsel als einen Prozess zu einer anderen kapitalistischen Formation. Nirgendwo argumentieren sie unmissverständlich dafür, dass ein Bruch mit der kapitalistischen Verwertungslogik und deren Machtorganen erforderlich und vorzubereiten ist. Riexinger et.al. schwebt ein umfassendes radikal-demokratisches, soziales und ökologisches Reformprogramm vor, das mit den grundlegenden Zwängen der kapitalistischen Produktionsweise nicht oder höchstens ansatzweise bricht.

Riexinger et. al. konstruieren ihren Vorschlag für einen linken *Green New Deal* auf sechs Säulen: den Aufbau einer sozialen Infrastruktur, sinnvolle Arbeit und zum Leben reichende Löhne, soziale Sicherheit für alle, radikaler Klimaschutz durch eine Mobilitätswende, ökologische Transformation der Industrie sowie Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Ich beschränke meine Kritik auf die Vorstellungen der Autor*innen zum Klimaschutz, industriellen Umbau und zum Staat. Viele der angeführten Forderungen sind in einer ökosozialistischen Perspektive zu unterstützen. Doch insgesamt ist die von den Autor*innen skizzierte ökologische Transformation weder ökonomisch kohärent noch ökologisch angemessen.

Sozial-ökologische Mobilitätswende

Riexinger et al. fordern eine sozial-ökologische Mobilitätswende als Einstieg in einen radikalen Klimaschutz. In Bezug auf den dringend gebotenen Um- und Rückbau der Automobilindustrie sind Riexinger et al. allerdings zö-

gerlich. Sie plädieren für eine Konversion in zwei Phasen: zunächst einen ökologischen Umbau der Fahrzeugmodelle und dann eine Konversion der Produktion hin zur Mobilitätswende (S. 59). Mit dieser Aussage akzeptieren die Autor*innen zunächst die Konzernstrategien in Richtung Elektroautos. Das ist ökologisch und gesamtgesellschaftlich unsinnig.

Der Staat müsse die Autokonzerne auf einen sozial gerechten, ökologischen Transformationspfad verpflichten. Ihre Gewinnrücklagen müssten „für den klimaneutralen Umbau und die Sicherung der Arbeitsplätze herbeigezogen werden“ anstatt zur Ausschüttung von Dividenden. Allerdings ist es eine widersinnige Vorstellung, kapitalistische Unternehmen, deren Zweck die Profiterzielung unter Konkurrenzbedingungen ist, auf einen sozialökologischen Transformationspfad zu verpflichten. Riexinger et al. schrecken davor zurück, die Automobilindustrie aus gesellschaftlichen und ökologischen Gründen als solche infrage zu stellen. Sie argumentieren auch nicht dafür, die private Verfügungsgewalt über die Investitionen und letztlich über die Produktionsmittel insgesamt zu überwinden.

Ökologische Transformation der Industrie

Richtigerweise fordern die Autor*innen, dass die Profitrücklagen der Konzerne eingesetzt werden müssen, um den sozial-ökologischen Umbau zu finanzieren (S. 62). Ihre Vorschläge zur Schaffung neuer demokratischer Strukturen beschränken sich weitgehend auf die Idee einer größeren Teilhabe der Beschäftigten und betroffenen Menschen an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, nicht jedoch am Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht und an einer demokratischen gesellschaftlichen Aneignung der Produktionsmittel und der Infrastruktur.

Riexinger et al. flüchten sich in unverständliche formale Kompromissformeln: „Dax-Unternehmen“ sollen „durch eine dreigeteilte Eigentümer-Struktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu ausgerichtet werden: mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Verbunden mit flächendeckenden Tarifverträgen würden es diese Eigentumsverhältnisse ermöglichen, schrittweise eine neue Wochenarbeitszeit von etwa 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen. Dies würde nicht nur einen Produktivitätsschub ermöglichen, sondern auch Arbeitsplätze in der Industrie in den nächsten Jahrzehnten sichern.“ (S. 62)

In dieselbe Richtung zielt der Vorschlag, einen „nationalen Transformations- und Konversionsrat einzurichten.

Dieser solle einen Plan für den mittelfristigen Umbau der Industriestruktur erarbeiteten. Mit der Forderung nach regionalen Wirtschaftsräten (S. 70) ergänzen sie diese rein formale und scheinbare Demokratisierung einiger wirtschaftlicher Entscheidungen. Warum aber steht dieser Umbau erst mittelfristig an? Ist das ein Zugeständnis an die Gewerkschaftsbürokratie, die die Notwendigkeit dieses Umbaus ohnehin kaum erkennen will?

Diese Orientierung ist aus zwei Gründen realitätsfern und aus einer konsequent sozial-ökologischen Perspektive fragwürdig.

Erstens anerkennen die Autor*innen damit die Akkumulation des Kapitals und das Profitstreben unter Konkurrenzbedingungen. Sie heben sogar ausdrücklich die erwarteten Produktivitätssteigerungen für Unternehmen positiv hervor. Das Kapital würde auch mit einem 49%-Anteil nicht auf seinen Gewinnanteil und seine Dividenden verzichten. Der Staat würde sich selber als Kapitalist verhalten. Die lange Erfahrung verstaatlichter Unternehmen in Frankreich und Österreich zeigt das zur Genüge. Und die Beschäftigten würden mit ihrem 30%-Anteil in eine infernalische Konkurrenzlogik gegen die Lohnabhängigen in anderen Unternehmen getrieben, seien diese in Konkurrenzunternehmen oder in Unternehmen beschäftigt, die in der Wertschöpfungskette vor- oder nachgelagert Geschäfte machen.

Zweitens ist davon auszugehen, dass die Kapitalseite mit ihren 49%-Anteilen weiterhin in der Lage wäre, die Konzerne zu kontrollieren. Mit Hilfe des Staates und Vertreter*innen der Belegschaft, die – wie heute viele Betriebsräte – sich komplett der Konkurrenzlogik unterordnen, fiel das kaum schwer. Plausibler und vielsprechender wäre es, eine Mobilisierung für eine umfassende demokratische gesellschaftliche Aneignung voranzutreiben. Die in der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung gemachten Erfahrungen mit Arbeiter*innenkontrolle bieten bessere Anknüpfungen. Bei der Arbeiter*innenkontrolle geht es darum, dass die Beschäftigten und die Betroffenen (einschließlich der Beschäftigten in vor- und nachgelagerten Unternehmen) aus dem Widerstand gegen Angriffe des Kapitals sich durch ihre Streiks in die Lage versetzen, eine aktive Kontrolle über das Management der Unternehmen auszuüben.

„Der linke Green New Deal zielt darauf, die Industrie bis 2035 CO₂-neutral, energie-effizient und unabhängiger vom Export zu machen.“ (S. 66). Dieses Ziel ist zu unterstützen. Das vorgeschlagene Programm wird allerdings nicht ausreichen, um dieses Ziel zu erreichen. Die

Autor*innen argumentieren für eine sozial-ökologische Ausrichtung der Investitionen (S. 67). Hierfür brauche es eine demokratische Rahmenplanung. Die Autor*innen suggerieren mit diesen Vorschlägen, dass eine demokratisch geplante sozial-ökologische Orientierung unter kapitalistischen Bedingungen letztlich möglich sei.

Generell setzen Riexinger et al. nicht auf die eigenständige und unabhängige Organisation der lohnabhängigen und betroffenen Bevölkerung und den Aufbau entsprechender Institutionen. Die Selbsttätigkeit und Selbstorganisation der Lohnabhängigen am Arbeitsplatz, Wohnort und in Bewegungen in ihrer ganzen Vielfalt und Unterschiedlichkeit ist allerdings die zentrale Achse einer emanzipatorischen Strategie. Hierzu sind selbstverwaltete Strukturen und alternative Institutionen aufzubauen. Auf diese Weise gelingt es eine gesellschaftliche Vetomacht, Gegenmacht und schließlich auch perspektivisch gestaltliche Macht zu erlangen. Riexinger et al. schlagen demgegenüber vor, die Ansätze von Selbstorganisation und Gegenmacht mit den etablierten Strukturen der Staatsmacht zu versöhnen und zu verbinden. Die entscheidende Frage ist, ob sich eine Dynamik entwickelt. Gelingt der umfassende Aufbau von Gegenmachtstrukturen und selbstverwalteten demokratischen Räten, entsteht eine instabile Doppelmachtsituation. In einer solchen Situation stellt sich die Frage, ob die neuen Strukturen in der Bevölkerung eine umfassendere Legitimität erlangen können als der alte Herrschaftsapparat. Gelingt dies, lässt sich ein System Change in der Perspektive eines ökosozialistischen revolutionären Prozesses einleiten.

Staat und EU

Damit sind wir beim grundsätzlichen Problem des Staates angelangt. In Anlehnung an die deutschsprachige linksakademische Staatsdebatte verstehen Riexinger et al. den Staat als Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Das ist sowohl teilweise richtig als auch ungenügend. Gemäß diesem Verständnis lassen sich die Kräfteverhältnisse so verändern, dass sie im Staat ihren institutionell verdichteten Ausdruck finden. Vergangene gesellschaftliche Umbrüche lehren uns, dass graduelle und schleichende Prozesse in bestimmten Momenten in sprunghafte Veränderungen umschlagen. Quantität schlägt in Qualität um. In einer für sie kritischen Situation werden die herrschenden Kräfte alles daransetzen, ihre Macht und die hierfür erforderlichen Strukturen zu erhalten. Der Staat erfüllt auch die grundlegende Funktion, die Akkumulationsbedingungen für das Kapital

aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, und er ist zugleich Machtorgan der herrschenden Klassen. Darum stellt sich die Herausforderung, wie dieses Machtorgan so geschwächt und durch andere Strukturen ersetzt werden kann, die einen wirklichen Bruch mit der kapitalistischen Akkumulations- und Profitlogik zulassen.

Es braucht ein europäisches Projekt und es braucht einen gemeinsamen Organisationsprozess, um ein solides und ökologisches Europa durchzusetzen (S. 82). Daraus ziehen Riexinger et al. aber nicht die eigentlich naheliegende Schlussfolgerung, dass die EU konsequent infrage zu stellen und zu überwinden ist. Denn ein sozial-ökologischer Systemwechsel würde allen grundlegenden Verträgen der EU widersprechen. Sollte sich in einem Land das Kräfteverhältnis zugunsten radikaler sozial-ökologischer Strukturreformen mit einer entsprechenden sich auf soziale Bewegungen stützenden Regierung wenden, so wäre die EU von Anfang an ein entschiedener und entscheidender Gegner eines solchen Prozesses. Bereits die ersten Reformschritte einer sich auf die Arbeiter*innenbewegung und soziale Bewegung stützenden solidarischen Regierung würden am institutionellen Grundgerüst der EU und ihrem Geldregime rütteln. Eine solche Regierung könnte ihr Programm nur gegen die EU und unter Inkaufnahme eines offenen Bruchs mit der EU und vor allem dem Euroraum in die Tat umsetzen.

Gegenüber denjenigen, die „offensiv für ein ökosozialistisches Konzept“ kämpfen, bemerken Riexinger et al., dass revolutionäre Prozesse aus der Praxis der Menschen aus den tatsächlichen Klassenkämpfen in historischen Ausnahmesituationen entstünden. Die Systemfrage sei keine rhetorische Angelegenheit. Da haben sie Recht. Allerdings gilt es, die Menschen zu überzeugen, die Systemfrage zu stellen, darum ist auch offen theoretisch und praktisch eine Übergangsperspektive aufzuwerfen. Das tun Riexinger et al. nicht. Es ist ihnen zuzustimmen, wenn sie sagen, „dass sich die Linke nicht erlauben kann, losgelöst von den tatsächlichen Kräfteverhältnissen und Bewegungen Politik zu machen. Ihre Aufgabe ist, den Horizont zu öffnen, zu benennen, was alles geändert und auf den Kopf gestellt werden muss, damit ein gutes Leben für die Mehrheit der Menschen überhaupt möglich wird.“ (S. 101) Doch die Autor*innen lösen diesen Anspruch selber nicht ein, weil das von ihnen vorgeschlagene Konzept ökonomisch nicht schlüssig und ökologisch unangemessen ist. Es wird dennoch auf eine so erbitterte Gegenwehr des Kapitals stoßen, dass es nur mit einem Kräfteverhältnis umgesetzt werden könnte, das auch erforderlich wäre, um ökosoziale Struk-

turreformen in einen revolutionären ökosozialistischen Prozess überzuführen.

4 Abschließende Kritik

Die gegenwärtigen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise sind so groß, dass eine sozial-ökologische Konfiguration des Kapitalismus hochgradig unwahrscheinlich ist. Alle GND-Vorschläge, obgleich in unterschiedlichem Maße, sehen ausdrücklich eine weitere Steigerung der Kapitalakkumulation und des Wirtschaftswachstums vor, alle entwickeln ihre Vorschläge im Rahmen der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des „heimischen“ Kapitals und berücksichtigen die historische ökologische Schuld nicht, die die imperialistischen Länder im Zuge ihres Wachstums und ihrer Expansion auf sich geladen haben.

Erstens bestehen gegenwärtig nicht die Potentiale, die Produktivität in dem Maße zu steigern, dass sowohl die Löhne erhöht und die gesellschaftliche Infrastruktur verbessert als auch die Gewinne der Unternehmen sich wieder steigern lassen. Weil dieser Spielraum nicht besteht, können radikale Strukturreformen nur durchgesetzt werden, wenn die Arbeiter*innenbewegung und die Umweltbewegung ein Kräfteverhältnis aufbauen, das es erlaubt, die Macht des Kapitals massiv einzuschränken. Dieses erforderliche Kräfteverhältnis kommt aber letztlich einer gesellschaftlichen Situation gleich, in der sich die Frage der politischen Macht und des Eigentums über Produktionsmittel ebenfalls stellen lässt. Radikale Reform und Revolution verschmelzen.

Zweitens müsste ein *Green New Deal* eine kapitalistische Konfiguration ermöglichen, in der die Profite in den neuen grünen und nicht-fossilen Sektoren der Wirtschaft höher sind als in den fossilen Sektoren. Nur unter dieser Bedingung würde das erforderliche Kapital überhaupt in diesen Sektor fließen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das kurzfristig der Fall sein wird. Die Profite ließen sich auch in den nicht-fossilen Sektoren nur durch eine verstärkte Ausbeutung der Lohnabhängigen, das Drücken der Weltmarktpreise für die Inputs und einen Raubbau in anderen Bereichen der Natur bewerkstelligen. Schließt man diesen Weg aus, muss der Staat die Lücke schließen und die nicht-fossilen Bereiche der Wirtschaft finanzieren und selber aufbauen. Das heißt, es gilt in ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das es erlaubt, einen durch massive Gewinn- und Vermögenssteuern finanzierten öffentlichen „grünen“ Industriesektor aufzubauen, der den sozial-ökologischen Umbau mit seinen Produkten (erneuerbare Energien,

Stahl, Zement, Eisenbahnen, Busse, etc.) trägt. Eine derartige Strategie hätte aber mit einem Deal nur noch wenig zu tun und wäre einer ökosozialistischen Umbaustrategie ziemlich ähnlich (Zeller 2020).

Drittens vermeiden es alle *Green-New-Deal*-Vorschläge einschließlich jener von Riexinger et al., eine zentrale grundsätzliche Frage anzusprechen. Ist es möglich, den Ressourcen- und Energieverbrauch absolut zu senken bei gleichzeitigem Fortgang der kapitalistischen Akkumulationstätigkeit? Es gibt nirgendwo Anhaltspunkte, dass es bei fortschreitender Kapitalakkumulation möglich ist, den Ressourcenverbrauch absolut zu senken. Jede Strategie, die beansprucht, einen sozial-ökologischen Systemwechsel anzustreben, dieses Problem aber nicht anspricht, bleibt inkonsistent und ökologisch ungenügend.

Viertens verengen Riexinger et al. die Umweltzerstörung auf den Klimawandel. Die Erkenntnisse der Erdsystemforschung weisen darauf hin, dass der gesamte gesellschaftliche Stoffwechsel mit der Natur derart gestört ist, dass nur ein rascher und kompletter industrieller Um- und Rückbau die Aussicht darauf zulässt, die Erde lebensfreundlich zu erhalten. Alles ist zu reorganisieren.

Fünftens unterscheidet sich die gegenwärtige wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Situation grundlegend von jener in den 1930er Jahren. Der Begriff *New Deal* ist im Bewusstsein größerer Teile der Bevölkerungen in den USA und allenfalls in Großbritannien zwar durchaus positiv belegt, im deutschen Sprachraum gibt es aber keine historische Referenz. Zudem ist es politisch nicht sinnvoll, einen Diskurs des „Deals“ zu pflegen. Wer soll mit wem auf welcher Grundlage und mit welchem Ziel einen Deal abschließen? Die ökologische und gesellschaftliche Dringlichkeit im Kontext des Durchbrechens der planetaren Schranken im Zeitalter des Anthropozäns macht den Begriff des *Deals* unsinnig. Es gilt nicht einen Diskurs des Kompromisses und seiner Aushandlung, sondern einen Diskurs des Bruchs und des Aufbaus von gesellschaftlicher Gegenmacht zu entwickeln.

18. Februar 2021

Literatur

- Adler, David; Wargan, Pawel und Prakash, Sona (2019): *A Blueprint For Europe's Just Transition. The Green New Deal for Europe*, Dec 2019, DiEM25, 93 S.
- Adler, Frank und Schachtschneider, Ulrich (2010): *Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökologie*. München: oekom Verlag, 318 S.

- Angus, Ian (2020): *Im Angesichts des Anthropozäns. Klima und Gesellschaft in der Krise*. Münster: Unrast-Verlag, 264 S.
- Aronoff, Kate; Battistoni, Alyssa; Aldana Cohen, Daniel und Riofrancos, Thea (2019): *A Planet to Win. Why We Need a Green New Deal*. London: Verso, 194 S.
- Barbier, Edward B. (2010): *A Global Green New Deal. Rethinking the Economic Recovery*. Cambridge Cambridge University Press, 304 S.
- Brüggen, Willi (2001): *Grüne New Deal*. In: W. F. Haug; F. Haug; P. Jehle und W. Küttler (Hrsg.): *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Band 5*. Hamburg: Argument-Verlag. S. 1062–1070.
- Chesnais, François (2016): *Finance Capital Today. Corporations and Banks in the Lasting Global Slump*. Historical Materialism 131. Leiden, Boston: Brill, 310 S.
- Chomsky, Noam und Pollin, Robert (2020): *Climate Crisis and the Global Green New Deal*. London: Verso, 180 S.
- EU (2020): *Stepping up Europe's 2030 climate ambition. Investing in a climate-neutral future for the benefit of our people. Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions* (COM(2020) 562 final), 17.9.2020: Brussels.
- EuroMemo Group (2020): *A Green New Deal for Europe. Opportunities and Challenges. EuroMemorandum 2020*. Wien, 30 S.
- European Commission (2019): *The European Green Deal. Communication from the Commission to the European Parliament, the European Council, the Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions.*, 11 December 2019, European Commission, Brussels, 24 S.
- Husson, Michel (2020): *Le capitalisme sur le fil du rasoir. À l'encontre* 18. Juni. <http://alencontre.org/laune/le-capitalisme-sur-le-fil-du-rasoir.html>.
- Husson, Michel (2021): *Economie politique: après l'hibernation. À l'encontre* 2. Februar 2021. <http://alencontre.org/laune/apres-lhibernation.html>
- IPCC (2018): *1,5 °C globale Erwärmung. Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger*, Intergovernmental Panel on Climate Change, G. World Meteorological Organization: Genf, 32 S.
- Klein, Naomi (2019): *Warum nur ein Green New Deal unseren Planeten retten kann*. Hamburg: Hoffmann und Campe, 349 S.
- Linke, Die (2020): *Aktionsplan Klimagerechtigkeit* 28. Januar, Aktionsplan Klimagerechtigkeit Berlin, 106 S.
- Pettifor, Ann (2020): *Green New Deal. Warum wir können, was wir tun müssen*. Hamburg: Hamburger Edition, 186 S.
- Pollin, Robert (2020): *An Industrial Policy Framework to Advance a Global Green New Deal*. In: A. Oqubay; C. Cramer; H.-J. Chang und R. Kozul-Wright (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Industrial Policy* Oxford, UK: Oxford University Press.
- Riexinger, Bernd (2020): *System Change. Plädoyer für einen linken Green New Deal - Wie wir den Kampf für eine sozial- und klimagerechte Zukunft gewinnen können*. Hamburg: VSA Verlag, 144 S.
- Rifkin, Jeremy (2019): *Der globale Green New Deal: Warum die fossil befeuerte Zivilisation um 2028 kollabiert – und ein kühner ökonomischer Plan das Leben auf der Erde retten kann*. Frankfurt a. M.: Campus, 319 S.
- Rockström, Johan; et al. (2009): *Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity*. *Ecology and Society* 14 (2), Siehe art32.
- Sanders, Bernie (2019): *The Green New Deal*. <https://berniesanders.com/issues/green-new-deal/>. Zugriff 1. Dezember 2020
- Steffen, Will; et al. (2015): *Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet*. *Science* 347 (6223), S. 1259855.
- Steffen, Will; et al. (2018): *Trajectories of the Earth System in the Anthropocene*. *Proceedings of the National Academy of Sciences* 115 (33), S. 8252–8259.
- The Green European Foundation (2009): *A Green New Deal for Europe. Towards green modernisation in the face of crisis* A report by the Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy, The Greens European Free Alliance, Wuppertal Institute for Climate, Environment and Energy, Green European Foundation: Brussels, 87 S.
- Zeller, Christian (2020): *Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Alternative brauchen*. München: Oekom Verlag, 248 S.
- Zeller, Christian (2021): *Green New Deal als Quadratur des Kreises*. *PROKLA* 202,51. (1), S. 31–51.

DIE LINKE IN DER SACKGASSE?

In dem Interview mit **Franck Gaudichaud** wird eine vorläufige Bilanz des „Progressivismus“ in Lateinamerika und seiner inhärenten Schwächen gezogen, aber auch der Anteil der internationalen Linken am Scheitern dieses Modells und ihre Kritikunfähigkeit thematisiert. Außerdem werden politische Alternativen und deren Aussichten diskutiert.

Wie muss man herangehen, um die Entwicklung in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten richtig zu verstehen?

Franck Gaudichaud: Vor allem muss man sich davor hüten, alle Länder des Subkontinents über einen Kamm zu scheren, die in hohem Maße ihre geschichtlichen, kulturellen, linguistischen etc. Besonderheiten haben. Eine globale Analyse würde diese Besonderheiten der insgesamt über 600 Millionen Einwohner*innen in 20 verschiedenen Ländern außer Acht lassen. In unserem Werk¹ haben wir versucht, zwischen beiden Polen zu navigieren: einerseits eine recht gesamtheitliche Sicht zu liefern, andererseits von einigen detaillierten spezifischen Beispielen auszugehen.

Im Zentrum unserer Betrachtung stehen die Volksbewegungen in der Region und ihre Mobilisierungen und Klassenkämpfe. Aus einer solchen kritischen soziopolitischen Sichtweise heraus lassen sich drei Perioden bestimmen. Die erste beginnt Ende der 90er Jahre, als die Agenda der USA, der Neoliberalismus und die einheimischen Oligarchien durch die einfache Bevölkerung infrage gestellt wurden: ein äußerst zersetzender oder „destituierender“ Moment [eine Phase der Delegitimierung oder Zersetzung der politischen Macht, AdÜ] mit großen sozialen Explosionen.

Die zweite dauert von 2002/3 bis 2011, als die so genannten „fortschrittlichen“ Regierungen an die Macht gelangen. Mit der Wahl von Chávez und Lula eröffnet sich ein neuer politischer Zyklus – nicht nur auf der Wahlbene – der auf institutionelle Aspekte, neue Parteien und grundlegende soziale und konstitutionelle Reformen abzielt und Ergebnis vorangegangener Mobilisierungen ist. Verkürzt könnte man vom „goldenen Zeitalter“ der Fortschrittlichkeit sprechen.

Die dritte Periode, die mitunter „fin de cycle“ [Ende des Zyklus, eine Anlehnung an das fin de siècle, die beiden Jahrzehnte der „Dekadenz“ am Ende des 19. Jhd., AdÜ] genannt wird, beginnt 2011/12 und dauert noch immer an. Das ist die regressive Phase, die von ständig zunehmenden Spannungen zwischen den fortschrittlichen Regierungen und der einfachen Bevölkerung sowie Teilen der kritischen und intellektuellen Linken geprägt ist. Es ist auch die Zeit der Wirtschaftskrise und der „parlamentarischen“ (Honduras ab 2009, Paraguay, Brasilien) oder militärischen (Venezuela, Bolivien) Staatsstreiche, mit mehr oder weniger direkter Unterstützung der USA. In dieser angespannten Situation sind die Rechten und die extreme Rechte immer mehr auf dem Vormarsch. Sämtliche Grenzen eines neo-developmentalistischen und/

oder neo-extraktivistischen Modells zeichnen sich ab – der Politikwissenschaftler Jeffrey Webber spricht von Staatskapitalismus. Bolsonaro in Brasilien wäre somit die äußerste Version dieser Regression „nach rechts außen.“

Was genau bedeutet der Ausdruck „fortschrittliche Experimente oder Regierungen“ im lateinamerikanischen Kontext des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts?

Diese Definition wirft in der Tat nicht nur akademische, sondern auch politische Probleme auf. All diese „fortschrittlichen“ Regierungen berufen sich auf einen „Post-Neoliberalismus“. Rafael Correa meinte dazu, „die Region erlebt keine Epoche der Veränderungen sondern einen Epochenwechsel“. Demnach gäbe es sog. „nationalpopulistische“ Regierungen, die auf einer langen Tradition in Lateinamerika beruhen²: Chávez (Venezuela), Morales (Bolivien) und Correa (Ecuador) stehen für diese Rückkehr zu dieser „radikalen“ Form des Nationalpopulismus, der hier um einen antiimperialistischen Anspruch erweitert wird.

Aber diese „fortschrittlichen“ Regierungen bezeichnen auch eher sozialliberale oder Mitte-Links-Regierungen, zu denen man Lulas Arbeiterpartei (PT) oder Uruguays Breite Front (Frente Amplio) zählen kann, während der „Kirchnerismus“ in Argentinien den ersteren durch seine Geschichte und den letzteren durch seine Wirtschaftspolitik näher steht. Diesen neuen Regierungen ist gemeinsam, dass sie auf der Grundlage der sozialen Bewegungen der Jahre 1990 – 2000 entstanden sind oder zumindest den Anspruch erheben, sich auf Teile der Gewerkschaftskämpfe und der Forderungen aus den Volksbewegungen zu stützen. Sehr oft steht auch eine charismatische Figur, eine Art „Überpräsident“ im Mittelpunkt der „fortschrittlichen“ Strategie, was auf Dauer ein echtes politisches und demokratisches Problem darstellt.

Auf der anderen Seite gibt es oft eine neo-developmentalistische Orientierung, eine (je nach Konfiguration mehr oder weniger ausgeprägte) „etatistische“ Ausrichtung und den Rückgriff auf Rohstoffrenten (z. B. Erdöl, Bodenschätze oder Agrarindustrie), um diese im Rahmen von Sozialprogrammen umzuverteilen und so die Armut und Ungleichheit zu mindern. Ihr Anspruch war es, mit dem Neoliberalismus und dem Washingtoner Konsens zu brechen und in Bildung, Alphabetisierung, Infrastruktur etc. zu investieren, ohne jedoch mit dem Kapitalismus zu brechen. Insofern stehen die „fortschrittlichen“ Regime nicht in der Tradition der lateinamerikanischen revolutionären und antikapitalistischen Linken der 1960er und 1970er Jahre.

Sie setzen sich auch kritisch mit dieser „fortschrittlichen“ Theorie auseinander. Nach dem anfänglichen Enthusiasmus scheint ein guter Teil der radikalen Linken darüber hinweg zu gehen anstatt eine Bilanz zu ziehen: Warum ist das so?

Offensichtlich gibt es keine Neigung, die kritische Betrachtung zu intensivieren und eine Bilanz dieser Regierungen aus den letzten 20 Jahren zu ziehen. In Frankreich und in Europa gab es in den 1990er und 2000er Jahren innerhalb der sozialen und politischen Linken eine etwas enthusiastische Sichtweise auf Lateinamerika. Dennoch muss man sagen, dass der Beginn dieser Periode, die mitunter als „Linkswende“ bezeichnet wurde, wieder Balsam für die Seele war, und das nicht nur in Lateinamerika. Trotz Thatchers Verdikt (There is no alternative) gab es offensichtlich doch Alternativen, auch auf Regierungsebene; es war wieder die Rede von Sozialismus (des „21. Jahrhunderts“ oder vom „kommunitaristischen“ Sozialismus) und der Begriff des „guten Lebens“ (Buen Vivir) kam auf.

Ganze Teile der institutionell orientierten Linken haben sich hierauf gestürzt, weil sie hierin eine Möglichkeit sahen, das, was dort auf Regierungsebene passierte, auch auf französische Verhältnisse zu übertragen. Angesichts der die Bevölkerung mitreißenden Dynamik sprangen auch die radikalen Linken auf diesen Zug, aber mit mehr kritischer Distanz und Autonomie. Inzwischen reitet einige dieser Organisationen eine Art schlechtes Gewissen, als ob sie das Messer nicht in die Wunde legen und vermeiden wollten, offen zu diskutieren, wodurch das Scheitern verursacht wurde. Daran kommt man jedoch nicht vorbei. Keinesfalls, um die lateinamerikanischen Völker zu „belehren“, sondern weil genau diese Diskussionen heute unter den kritischen Geistern in Lateinamerika und innerhalb der Linken stattfinden.

Einfach wegzusehen, hieße: „Solange Ihr macht, was uns passt, sind wir solidarisch; wenn’s dann aber schlecht läuft, wenden wir uns anderen Dingen zu.“ Darin liegt ein tatsächliches Problem. Es wäre sehr wohl angebracht und gewissermaßen unumgänglich – auch bspw. innerhalb von La France Insoumise – sich mit dieser Entwicklung auseinanderzusetzen und sie einer kritischen Bilanz zu unterziehen.

Man wirft uns gelegentlich vor, die dortige Entwicklung zu lange (kritiklos) begleitet zu haben. Diesen Vorwurf lasse ich für mich gelten, aber ich halte daran fest, dass es in den Anfängen des Chavismus und auch der Entwicklung Boliviens unter Morales eine massive Mobilisie-

rung unter der Bevölkerung gegeben hat, mit dem Ziel, mit dem Neoliberalismus zu brechen, wieder gegenüber den imperialistischen Einflüssen Souveränität zu erlangen und sich den Herrschenden zu widersetzen, und dass es daher legitim war, diesen Prozess „von unten und von links“ zu unterstützen. Dies sollte uns aber nicht daran hindern, im Rückblick auch die Widrigkeiten und Grenzen, die Rückschritte und strategischen Sackgassen zu sehen, und genauso all das, was einer wirklich Selbstorganisation und Demokratisierung im Wege gestanden hat.

Was diese Grenzen anlangt, schreiben Sie, dass „das Großkapital im Ganzen es verstanden hat, von diesem Goldenen Zeitalter der Fortschrittlichkeit zu profitieren“. Wie ist das zu verstehen?

Jeffrey Webber weist nach, dass in dieser Zeitspanne die Rohstoffpreise sehr hoch lagen und der Aufstieg dieser fortschrittlichen Regierungen strikt daran gekoppelt war. Das internationale und ausländische Kapital hat Marktanteile gewonnen: Damit gemeint ist die „Sojatisierung“ Argentiniens unter Kirchner, die Festigung der Dominanz Monsanto in Brasilien unter Lula und Rousseff, die Ausweitung der Erdölkonzessionen im Orinoco-Becken unter Maduro etc. Die randständige (ungleiche und kombinierte) Eingliederung dieser Länder in die Weltwirtschaft innerhalb der internationalen Arbeitsteilung wurde reproduziert im Sinne einer neokolonialen Abhängigkeit durch schwankende Rohstoffpreise.

Das Vorhaben der Regierungen war, angesichts der ungeheuren sozialen Notlage alles daran zu setzen, um neue öffentliche Maßnahmen und konditionierte Sozialleistungen finanzieren zu können, die marktwirtschaftlichen Prinzipien folgten und oft „assistenzialistische“ Züge hatten. Da aber weder ein struktureller Wandel noch eine steuerliche Belastung der Spitzenverdiener*innen vorgenommen wurden, konnte die reale und umgehende (wenn auch leider oft vorübergehende) Verbesserung der Lage der Ärmsten nur durch verschärften Extraktivismus und Öffnung für Auslandskapital erfolgen, sowie paradoxerweise durch die Konsolidierung bestimmter Fraktionen der herrschenden Klassen.

Diese Regierungen haben noch nicht einmal ansatzweise eine rigorosere Steuerpolitik betrieben, obwohl die Steuern auf Einkommen und Vermögen in Lateinamerika lächerlich gering sind und selbst die sozialdemokratische Linke i. d. R. eine progressive Kapitalsteuer befürwortet. Einzige Correa hat zaghafte Anläufe dazu gemacht, ist

aber vor den Protesten der Unternehmer*innen und des Mittelstandes eingeknickt. Insgesamt wurden die sozialen Verhältnisse im Bereich der Produktion nicht angetastet: Zwar wurden die Mindestlöhne in mehreren Ländern stark angehoben, aber die Rechte der Lohnabhängigen wurden kaum verbessert und vor allem die Arbeitsverhältnisse nicht grundlegend reformiert. Da keine strukturellen Umwälzungen vorgenommen wurden, brachen mit dem Aufkommen der Krise sogleich sämtliche durch diese „fortschrittlichen“ Regierungen austarierten Gleichgewichtsverhältnisse zwischen den einzelnen Klassen zusammen und nur die herrschenden Klassen konnten ihr Schäflein ins Trockene bringen.

Ob Erdöl, Erze oder Biotreibstoff – viele dieser Länder basieren wirtschaftlich auf dem Extraktivismus, also der Ausbeutung der Böden. Sie haben die starke wirtschaftliche Abhängigkeit vom Export und den Weltmarktpreisen erwähnt. Aber dies wirft auch Folgen für die Umwelt auf und hat zu Konflikten mit der indigenen Bevölkerung geführt.

Da haben Sie Recht: Die Probleme des „Megaextraktivismus“³ führen zu Spannungen zwischen diesen Regierungen und den sozialen und Umweltbewegungen sowie manchen indigenen Gemeinden. Obwohl die Wirtschaftskapazität noch stark genug war (und bspw. Bolivien sogar von der Weltbank für seine Erfolge gelobt wurde) wurden durch die „neoextraktivistische“ Vorgehensweise dieser Regime zunehmend mehr Gebiete „geopfert“, was zu entsprechenden sozialen und ökologischen Verwerfungen und einer ablehnenden Haltung der betroffenen Gemeinden geführt hat. In diesen Jahren wurden Millionen von Quadratkilometern für die Ausweitung der Rohstoff- und Erdölgewinnung und der Agrarindustrie zerstört.

Wo zum Beispiel?

Ich will nur zwei Beispiele nennen. In Bolivien gab es eine Auseinandersetzung um ein Naturschutzgebiet („Tipnis), wo sich ein Teil der indigenen Bewegung dem Bau einer aus Brasilien kommenden Verbindungsstraße durch den Amazonas widersetzte und Evo Morales sich gegen Teile seiner indigenen Basis stellen musste. In Ecuador war der Yasuní-Nationalpark quasi das Vorzeigeprojekt von Correas Umweltschutzpolitik. Dann aber ist Correa eingeknickt und heute wird in diesem mithin artenreichsten Territorium weltweit Erdöl gefördert.⁴ Auch waren die Beziehungen zwischen Correa und dem indigenen Inter-

essensverband CONAIE konfliktgeladen: Er bezeichnete sie in den Medien als „kindische Umweltschützer“ oder gar Ökoterrorenisten, woraufhin ihm die indigenen Bewegungen vorhielten, dass er autoritär regiere und die „Mutter Erde“ (Pachamama) zerstöre. Vizepräsident García Linera warf den Umweltschützer*innen und den ONG aus der nördlichen Hemisphäre vor, aus den Bewohner*innen Boliviens die Parkwächter in Lateinamerika machen zu wollen. Seine Position lautete: „Wollt Ihr, dass wir weiterhin arm bleiben, statt dass wir unsere Reichtümer selbst ausbeuten?“

Dieses Argument ist natürlich nicht von der Hand zu weisen, zumal es die Länder des globalen Nordens sind, die die Hauptverantwortung für die weltweite ökologische Krise tragen. Zugleich aber ist es ein willkommener Vorwand für die bolivianische Regierung, die Bewegungen und Kollektive in ihrem Land zum Schweigen zu bringen, die für ein anderes Entwicklungsmodell plädieren. Der Extraktivismus steht heute im Mittelpunkt großer sozialer und ökologischer Auseinandersetzungen in ganz Lateinamerika.

Im letzten Kapitel unseres Buches fragt der Historiker und Soziologe Massimo Modonesi: Was sind die Alternativen? Eine der Tragödien der Ära der „fortschrittlichen“ Regierungen liegt darin, diese Frage nicht beantwortet zu haben. Auch wenn es Teilen der sozialen und politischen Linken aus dem antikapitalistischen, autonomen, libertären, antiextraktivistischen, indigenen, feministischen oder antikolonialistischen Spektrum gelungen ist, auf lokaler Ebene hier und da erfolgreiche und zukunftsweisende Projekte aufzubauen, haben sie doch nicht immer aufzeigen können, dass dies auch in größerem Maßstab umsetzbar ist. Dies lag teilweise daran, dass die „fortschrittlichen“ Regierungen ihnen Steine in den Weg gelegt haben, aber nicht nur: Mitunter wurden ultra-minoritäre und dogmatische Positionen vertreten, die mit der Realität des Gros der einfachen Bevölkerung wenig zu tun hatten. Darin liegt eine Hürde für radikale ökosozialistische und demokratische Ansätze des „guten Lebens“, die alternativ zu den abgewirtschafteten „fortschrittlichen“ Regierungen sowie zu der erstarkenden Rechten stehen.

Auch wenn es einzelne wirtschaftliche und soziale Fortschritte gab, die zu einem Anstieg des Lebensstandards der einfachen Bevölkerung geführt haben, konnten die Protagonisten dieser „fortschrittlichen“ Politik bei den Wahlen nicht immer davon profitieren. Die Journalistin Maëlle Mariette formulierte dies so: „Hat die bolivianische Linke ihre Totengräber zur Welt

gebracht?“ War diese Entwicklung vermeidbar, die die einfache Bevölkerung dazu getrieben hat, sich von denen abzuwenden, die deren politische Interessen vertreten wollten?

Seit 2010 gibt es eine Diskussion innerhalb der kritischen lateinamerikanischen Linken zwischen den Anhänger*innen der „fortschrittlichen“ Regierungen und denjenigen, die die inneren Widersprüche solcher Ansätze in den Vordergrund gerückt haben. García Linera, der als organischer Intellektueller dieser „fortschrittlichen“ Theorie gilt (da er sowohl ein brillanter Soziologe ist als auch 13 Jahre lang Vizepräsident von Bolivien war), argumentierte wie folgt: Bolivien befindet sich in einer revolutionären Phase, die aus Fortschritten und Rückschlägen besteht. In diesem nicht-linearen, sondern sich in Wellen vollziehenden Prozess konnte sich die einfache Bevölkerung zu einer neuen mestizischen und indigenen „Mittelschicht“ entwickeln, Zugang zu einer neuen Form des Konsums finden und Teil des neuen plurinationalen Wirtschafts- und Politikmodells werden. Trotzdem wenden sich einige von ihnen „gegen uns“. Maëlle Mariette greift in ihrem Beitrag einen Teil dieser durchaus bemerkenswerten Argumentation auf. Aber kritikwürdig daran ist, dass man sich fragen muss, welche Art von „Integration“ die „fortschrittlichen“ Regierungen den Unterschichten angeboten haben. Ihr sozialer „Aufstieg“ wurde durch Konsum und Subventionsmaßnahmen erreicht, die auf den Marktmechanismen basieren.

Im Detail war es natürlich überfällig und erforderlich, endlich einmal durch vielfältige staatliche Maßnahmen die Armut zu bekämpfen, nachdem zuvor jahrzehntelang die vom IWF diktierten strukturellen Anpassungsmaßnahmen erfolgt waren. Trotzdem blieb diese Politik zumeist einer Logik verhaftet, wie sie in ähnlicher Manier die Weltbank zur Armutsbekämpfung vorgeschlagen hatte. Wenn es um politische Teilhabe ging, also um die Beeinflussung der gesamten Regierungspolitik, spiegelte sich dies eher in einem Konzept des „allmählichen Hinüberwachsens“ (Transformismus) wider, was auf Demobilisierung und Kooptation „von oben“ hinauslief, wie es Massimo Modonesi in Gramscis Kategorien ausdrückt.

Anstatt die Selbstorganisation zu fördern, wurden die Basisorganisationen und ihre Führer*innen teilweise in den Staatsapparat integriert, wodurch diese Organisationen und die großen Gewerkschaften in eine passive Haltung gedrängt wurden. Besonders deutlich wird dies am Beispiel der Arbeiterpartei (PT) und des Gewerkschaftsverbandes CUT in Brasilien. Auch in Bolivien und Argentinien stiegen einflussreiche Führer*innen der sozi-

alen Bewegungen ins Regierungskabinett auf. Zwar war ein Teil der Basisorganisationen durchaus dafür, dass ihre Führer*innen in diesen Institutionen Einfluss gewinnen sollten, der Preis dafür lag jedoch in der Schwächung ihrer Autonomie. Sobald auch nur die geringsten Ansätze einer Selbstorganisation sichtbar wurden, wurden sie bezichtigt, mit dem Feind gemeinsame Sache zu machen oder gar Werkzeuge des Imperialismus zu sein etc.

Es hat also eine „Domestizierung“ bestimmter Schichten stattgefunden, die Zugang zum Wirtschaftsleben erhielten, ohne dass sie jedoch in einen Demokratisierungsprozess im weiteren Sinn, also einschließlich des Produktions- und Arbeitssektors, einbezogen worden wären.

In der Tat sind die Arbeitsplätze und die Lohnabhängigkeit zentrale Fragen bei einem sozialen Umwälzungsprozess und durchaus keine Nebensache, die man im Handumdrehen regeln kann – selbst nicht, wenn man die Exekutive kontrolliert, aber besonders die Medien, die Wirtschaftskreise und einen Teil des Staatsapparats gegen sich hat. Wie also wurde dieses Kernproblem angegangen? In Venezuela bspw. wurden alle Ansätze einer Arbeiterkontrolle oder Mitbestimmung von der Bürokratie erstickt. Es gab dort eine große Genossenschaftsbewegung mit Zehntausenden von Kooperativen, aber vorwiegend wurde dies in klientelistischer Manier gehandhabt. Dasselbe gilt für die Gemeindeversammlungen, die eines der belebendsten Momente des bolivarianischen Prozesses waren, aber unter der Krise und der grassierenden Korruption verschüttet wurden, indem man sie entweder ausgeblutet oder unterdrückt hat.

In Argentinien gab es eine Bewegung unter den Arbeiter*innen, die geschlossene Betriebe unter ihrer Kontrolle weiterbetrieben. Die Regierungen Kirchner und Fernández hingegen leisteten keine Unterstützung oder torpedierten diese Projekte sogar. Aber ohne die Möglichkeit, in die Produktionssphäre einzugreifen und die wirtschaftlichen Verhältnisse auf eine demokratische Grundlage zu stellen, fehlt offensichtlich ein zentraler Bestandteil einer sozialen Umwälzung.

Im Oktober 2019 kam die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu der Ansicht, dass die Wahl von Evo Morales in Bolivien auf Betrug beruhte, und er wurde aus dem Amt gedrängt. Später hieß es, dass es wahrscheinlich keinen Betrug gab und die Wahl vielmehr rechtmä-

Big war und Morales daher Opfer eines Staatsstreichs wurde. Können Sie dies bestätigen?

Für mich bestand von Anfang an kein Zweifel daran, dass dies ein Staatsstreich war, so wie die ganze Geschichte Boliviens im 20. Jahrhundert durch Zivil- oder Militärputsche geprägt war. Der Sturz von Morales wurde entscheidend durch das Eingreifen des Militärs und der Polizei herbeigeführt. Es bestand eine allgemeine Konfusion, an der besonders die OAS mit einem komplett manipulativen und ungenauen Wahlbericht schuld war. Inzwischen weiß man, dass es keinen massiven Wahlbetrug gegeben hat und Evo Morales knapp gewonnen hatte, was wiederum zeigte, dass seine Popularität im Sinken begriffen war.

Während seiner Präsidentschaft hat sich das Bruttoinlandsprodukt mehr als verdreifacht – ein historisch einmaliger Wert. Trotz seines hohen persönlichen Ansehens und der engen Beziehungen seiner Partei (Movimiento al Socialismo, MAS) zu den sozialen Bewegungen unter der indigenen und ländlichen Bevölkerung kam es zu einer wachsenden Entfremdung zwischen der MAS und ihrer Basis in der Bevölkerung (womit nicht nur die vielzitierte Mittelschicht gemeint ist). Als es zum Staatsstreich kam, ging das Volk nicht auf die Straße, um Morales zu unterstützen, sondern vielmehr, um gegen den vermeintlichen Wahlbetrug zu protestieren. Insofern war es der rassistischen und evangelikalischen Ultrarechten um das Bürgerkomitee von Santa Cruz (aber auch von Potosi) möglich, die Proteste umgehend für sich zu instrumentalisieren.

Die ausbleibende Solidarisierung unter der Bevölkerung zeigt auch, dass ihre Begeisterung für Morales nach 14 Regierungsjahren verbraucht war.

Dass es eine konkrete und materielle Verbesserung der Lebensbedingungen unter Evo Morales gegeben hat, lässt sich anhand der Zahlen belegen. Er hat es sogar geschafft, eine internationale Reputation zu erlangen, vor allem in der europäischen Linken, für die er fast die alleinige Inkarnation der Pachamama (Mutter Erde), der kommunitaristischen und indigenen Revolution darstellt. Mitunter ist dies sogar ein bisschen schockierend, wie er fast zum „guten Revolutionär“ in den Augen der Europäer wird. Dabei muss man aber bedenken, was im Land passiert, die sozialen Spannungen verstehen und die Kritik vernehmen, die an den caudillistischen und klientelistischen Strukturen und seinem bedingungslosen Festhalten an der Präsidentschaftskandidatur laut wurde. Mit der Machtergreifung zahlte die bolivianische Linke den Preis, den die

Führung der Staatsgeschäfte in einem kapitalistischen und oligarchischen Land mit sich bringt, auch wenn es durch beherrschte Maßnahmen der verfassungsgebenden Versammlung Teilreformen gegeben hat: nämlich dass sich diese Linke transformiert, institutionalisiert und bürokratisiert und dabei ihre Kritikfähigkeit und ihre Verankerung in den Kämpfen verliert.

Diese essentielle Lektion verweist auf die Diskussion, die Anfang dieses Jahrtausends anlässlich des aufkommenden Zapatismus geführt wurde, nämlich ob man die Welt verändern kann, ohne die Macht im Staat zu übernehmen. Die „fortschrittlichen“ Regierungen sind bei ihrem Antritt dieser Diskussion ausgewichen, indem sie vorgegeben haben, die Gesellschaft zu verändern, indem sie die Regierung übernehmen, und somit eine „staatszentrierte“ Position eingenommen haben. Eine solche Position fordert von den Aktivist*innen und den Basisbewegungen einen hohen Preis. Inzwischen ist diese Diskussion wieder in Gang gekommen und kreist um die Stichworte: Autonomismus, Zapatismus, antikapitalistische Strategien und Wahlorientierung einer staatsfixierten Linken. Für uns ist es wichtig, eine kritische und basisnahe Autonomie zu bewahren, ohne dabei die Staatsfrage aus dem Auge zu verlieren – denn die Staatsfrage wird sich immer stellen, auch wenn wir sie zu ignorieren versuchen, wie Daniel Bensaïd es formuliert hat.

Sprechen wir über Venezuela: Verkürzt gesprochen, herrschen zwei Interpretationen vor, wenn es darum geht, die anhaltende Krise zu erklären. Auf der einen Seite sehen die liberalen und reaktionären Kreise darin das eklatante Scheitern der Regierung Chávez und seines „Erben“ Nicolás Maduro und damit des Sozialismus; auf der anderen Seite behaupten Maduros Anhänger, die Regierung sei das Opfer einer Verschwörung der Unternehmer und der Rechten, unterstützt von ausländischen Mächten (zuvörderst von Washington), die versuchen, das Land zu destabilisieren. Wie könnte eine andere Sichtweise aussehen?

Dies war genau das Thema unseres Buches: Kann man das, was in Lateinamerika vorgeht, von links kritisieren, ohne dass ein Teil der „wohlmeinenden“ Linken sofort ein Einknicken vor dem Imperialismus wittert? Wir wollen hier nicht mit der Rechten diskutieren, sondern mit den Linken, die sich einer kritischen Analyse verweigern. Dies ist ganz offensichtlich überfällig, zumal selbst die dogma-

tischsten Verteidiger von Maduro ihre einseitige „campistische“ Weltansicht immer weniger aufrechterhalten können.

Natürlich gibt es eine imperialistische Aggression gegen Venezuela, die vollkommen illegal ist, wie selbst die UNO kritisiert. Das kriminelle Embargo seitens der USA, die Destabilisierungsversuche durch die CIA oder der mit dem Segen der Imperialisten selbsternannte Präsident Guaidó – all dies ist absolut untragbar und zeitigt katastrophale Folgen. Eine regierungsunabhängige Studie aus den USA kam zu dem Ergebnis, dass das Embargo (das auch für Medikamente und damit für das Gesundheitswesen gilt) für den Tod von mehreren zehntausend Menschen in Venezuela verantwortlich ist. Dies wollen wir natürlich nicht verschweigen. Aber die Krise allein auf solche externe Faktoren zurückzuführen, hieße, sich über das venezolanische Volk und seine Leiden zu mokieren, denn das Volk schreibt seine eigene Geschichte und der Bolivarismus ist auch von innen heraus gescheitert.

Was meinen Sie mit Scheitern?

Alle kritischen Ansätze, die es lange Zeit innerhalb der chavistischen Basis gab und die sich in den Stadtvierteln, Ortsräten, einigen Landgemeinden etc. herauskristallisierten, wurden systematisch ignoriert oder gar unterdrückt. Die regierende PSUV ist weiterhin eine Massenpartei mit mehreren Millionen Mitgliedern – oft braucht man den Mitgliedsausweis, um einen Job zu bekommen –, aber sie war nie ein Hort demokratischer Meinungsbildung. Ganz im Gegenteil. Unter Chávez versuchten sozialistische, marxistische und antikapitalistische Strömungen, an der Seite der chavistischen Basis am Fortgang des bolivarianischen Prozesses mitzuwirken. Aber die teils zivil, teils militärisch geführte Regierungspolitik mit caesaristischen und vertikalistischen Tendenzen sowie die Korruption, erstickten diese Stimmen und wogen schwerer als eine allumfassende Beteiligung und die demokratischen Experimente „an der Basis“.

Unsere Absicht besteht nicht darin, einen gewissermaßen heroischen Chavismus einem „maduristischen“ Pragmatismus diametral gegenüberzustellen. Wir glauben vielmehr, dass es Höhen und Tiefen gegeben hat, im Rhythmus des Klassenkampfes und der Auseinandersetzungen mit Washington und der Opposition, und Zersetzungserscheinungen während der 15-jährigen Regierungsära, gemessen an den anfänglichen „post-neoliberalen“ und volksnahen Ansprüchen. Der Madurismus ist gewissermaßen die Krönung dieser bonapartistischen „Degeneration“. In jüngster Zeit erleben wir eine Explosion der staatlichen Gewalt, eine zunehmende militärische

Kontrolle über die Arbeiterviertel und eine Kriminalisierung abweichender Meinungen, auch wenn sie aus dem linken oder gewerkschaftlichen Spektrum stammen.

Auch die Institutionen verfallen zusehends in autoritäre Praktiken: Wenn heute in irgendeinem europäischen Land ein Präsident die Macht des Parlaments (in den Händen der Opposition) aufheben, in eigener Machtvollkommenheit und unter Außerachtlassung der bestehenden (chavistischen) Verfassung eine Verfassungsgebende Scheinversammlung einberufen und sich selbst an die Stelle der gesetzgebenden Gewalt setzen würde, dann würde die gesamte Linke aufheulen. Aber genau das ist in Venezuela passiert, und Teile der Linken schweigen dazu.

Dass sich die Regierung mit einer Opposition auseinandersetzen muss, die in Teilen auf Destabilisierung und Putsch aus ist und von der CIA unterhalten wird, trifft zu und ist ein wichtiger Faktor im Kräfteverhältnis. Aber unter dem Gesichtspunkt der Emanzipation und des viel gerühmten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ muss unsere Kritik selbstverständlich dieser neuen Kaste an der Macht, der „Bolibourgeoisie“ gelten, die Milliarden von Dollars auf die Seite geschafft hat, und ebenso den obrigkeitstaatlichen Tendenzen. Dasselbe gilt für die Abhängigkeit vom Petro-Dollar: Im Orinoco-Delta errichtet die Regierung Sonderwirtschaftszonen, in denen – auf der Fläche eines Territoriums so groß wie Belgien – die Arbeitsrechte außer Kraft gesetzt werden ebenso wie der Schutz der Artenvielfalt und die Rechte der dort lebenden Völker! Dabei geht es um eine Ausweitung der Ölförderung, die alteingesessene indigene Gemeinschaften und Naturschutzgebiete betrifft und für deren Durchsetzung das boliviarische Militär mit China, Russland oder Konzernen wie Total gemeinsame Sache macht.

Ein langes „Sündenregister“ also!

Der Beispiele gäbe es noch viele. Am dramatischsten ist gegenwärtig die humanitäre Krise, deretwegen etwa fünf Millionen Menschen aus Venezuela geflüchtet sind, was – gemessen an der kurzen Zeit – die größte Flüchtlingswelle in Lateinamerika darstellt. Das BIP ist seit 2013 um 50 % eingebrochen und der Mindestlohn von umgerechnet drei Dollar, was noch nicht einmal für fünf Tage ausreicht, wird durch die Hyperinflation aufgezehrt etc. Dieses große erdölproduzierende Land muss nun Rohöl importieren.

Die Solidarität mit dem venezolanischen Volk muss weitergehen – an dieser Dringlichkeit gibt es keine Zweifel. Es braucht eine internationale Solidarität, die laut und deutlich das US-Embargo und die Haltung der EU

anprangert. Diese Großmächte beklagen heuchlerisch die Menschenrechtsverletzungen in Venezuela, schweigen sich aber über die zunehmenden Massaker in Kolumbien oder die desaströse Lage in Haiti aus, ganz zu schweigen von den Geschehnissen in ihrem eigenen Land. Dabei dürfen wir nicht verschweigen, dass das Maduro-Regime inzwischen eher Teil des Problems als Teil der Lösung ist. In jedem Fall ist es die Sache des venezolanischen Volkes, allein und ohne Einmischung von außen zu entscheiden.

Gibt es eine demokratische und sozialistische Perspektive, um diesem Chaos zu enttrinnen?

Darin liegt das große Problem, wie zahlreiche Aktivist*innen vor Ort meinen: Die Lage ist deswegen so katastrophal verfahren, weil die einzige aktuell existierende Alternative von der neoliberalen und/oder pro-imperialistischen Rechten angeboten wird. Wenn sie über die Wahlurnen oder gar durch Gewalt an die Macht käme, würde sie das Land noch tiefer in den Schlamassel reiten. Der einzige Ausweg liegt darin, dass sich das Volk wieder selbst organisiert und sich sozial und politisch vernetzt, um eine Alternative zu diesem Dilemma zu rekonstruieren. Aber die „alternative“ Linke befindet sich in einer extrem schwachen und äußerst fragilen Position. Da gibt es bspw. die Gruppe Marea Socialista, die inzwischen die lange vertretene Position eines „kritischen und volksnahen“ Chavismus aufgegeben hat und gegen den chavistischen Autoritarismus und Militarismus kämpft, aber kaum dazu in der Lage ist, sich politisches Gehör zu verschaffen.

Dies gilt umso mehr, als die katastrophale wirtschaftliche Lage den Menschen schlicht keine Zeit lässt, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen: Wenn wir mit Freunden dort darüber sprechen, sagen sie uns: „Wir brauchen etwas zu essen und die Suche danach frisst unsere Zeit“. Es ist völlig unmöglich, in dieser Situation eine stabile demokratische Alternative zu schaffen. Wir müssen auf eine wirtschaftliche Erholung hoffen (was aber in Zeiten der Pandemie schwierig ist), und darauf, dass es zu friedlichen und einvernehmlichen Verhandlungen zwischen den bestehenden Kräften kommt und in diesem Zuge nach und nach autonome Basisstrukturen entstehen können. Dies gilt auch über die (...) Parlamentswahlen vom 6. Dezember 2020 hinaus, wo sich schon jetzt Teile der gewaltbereiten und von Trump unterstützten „guaidistischen“ Opposition und das Lager des Amtsinhabers unversöhnlich gegenüber stehen, der in den Umfragen vorne liegt und seine Legitimität wiederherstellen will, ohne dabei jedoch Verantwortung für die bestehende Krise zu übernehmen.⁵

Auch wenn der „Zyklus“ zu Ende ist und sich die reaktionäre und konservative Rechte im Aufwind befindet, gibt es doch auch Gegenenden, wie die eindrucksvolle feministische Bewegung in Chile gezeigt hat. Ist das der Weg, auf dem die sozialen Bewegungen in Lateinamerika neu entstehen können?

Ich bin sehr skeptisch, was den Begriff „Ende des Zyklus“ anlangt, auch wenn manche der Koautoren unseres Buches anderer Meinung sind. Mir erscheint er zu „mechanistisch“ und ich sage lieber, dass wir uns seit 2012 in einer „turbulenten Phase“ befinden mit mehr oder minder starken regressiven Veränderungen, wo die Rechte und die extreme Rechte wieder ans Ruder kommen. Aber auch das gilt nur bedingt, wenn wir an Mexiko oder Argentinien denken, wo eine Mitte-Links-Regierung an der Macht ist.

Im Zuge der kapitalistischen Weltkrise wollten die hiesigen Bourgeoisien den klassenübergreifenden Koalitionen der „fortschrittlichen“ Ära ein Ende bereiten und wieder zu einer strikten neoliberalen Sparpolitik oder gar zu faschistoiden Regimen wie in Brasilien übergehen. In dieser turbulenten Phase gibt es eine gute Nachricht, nämlich dass die „antagonistischen“ Volksbewegungen ihren Widerstand fortsetzen und ihn sogar mit dem Auftreten neuer und zahlreicher sozialer Akteure wiederbeleben. Und wer ist heute in der Offensive? An erster Stelle die Frauenbewegung, einer der zentralen Akteure des Klassenkampfes in Chile, Argentinien und Mexiko! Wer hat es geschafft, in jüngster Zeit in Lateinamerika zwei Millionen Menschen auf die Straße zu bringen? Die feministische Bewegung in Chile und Argentinien, nicht die revolutionäre Linke! Diejenigen, die ausschließlich auf die Arbeiterklasse als Motor des sozialen Wandels setzen, können Lateinamerika nicht verstehen! Die argentinische trotzkistische Linke, die eine der aktivsten der radikalen Linken ist, kann 100 000 Menschen auf die Straße bringen, aber nicht eine Million!

Ich möchte auch daran erinnern, dass in der zweiten Jahreshälfte 2019 in Haiti, Chile, Kolumbien, Guatemala und Brasilien breite Proteste gegen Sparpolitik, autoritäre Tendenzen und Neoliberalismus entstanden sind. Welche politischen Organisationsformen vonnöten sind, muss weiter diskutiert werden: ob Partei oder nicht, Spontaneismus versus Organisation, welche Einheitsfronten etc.

Ganz zu schweigen von den Auswirkungen der Covid-Pandemie auf alle gesellschaftlichen Bereiche, zumal der Subkontinent mit 250 000 Todesfällen zu den am stärksten betroffenen Regionen der Welt gehört. Die Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (span.

CEPAL) rechnet damit, dass das BIP in der Region 2020 um durchschnittlich 9 % sinken wird und mehr als 45 Millionen Menschen (wieder) verarmen werden und damit die Zahl der Armen auf 220 Millionen Menschen steigt. Dabei ist die explosive Zunahme der Entlassungen und der prekären Beschäftigung (die bereits allgegenwärtig ist) noch nicht berücksichtigt. Das ist schrecklich. Gleichzeitig sind der Ausnahmezustand, die Militarisierung des öffentlichen Lebens und die Ermordung von Vertreter*innen der sozialen Bewegungen überall in der Region auf dem Vormarsch (am deutlichsten in Kolumbien).

Trotz allem kommt es immer wieder zu Kämpfen seitens der Feministinnen, indigener Gemeinschaften, prekärer Jugendlichen, Gewerkschaften und kämpferischer Arbeiter, kritischer Intellektuellen und Studenten, der Bauernschaft von La Via Campesina etc. Dadurch entstehen Räume, über Alternativen zu den extraktivistischen und abhängigen kapitalistischen Regimen, zu Neoliberalismus, Militarismus, Patriarchat und Klimawandel zu diskutieren. Auch die Bewegungen der Landlosen, der Obdachlosen, der Afrikanischstämmigen, der LGBTQTI+ sind aktiv, trotz aller Probleme sowie des Drogenhandels und der Gewalt im Alltag. Das hält die Hoffnung am Leben, trotz Bolsonaro, Piñera, Añez und ihresgleichen. Das „Ende der Geschichte“ ist nicht für morgen angesagt, und schon gar nicht in Lateinamerika ...

Aus *BALLAST* vom 7.10.2020

Übersetzung: MiWe

1 Franck Gaudichaud et al., *Fin de partie ? Amérique latine : les expériences progressistes dans l'impasse (1998–2019)*, Paris, 2020

2 Etwa der Peronismus in Argentinien, die Regierung Vargas in Brasilien oder Cardenas in Mexiko in den Jahren 1930–1940 (Anmerkung des Interviewers).

3 Ausbeutung natürlicher Gemeingüter, die hauptsächlich für den Export bestimmt sind und zumeist gemeinsam mit dem Auslandskapital gewonnen werden.

4 Correa hatte 2007 angeboten, auf die Ausbeutung der dortigen Erdölvorkommen zu verzichten, wenn die internationale Gemeinschaft die dadurch entstehenden Einnahmeverluste durch einen Finanzfonds ausgleiche. Nachdem aber nur wenig mehr als 1% der erforderlichen Summe zusammenkam, genehmigte er 2013 die ersten Bohrungen.

5 Dieser letzte Satz ist vom Datum her überholt, wegen der damaligen Sicht auf die Wahlen aber nicht herausgenommen worden [Anm. d. Red.].

DURCHBRUCH FÜR DIE RECHTE DER FRAUEN

Die Euphorie unter den Befürworter*innen des legalen Schwangerschaftsabbruchs über ihren historischen Durchbruch, die sich in der folgenden Momentaufnahme widerspiegelt, lässt sich verstehen, wenn man die in Lateinamerika, aber auch in Ländern wie Polen oder den USA, bestehenden Hindernisse – etwa den Einfluss der katholischen Kirche – bedenkt. Die wachsende politische Präsenz der Frauen zeigt sich aber auch im Erfolg der Kampagne „Ni una menos“ gegen die Gewalt an Frauen oder davor bei den „Madres y Abuelas de Plaza de Mayo“, die an die Opfer der Diktatur erinnern. Schon früher aber gab es Erfolge, etwa als 2010 Homoehen in Argentinien als erstem Land in Lateinamerika oder die Quotierung der Wahllisten sogar als erstem Land weltweit durchgesetzt wurden.

■ Azul Cordo

„Wir sind zurückgekehrt, um besser zu sein“ – so lautete die Wahlkampfparole von Alberto Fernandez. Anscheinend hat er damit auch die Reform des Abtreibungsrechts gemeint, die im Senat mehrheitlich gebilligt wurde.

Für die feministische Bewegung ging es dabei eher um eine Stärkung ihrer Präsenz und nicht um Rückkehr, denn sie hat die Plätze und Straßen, auf denen traditionell für die Rechte der ausgegrenzten und benachteiligten Menschen öffentlich gestritten wird, nie verlassen. Dass es überhaupt zu dieser Abstimmung am 29. Dezember 2020 in Argentinien gekommen ist, geht auf eine landesweite, hartnäckige Kampagne für legale, sichere und kostenlose Abtreibung in den vergangenen 15 Jahren zurück. Parallel dazu waren Netzwerke entstanden wie die Socorristas, die landesweit zu Abtreibungen beraten und diese begleiten.¹

Dieses Netzwerk ist mit dem Network of Health Professionals for the Right to Decide (Netzwerk der Gesundheitsberufe für das Recht auf Entscheidungsfreiheit) verbunden und wendet sich gegen die Deutungshoheit der Herrschenden im Gesundheitswesen. Sie vertritt die Auffassung, dass eine sichere Abtreibung Bestandteil der öffentlichen Gesundheit ist, und gewährleistet Rechte unter Beachtung des hippokratischen Eides. Hinter der Abstimmung vom 29. Dezember steht auch das Netzwerk des Erziehungswesens für das Recht auf Abtreibung, das Abtreibung als Teil einer umfassenden Sexualerziehung begreift, die jedes Mädchen und jeder Junge erhalten sollte. Teil dieser Bewegung sind weiterhin die „Glitzermädchen“ (eine Anspielung auf das Make-up der Aktivistinnen), weibliche Abgeordnete und feministische Journalist*innen. Alle zusammen treten sie für eine

gemeinsame Sache ein, nämlich das Recht auf Abtreibung als Teil des Rechts auf ein lebenswertes Leben.

Politik ohne Beteiligung der Menschen ist Bürokratie. In den Tagen vor der „grünen“ Abstimmung (Grün ist die Farbe der Bewegung, Blau die der Gegner*innen), die in der ganzen Welt gefeiert wurde, gab es eine rege politische Offensive, etwa öffentliche Veranstaltungen mit dem Präsidenten Alberto Fernandez, um die noch Unentschlossenen in verschiedenen Provinzen zu überzeugen, oder mit jungen Senatorinnen und ihren Berater*innen, die für eine übergreifende Debatte eintraten, aber vor allem mit den „Mädchen“ und „Pionierinnen“, die wieder die Straßen und Plätze füllten, um Stimmung zu machen.

Warum sorgt die Verabschiedung eines Gesetzes für eine Stimmung wie bei einer Fußballweltmeisterschaft? Die Parlamentsdebatte wurde auf sechs riesigen Bildschirmen vor dem Kongress in Buenos Aires übertragen: drei Bildschirme für die „grüne“ Bewegung, drei für die Abtreibungsgegner*innen. In 60 anderen Teilen des Landes waren Tausende und Abertausende von Menschen unterwegs, um in einer Vollmondnacht ein ganzes Jahr verordneter sozialer Distanz wieder „wetzumachen“.

Es gab die Befürchtung, dass eine Stimmgleichheit für „Instabilität und Konfusion“ sorgen könne – so Marta Alanís von den katholischen Frauen für das Recht auf Entscheidungsfreiheit noch wenige Stunden vor der Abstimmung. Aber um 4.12 Uhr morgens standen die Zeichen auf Grün.

Ein Zeichen für die ganze Region

Dieses Gesetz hat einen Multiplikatoreffekt für die ganze Region. Bis zum 29. Dezember gab es sechs Länder in Lateinamerika und der Karibik, in denen eine bedingungslose Abtreibung in den ersten Wochen der Schwangerschaft legal war: Uruguay, Kuba, Guyana, Französisch-Guayana, Puerto Rico und Mexiko (in Mexiko-Stadt und Oaxaca) – so die kalendarische Reihenfolge. Mit Argentinien sind es nun sieben.

Durch ihre „beständige Wachsamkeit“, so die aus Córdoba stammende Schriftstellerin Tununa Mercado, ist es den feministischen Bewegungen in Argentinien gelungen, „die Abtreibung ein für alle Mal aus der Versenkung zu holen. Sie haben einen breiten Konsens und ein kollektives Bewusstsein für das Recht auf Entscheidungsfreiheit geschaffen“, erklärt die Journalistin Florencia Alcaraz in ihrem Buch *¡Que sea ley!* (Marea, 2018), und „haben für eine Debatte über die Legalisierung der Abtreibung in der ganzen Region gesorgt.“

Aus El Salvador, einem mittelamerikanischen Land, in dem Abtreibung komplett verboten ist und in dem Dutzende von Frauen wegen Fehlgeburten in Haft sind, sagt Laura Aguirre, Direktorin des digitalen Mediums *Alharaca*, dass diese Errungenschaft in Argentinien „Signalwirkung“ hat und „daran erinnert, dass das Ziel mit Geduld, Solidarität unter Frauen, Kampf und gegenseitiger Unterstützung erreicht werden kann, auch wenn der Weg lang und schwierig ist“. Tica Moreno vom brasilianischen Frauenmarsch bezeichnet diesen Sieg als einen Schritt vorwärts für alle internationalistische Feministinnen, auch wenn es nicht einfach ist: „Es erfordert viel Organisation, Aufklärung, Mobilisierung, Engagement, Wagemut, Dialog, Rebellion, Symbolik, Lärm und kollektiven Kampf gegen die reaktionäre, neoliberale und heteropatriarchale Offensive in der Region.“

Noch in den Korridoren des Senats meinte Senatorin Marta Alanís, dass man zwar nicht vorhersehen kann, ob diese Gesetze einen „Dominoeffekt“ zugunsten einer Legalisierung der Abtreibung in ganz Lateinamerika auslösen können, aber wir haben so viel grünen Lärm gemacht, dass dieses fortschrittliche Gesetz Auswirkungen haben wird, je nach den politischen Verhältnissen der jeweiligen Länder. In einer Region, in der die Rechten ihre Agenda durchsetzen wollen, muss jede Bewegung in jedem Land entsprechende Bedingungen schaffen, denn eine Legalisierung der Abtreibung ist durchsetzbar.“

Eine machtvolle Bewegung

Um 16:08 Uhr begann die Debatte im Oberhaus (Senat), wobei von den 72 Senatoren 34 im Saal und in ihren Büros anwesend waren; zwei waren abwesend (José Alperovich, der wegen des Vorwurfs der Vergewaltigung seiner Nichte beurlaubt ist, und der ehemalige Präsident Carlos Menem, der im künstlichen Koma liegt). Die anderen nahmen von ihren Heimatprovinzen aus an der Sitzung teil; 59 meldeten Redebeiträge an, darunter sechs, die noch als „unentschlossen“ für die Schlussabstimmung galten. Schließlich ergriffen 58 das Wort. Zusätzlich zu den feministischen Versammlungen verfolgten Tausende von Menschen die Übertragung auf dem Youtube-Kanal des Senats (mit Spitzenwerten von 51 400 Zuschauern) oder auf Sendungen von Radio- und Fernsehkanälen oder von Zeitungen. Zwölf Stunden später wurde das Gesetz zur Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs bis zur 14. Schwangerschaftswoche und zur anschließenden Betreuung angenommen.

Als die Sitzung eröffnet wurde, teilte die Berichterstatterin, die peronistische Senatorin Norma Durango, bereits mit, dass es eine Vereinbarung über ein teilweises Veto des Präsidenten und damit eine Änderung der Durchführungsbestimmungen des Gesetzes geben würde. Diese bezieht sich auf den Begriff der „ganzheitlichen Gesundheit“, der in der Begründung eines legalen Schwangerschaftsabbruchs – und nicht im Gesetzestext – genannt wird (damit sich die 14-Wochen-Frist für die Abtreibung nicht ändert), wodurch verhindert wurde, dass das Gesetz erneut im Kongress diskutiert wird. Durch das Veto gegen den Begriff „ganzheitlich“ würde die zuvor aufgeführte Begründung aufrecht erhalten bleiben und die Durchführungsbestimmung würde besagen, dass „die Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von ärztlicher Seite beurteilt und festgestellt werden muss“, so der Gesetzesentwurf, den die Abgeordneten zuvor einsehen konnten. Dem konnte sich auch der Senator Alberto Weretilneck (ehemaliger Gouverneur der Provinz Río Negro) in seiner Rede um ca. 2:15 Uhr in Teilen anschließen, so dass er und andere „Unentschlossene“ für die Legalisierung der Abtreibung stimmten.

Im Laufe der Debatte schlossen sich zunehmend auch die „Unentschlossenen“ der Argumentation an, dass die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ein wesentlicher Bestandteil der öffentlichen Gesundheitsvorsorge ist, da eine weitere Strafbewehrung nichts an der Praxis ändert, sondern nur die Risiken für das Leben und die Stigmatisierung vermehrt. So erklärten Silvina Larraburu (Frente de Todos, FDT), Stella Maris Olalla (Juntos por el Cambio) und Sergio Leavy (FDT) ihren Sinneswandel und ihre Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf. [...] Wie es zu diesem Sinneswandel kam, lässt sich in der Erklärung der Senatorin Lucila Crexell (Federal Interbloc) aus Neuquén, die sich 2018 noch der Stimme enthalten hatte, ersehen.: „Ich habe meine Position nicht geändert, sondern nur meine Herangehensweise: Heimliche Abtreibung ist ein verborgenes Leid, das viele immer noch nicht sehen wollen. Dieser Tragödie kann ich nicht gleichgültig gegenüber stehen. Dieses Gesetz ändert nichts für diejenigen, die dagegen sind, aber es schafft Änderung für alle, die die Hilfe des Staates brauchen.“

Um 22.30 Uhr lagen die Positionen bei 37 Jastimmen, 32 Neinstimmen, zwei Enthaltungen und einer noch unentschiedenen. Alles blieb offen bis zur letzten Minute.

Ana Almirón (FDT), die zehn Stunden Fahrt auf sich genommen hatte, um von Corrientes zum Senat zu kommen, bezeichnete die Debatte als „schön und respekt-

voll“. Sie hat eine der berühmtesten Reden in den sozialen Netzwerken veröffentlicht. Sie kritisierte die Verhältnisse in ihrer Provinz, die sich 2011 als abtreibungsfeindlich erklärt hatte, und erinnerte daran, dass „es kein Jugendwahlrecht gibt, d. h. wir erlauben 16-jährigen Mädchen nicht, zu wählen, aber wir zwingen sie, mit 10, 11, 12 Jahren zu gebären. Dahinter steht ein Bild der Frau als Geburtmaschine. In meiner Provinz entfallen 18 % der Lebendgeburten auf Mädchen unter 18 Jahren. Lassen wir sie eine sichere Abtreibung vornehmen oder begleiten wir sie auf die Polizeiwache oder in die Leichenhalle?“, fragte sie ihre Senatskolleg*innen und schwenkte ihr grünes Tuch mit der Aufschrift: „Mädchen, nicht Mütter“. Die nordöstlichen Provinzen Argentiniens haben die höchsten Schwangerschaftsraten unter Kindern und Jugendlichen im Land und zugleich die größte strukturelle Armutsquote.

Ein weiteres starkes Argument für den Gesetzesentwurf – das einen Vorgeschmack auf die Diskussion um die Trennung von Kirche und Staat liefern könnte – kam von Gladys González (Propuesta Republicana), die dagegen ist, eine religiöse Doktrin aufzuerlegen: „Müssen wir nicht endlich verstehen, warum unsere Frauen, die an Gott glauben, abtreiben? [...] Wir haben erst spät begriffen, wie wichtig Sexualerziehung und Verhütungsmittel sind. Strafe und Vorwürfe bringen nur noch mehr Schmerz und Tod.“

Den ganzen Tag über waren grüne Tücher zu sehen. Sie gelten als universelles Logo über die Grenzen hinweg und ziehen eine genealogische Linie zu den Kämpfen, die schon die Mütter und Großmütter geführt haben. Als verbindendes Zeichen werden sie am Handgelenk, um den Hals und über der Schulter, als Anstecktücher oder zur Krawatte gebunden getragen. Die Senatorin Maria Eugenia Dore aus Patagonien (FDT) hatte auf ihrem Schreibtisch, wie andere junge Abgeordnete, ein Stoffdreieck, auf dem stand: „Abtreibung ist legal, frei und feministisch“. Sie verwies darauf: „Frauen bitten nicht um Erlaubnis, Geschichte machen zu dürfen. Wir versuchen ganz einfach, unsere Rechte zu erstreiten. Dieser Gesetzesentwurf soll den Frauen und Schwangeren ihre Würde zurückgeben.“

„Auch wenn dieses Gesetzesvorhaben immer in die kriminelle Ecke gerückt wurde, haben wir nie davon abgesehen. Unser Ziel ist, weniger Komplikationen, mehr Gesundheit und mehr Leben zu garantieren“, sagte Roberto Mirabella aus Santa Fe, der von seinem Haus aus für den Gesetzesentwurf plädiert. In den letzten Stunden war er unter Druck gesetzt worden und sogar der Bischoff suchte ihn zuhause in Rafaela (eine Stadt in der Provinz Santa Fe)

auf. Dies war keine Ausnahme: Der Senator von Patagonien, Matías Rodríguez, eröffnete seine Rede damit, dass er sich mit seinen Kollegen, die von „Fanatiker*innen“ eingeschüchtert wurden, solidarisch erklärte.

Die Abtreibungsgegner kamen mit Drohungen und Schikanen und zogen die Debatte mit respektlosen, verlogenen und diskriminierenden Argumenten in die Länge, bspw., dass Kinder mit Down-Syndrom abgetrieben werden sollen oder dass „der Gesetzentwurf das ungebohrne Kind gar nicht berücksichtigt“; „wir können nicht die Fehler ausbügeln, die andere gemacht haben“; „was wird ein 13 Wochen alter Fötus denken, wenn er vom Leben in den Tod geschickt wird“; sogar Beispiele aus dem Jahr 500 v. Chr. werden bemüht oder die englische Dürre von 1315, etwa von Dalmacio Mera von der FDT aus Catamarca (eine Stadt in der gleichnamigen Provinz am Rande Argentiniens).

Um 1:15 Uhr verkündeten die ersten Journalist*innen, dass der Gesetzentwurf mit 38 Jastimmen angenommen wurde und damit Abstimmungsergebnis von 2018 genau umgedreht wurde.

Die Demokratie hat damit angefangen, ihre Schuld abzutragen: Zwischen 1983 und 2016 starben 3040 Frauen an den Folgen heimlicher Abtreibungen. Den Leugner*innen dieser Zahlen entgegnete María Inés Pilatti (FDT) aus dem Chaco: „Dies erinnert mich daran, dass Sie auch bestreiten, dass es 30 000 [„Verschwundene“ während der Diktatur] gab.“

Was kommt jetzt?

Die Verweigerung aus Gewissensgründen (durch Ärzte) und die eingefahrenen Denkmuster, die sich in Uruguay in den acht Jahren seit der Verabschiedung des Abtreibungsgesetzes als Hauptproblem bemerkbar gemacht haben, gehören zu den Hindernissen, „die wir überwinden müssen“, so Marta Alanís. „Wir haben eine sehr wichtige Aufgabe vor uns“, räumte sie ein. Aber wir können das schaffen, weil die soziale Akzeptanz vorangeschritten ist und weil wir die grüne Welle im Rücken haben, die „intakt und gegen alle Widrigkeiten gewappnet ist“. Wie zum Beispiel die Klagen, die die Abtreibungsgegnerin im Senat Silvia Elías de Pérez beim Obersten Gerichtshof einzureichen beabsichtigt. Ihr Anliegen ist offensichtlich, die bestehende strafrechtliche Verfolgung noch zu verschärfen: Seit 2012 wurden in 17 Provinzen 1532 Fälle von Abtreibung und 37 mögliche Geburtshilfeeingriffe strafrechtlich verfolgt, wie eine Erhebung des Zentrums für rechtliche und soziale Studien ausweist.

Andernorts haben sich „Socorristas“ mit Betroffenen versammelt. Eine von ihnen sagte: „Als sie abgestimmt haben, war ich für eine Weile fassungslos. Nach ein paar Minuten zogen in meinen Gedanken all die Gesichter und Situationen vorbei, die ich erlebt habe, und andere, die mein Denken und mein Leben verändert haben. Und dann konnte ich nicht mehr aufhören zu weinen. Egal, wie rational und kritisch ich dem Gesetz gegenüberstehe, das stärkste Gefühl war vielleicht, dass dies endlich Gerechtigkeit war, eine kleine Wiedergutmachung.“

Die Aktivistinnen, die jahrelang in konservativen Städten an die Öffentlichkeit gegangen sind, erreichen ständig Glückwünsche aus den verschiedenen Regionen. Jede Nachricht ist eine Erbauung. „Mein ganzes Leben lang habe ich dafür gekämpft und jetzt passiert es. Es ist sehr bewegend und gleichzeitig ist es etwas Gerechtes, Schönes und ein Zeichen der Liebe an unsere Adresse“, meinte Dahiana Belfiori aus Rafaela, Autorin von *Código Rosa, Geschichten über Abtreibung*.

Was wir erreicht haben, ist politisch äußerst bedeutsam.

Aus *La Diaria* vom 31.12.2020, französisch in *alencontre*

Übersetzung aus dem Französischen: MiWe

1 Seit 2014 versteht sich Socorristas als ein Netzwerk von Aktiven, das sich um das selbstverständliche Recht auf Leben und Gesundheit derjenigen kümmert, die sich für eine Abtreibung entscheiden, da die Erfahrungen der Vergangenheit zeigen, dass sich die Betroffenen trotz der restriktiven Gesetze und Strafandrohung für eine Abtreibung entscheiden. Die Ärmsten und Verletzlichsten setzen dabei sogar ihr Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel. Angesichts der Untätigkeit des Staates sind Informations- und Unterstützungsnetzwerke unvermeidlich, um die tragischen Verläufe zu vermeiden, die zu Verunsicherung, Leid und Ausgrenzung führen. [Ergänzung der Redaktion von *alencontre*]

DIE FRAUEN DER COMMUNE

Am 18. März 1871 erhebt sich in Paris das Volk gegen die Regierung Thiers. Mit einer Reihe fortschrittlicher Maßnahmen wollen die Aufständischen eine demokratische Herrschaftsform begründen, die die Interessen der einfachen Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Welche Rolle gerade die Frauen auf den Barrikaden der Commune¹ gespielt haben, beleuchtet das folgende Interview mit der Historikerin **Mathilde Larrère**. Der Interviewer war **Yohann Emmanuel**.

Was kann man über die Rolle der Frauen während der Ereignisse des 18. März, die den Beginn der Commune markieren, sagen? Lässt sich eine Parallele zu anderen revolutionären Ereignissen ziehen, in denen die Frauen eine zentrale Rolle innehatten, wie dem Marsch auf Versailles am 5. und 6. Oktober 1789 oder der Demonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März 1917, der die Russische Revolution einleitete?

Mathilde Larrère: Am 18. März machten sich sehr viele Frauen auf den Weg zum Hügel Montmartre, um die Soldaten daran zu hindern, die Geschütze dort zu beschlagnahmen. Die Erklärung dafür liegt einfach darin, dass es früh am Morgen war und die Frauen zuerst aufgestanden sind, um Wasser, Brennholz etc. zu holen. Aber es waren auch Männer dabei – wenn auch nur, weil die Frauen Alarm schlugen – und vor allem die Föderierten der Nationalgarde, die bloß aus Männern bestand und für Frauen nicht zugelassen war. Insofern war es ein recht gemischtes Volk, das sich mit den Soldaten auf dem Champs des Polonais auf Montmartre verbrüdete.

Am 5. und 6. Oktober 1789 waren die Frauen die treibende Kraft (es war ein Frauenverband, die Dames

de la Halle – die Frauen aus den (Markt-)Hallen –, die die Bewegung ins Leben rief), bevor sich die Nationalgarde ihnen anschloss; und am 8. März 1917 war es der Internationale Frauentag (seither ist dieser Tag auf den 8. März festgelegt). In all diesen Fällen wird bloß der Rolle der Frauen an diesen jeweiligen Tagen gedacht und für die übrige Zeit ausgeblendet, obwohl sie auch am 10. August 1792 und im weiteren Verlauf der Ereignisse von 1871 und der Russischen Revolution etc. präsent waren. Ihre Präsenz wird also bloß in Verbindung mit ihrer sozialen und hauswirtschaftlichen Rolle – besonders bei der Beschaffung von Nahrungsmitteln – sichtbar gemacht: Der 5. Oktober 1789 war ein Getreideaufstand, bei dem die Frauen nach Versailles gingen, um Brot zu holen, auch wenn sie am Ende den König nach Paris zurückbrachten; und der 8. März 1917 war für einen großen Teil der Petersburger Frauen, nämlich derer aus den Arbeitervierteln, weniger eine Demonstration für die Rechte der Frauen als eine Demonstration für Brot und Frieden. Daher darf die Sicht auf ihre Teilnahme an den revolutionären Ereignissen nicht auf diese wenigen Tage eingengt werden, auch wenn diese die Initialzündung waren.

Danach waren sie aber nicht in den offiziellen Institutionen der Commune vertreten. Haben sie das nicht eingefordert?

Es war kein Wahlrecht der Frauen bei der Wahl der Commune am 26. März vorgesehen und tatsächlich erhoben sie auch kaum Anspruch darauf. Das Wahlrecht war zu dieser Zeit keine vorrangige Forderung der Frauen: Anderes ging vor, erst recht bei den Kommunardinnen, von denen die meisten Sozialistinnen oder „Montagnardes“ (Sozialdemokraten) waren. Auf ihre Forderungen werden wir noch zurückkommen. Übrigens verhielt es sich genauso in der Französischen Revolution: Wohl ist oft die Rede von Olympe de Gouges und ihrer Erklärung der Rechte der Frauen und Bürgerinnen, mit der sie indirekt (aber nie explizit) das Wahlrecht einforderte, aber wie Dominique Godineau in ihren Werken über die revolutionären Frauen nachweist, forderten sie viel eher, der Nationalgarde beitreten zu können, als wählen zu dürfen.

Ist die Beteiligung von Frauen an den Kämpfen eine Besonderheit der Commune?

Nein, schon immer waren Frauen in Kämpfe involviert, aber hier muss man unterscheiden. Mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, war in den Aufständen vor der Commune eher unüblich, weil Frauen nicht unbedingt wussten, wie man mit Waffen umgeht, und weil die Mentalität vorherrschte, wonach es einfach unvorstellbar war, dass Frauen den Tod und zugleich das Leben gaben. So wurden sie von Waffen ferngehalten. Andererseits nahmen sie an Barrikadenkämpfen teil (besonders 1830 und 1848). Eine Barrikade soll eine Straße versperren, damit die anstürmenden Soldaten aufgehalten werden. Die Kämpfe finden dann auf zwei Ebenen statt: Zum einen kommt es zu einer direkten Konfrontation zwischen den Soldaten und den bewaffneten Männern auf der Barrikade, zum anderen wirft die Bevölkerung verschiedene Gegenstände aus den Fenstern – und das sind vorwiegend Frauen. Diese zweite Ebene ist ebenso wichtig (Untersuchungen haben gezeigt, dass es während der Aufstände gegen die Julimonarchie mehr Schädelbrüche als Schussverletzungen unter den Truppen gab), wird aber oft vergessen. Außerdem luden die Frauen auch die Gewehre nach, versorgten die Verwundeten und richteten die Barrikaden wieder auf etc. Die Besonderheit der Commune war, dass Frauen häufiger mit der Waffe in der Hand an den Kämpfen teilnahmen, vor allem auf Barrikaden, die von männlichen Kämpfern verlassen worden waren.

Eine der bedeutendsten Frauenorganisationen in der Commune war auch direkt in die Kämpfe involviert: die Frauenunion für die Verteidigung von Paris und die Pflege der Verwundeten. Können Sie dazu etwas sagen? Und in welchen Zusammenhängen konnten sich Frauen sonst organisieren?

Dies ist eine Organisation, die von Elisabeth Dmitrieff gegründet wurde, die von der IAA [Internationale Arbeiterassoziation, der offizielle Name der Ersten Internationale] von London nach Paris delegiert worden war. Ursprünglich waren zwei Männer delegiert worden, aber einer von ihnen war wegen Krankheit verhindert, sodass sie ihn kurzerhand ersetzte. Diese Organisation ist wegen ihrer Doppelfunktion interessant: die Verteidigung von Paris, womit die Frauen den Tabubruch einforderten, Waffen tragen zu dürfen; und die Versorgung der Verwundeten, die dem gegenüber der klassischen Rolle der Frau in der geschlechtlichen Arbeitsteilung entspricht. Es ist die am besten strukturierte und ziemlich zentralisierte Organisation mit drei Ebenen: lokale Komitees in jedem Bezirk, in denen Vertreterinnen für ein übergeordnetes Komitee gewählt wurden, und schließlich ein Zentralkomitee, das von Elisabeth Dmitrieff geleitet wurde.

Aber es gab auch andere Organisationen, vor allem Klubs, wie den Montmartre-Klub, in dem André Léo mitwirkte. Auch zwischen diesen Organisationen gab es gewisse Spannungen: Als André zum Beispiel auch der Frauenunion zur Verteidigung von Paris und der Pflege der Verwundeten beitrug, zeigte sich Elisabeth Dmitrieff über diese Doppelmitgliedschaft stark verärgert. Diese verschiedenen Organisationszusammenhänge waren „nicht gemischt“ (auch wenn der Begriff anachronistisch ist), von Frauen geführt und organisiert, genau wie die Frauenklubs in der Französischen Revolution oder im Jahr 1848 (und auch die Zeitungen von 1848), auch wenn in einigen Fällen Männer unterstützend tätig werden konnten. Die Frauen verstanden, dass sie sich so organisieren mussten, um handeln zu können und Gehör zu finden!

Gab es weitere „prominente“ Kommunardinnen?

Außer Louise Michel sind alle weitgehend in Vergessenheit geraten. Und auch sie – und vielleicht noch [Victorine] Brocher – sind hauptsächlich wegen ihrer Schriften in Erinnerung geblieben. Daneben gab es aber sehr viel mehr erwähnenswerte Frauen. Etwa André Léo, Verfasserin einer großartigen Kampfschrift *La guerre sociale*, in der sie kritisierte, dass man seit 100 Jahren „die Revolution ohne die Frauen machen“ will; Dmitrieff, deren weiteres Leben

nach der Commune weitgehend unbekannt ist; Paule Minck oder auch die etwas bekanntere Nathalie Lemel, die mit Eugène Varlin zusammenarbeitete und mit ihm eine Gastronomiegenossenschaft für das einfache Volk (La Marmite) gegründet hat. Aber über die meisten Kommunnardinnen gibt es keine Aufzeichnungen, abgesehen von ein paar namentlichen Erwähnungen auf Plakaten oder in den nachfolgenden Gerichtsakten aus Versailles. Davon abgesehen gilt dies mehr oder minder auch für die meisten Männer, die in der Commune kämpften, sieht man von Vallès, Courbet, Pottier und einigen anderen ab.

Außer dem Beitritt in die Nationalgarde oder darüber hinaus dem Recht, Waffen tragen zu dürfen, welche wichtigen Forderungen haben die Frauen der Commune noch gestellt?

Ihre Forderungen waren die, die schon von den Frauen 1848 erhoben worden waren, denen sie sozial und politisch recht nahe standen: das Recht auf Arbeit, gleiche Bezahlung wie die Männer und damit dieselbe Anerkennung ihrer Qualifikation. Sie forderten auch das Recht auf Bildung ein, das Scheidungsrecht, die Anerkennung der unehelichen Kinder, die Anerkennung der Konkubinen und ihre Gleichstellung mit den verheirateten Frauen. Einige von ihnen, namentlich Louise Michel, verlangten auch die Abschaffung der Prostitution.

Welche dieser Forderungen wurden erfüllt?

Im Rahmen der Frauenunion für die Verteidigung von Paris und die Versorgung der Verwundeten stand auch die Frauenarbeit im Mittelpunkt, und Elisabeth Dmitrieff erreichte die Zusage über eine Lohngleichheit, die sogar per Dekret für einen bestimmten Beruf garantiert wurde; sie gründete sogar Produktionsgenossenschaften für Frauen. Zahlreiche Schulen für Jungen und Mädchen wurden gegründet. Konkubinen wurden anerkannt, da die Commune verfügte, dass die Ehefrauen oder Konkubinen von im Kampf verwundeten oder gefallenen Nationalgardisten eine Rente erhalten sollten; auch die unehelichen Kinder wurden anerkannt. Hingegen wurden die Frauen nicht zur Föderierten Nationalgarde zugelassen: In der Blutigen Woche griffen sie dann von sich aus zu den Waffen.

Welche Rolle spielten die Frauen damals in der Arbeiterbewegung?

Dies war recht problematisch. Die Arbeiterbewegung war nicht nur männerdominiert, sondern es gab auch etliche Strömungen, die gegen die Arbeit von Frauen waren, die

ihnen als illoyal galt, weil sie schlechter bezahlt wurde. Und sie sahen in ihnen auch – allerdings vor allem in der Folgezeit – Streikbrecher, wofür es gar keinen Beleg gab, weil die Arbeitsteilung so geschlechtsspezifisch war, dass eine Frau nicht die Arbeit eines Mannes machen könnte.

Außerdem hielten sie Fabrikarbeit für amoralisch, und viele in der Arbeiterbewegung und der Internationale wollten, dass die Frauen, insbesondere wenn sie verheiratet waren, wieder in den Haushalt zurückkehren und zu Hause arbeiten sollten, und zwar unter noch schlechteren Bedingungen als in den Fabriken. In der französischen Arbeiterbewegung kamen noch der Einfluss des Proudhonismus und Proudhons ausgeprägte Frauenfeindlichkeit hinzu.

Dies galt natürlich nicht für alle Genossen. Eugène Varlin setzte sich beispielsweise sehr für die Gleichstellung der Geschlechter und insbesondere für gleiche Bezahlung ein, und als er zusammen mit Nathalie Lemel La Marmite gründete, waren die organisatorischen Aufgaben gleich verteilt. Aber solche Genossen waren in der Minderheit: Es gab mehrere Kongresse oder Konferenzen der Internationale in der Zeit vor der Commune – vor allem während der Weltausstellungen –, die mit zutiefst frauenfeindlichen Texten endeten, die sich gegen die Frauenarbeit richteten. Dagegen kämpften Dmitrieff, André Léo und Paule Minck schon vor der Commune: Sie führten stark frequentierte Konferenzen durch, in denen sie das Recht auf Arbeit und gleiche Löhne propagierten. Der Slogan „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist ein Slogan der Pariser Commune.

Kann man sagen, dass es damals eine feministische Bewegung in Frankreich gab?

Das ist schwierig, denn das Zweite Kaiserreich hatte die feministischen Bewegungen, die sich 1848 gebildet hatten, weitgehend zerschlagen. Es gab einen langsamen Wiederaufschwung im Gefolge von André Léo oder Paule Minck, aber auch Maria Deraismes, die die 1869 gegründete Zeitung *Le Droit des femmes* leitete und eine zentrale Rolle in der 1870 gegründeten Vereinigung für die Rechte der Frauen spielte. Aber vor allem innerhalb der Arbeiterbewegung entwickelte sich ein sozialistischer Feminismus oder feministischer Sozialismus. Erst später entwickelte sich eine feministische Bewegung außerhalb der Arbeiterbewegung, im Gefolge der Suffragetten wie Hubertine Auclert und Marguerite Durand.

Wenn wir uns das Ende der Commune ansehen, gab es eine besondere Repression der Frauen durch die Versailler?

Ja, aber dies war zweischneidig. Einerseits wurden mehr Verfahren gegen Frauen als gegen Männer eingestellt, was lange Zeit als nachsichtigerer Umgang der Justiz gegenüber Frauen gewertet wurde. Betrachtet man jedoch die Urteile, so stellt man fest, dass Frauen härter verurteilt wurden: 13 % der verurteilten Frauen wurden zum Tode verurteilt, verglichen mit 0,9 % der Männer; und 13 % wurden zu Zwangsarbeit und 13 % zur Deportation verurteilt, während die Zahlen bei den Männern 2,3 % bzw. 11 % betragen.

Der Grund dafür war, dass sie alle Tabus gebrochen hatten. Sie galten den Versaillern als Monster, besonders weil sie Frauen waren. Sie durchbrachen die Geschlechterordnung, indem sie ihren damals angestammten Platz (in der Küche und an der Wiege) verließen und in die Politik gingen, was zwangsläufig mit einer Revolution einherging. So lässt sich das Bild der Petroleusen verstehen, als welche die Kommunistinnen stigmatisiert wurden. Dieses Klischee findet sich seit den ersten Bränden in der Commune. Es taucht in der Versailler Presse auf, in den Gemälden und in den Prozessen, in denen immer wieder bewiesen werden sollte, dass Frauen die Brände gelegt haben (wobei die Versailler vergaßen, dass sie es waren, die die ersten Brandbomben geworfen hatten!)

Hatte die Niederlage der Commune in den folgenden Jahren nachteilige Folgen auf die Lage der Frauen und ihre Forderungen?

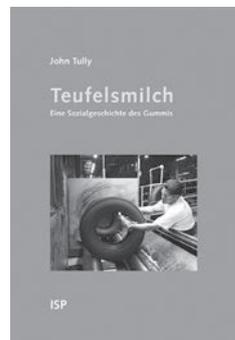
Nicht unbedingt. Es kam zur Wiederherstellung der „moralischen Ordnung“ durch die Versailler, aber das betraf alle und nicht nur die Frauen. Und als die Dritte Republik ins Leben gerufen wurde, schaffte sie zwar das Frauenwahlrecht ab, aber das lag daran, dass Frauen als zu klerikal angesehen wurden, und stand nicht in direktem Zusammenhang mit der Commune. Es gab also keinen „Gegenschlag“ wie nach der Französischen Revolution mit der Verabschiedung des Code Civil (1804). Natürlich wurden die erzielten Fortschritte einer nach dem anderen getilgt, aber dies galt auch für das gesamte Werk der Commune, das einfach ausgelöscht wurde.

Aus *l'Anticapitaliste la revue* vom Januar 2021.

Übersetzer: MiWe

1 Die kommende Ausgabe der *Internationale* wird anlässlich des 150. Jahrestags ein ausführliches Dossier zur Pariser Commune enthalten.

Neu bei ISP



John Tully

Teufelsmilch

Eine Sozialgeschichte des Gummis

Aus dem Englischen
von Klaus E. Lehmann
482 Seiten, Hardcover, 29,80 Euro
ISBN 978-3-89900-144-0
erscheint im Januar 2021

Für die moderne Welt ist Gummi genauso wichtig wie Öl oder Stahl. Dies zeigt sich schon an der Bedeutung internationaler Großkonzerne wie Michelin, Firestone oder Goodyear, die den Weltmarkt genauso beherrschen wie die Öl- oder die Automobilkonzerne. Es erstaunt daher, dass es bislang keine größere kritische Geschichte dieses Rohstoffs und seiner Herstellung gab. Dabei war Kautschuk lange eine der wichtigsten Kolonialwaren, die in Indochina, Südamerika oder dem Kongo unter äußerst brutalen Bedingungen gefördert wurden. Auch Häftlinge der Nazis mussten in den Konzentrationslagern synthetischen Gummi für die IG Farben fertigen. »Teufelsmilch« zeigt beispielhaft, wie der Kapitalismus bei der Ausbeutung von Mensch und Natur keine Grenzen kennt.

Neuer ISP Verlag GmbH

☎ (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

PROTESTE IN DEN LÄNDERN DES SCHWARZEN GOLDES

Anfang Oktober 2020 kam es in Nigeria nach dem 60. Jahrestag seiner Unabhängigkeit (1. Oktober 1960) zu Protesten der Bewegung gegen Polizeigewalt, #EndSARS. An den Demonstrationen, die fast zwei Wochen dauerten, beteiligten sich vor allem junge Menschen.

■ Jean Nanga

Ähnlich in Angola: Nach einer Kundgebung gegen Korruption im Oktober und weiteren Protesten gingen junge Menschen am 45. Jahrestag der Unabhängigkeit (11. November 2020) erneut auf die Straße, um ihrer Wut über die sozialen Verschlechterungen Ausdruck zu verleihen. Offenbar zieht hier eine neue Generation Bilanz über die postkolonialen Jahrzehnte, und dies in zwei Staaten, die als wirtschaftlich stark gelten.

Breite Proteste in Afrikas reichstem Land ...

Der 60. Jahrestag der Unabhängigkeit Nigerias fand wegen SARS-CoV-2 in gedrückter Stimmung statt. In den darauffolgenden Tagen sollte sich dies aber ändern. Den Anlass gab ein weiteres Vergehen der polizeilichen Sondereinheit SARS (*Special Anti-Robbery Squad*), die zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens eingesetzt worden war, im Verlauf der Jahre aber immer mehr dazu überging, Menschenrechtsverletzungen zu begehen oder selbst eine Art Gangstertum zu betreiben (von der Konfiszierung von Gegenständen zufällig angetroffener Leute über Folterungen und Lösegeldforderungen bis hin zu willkürlichen Hinrichtungen). Eine x-te willkürliche Ermordung (gefilmt) am Tag nach dem Jubiläum ließ die Forderung nach der vollständigen Auflösung dieser

Einheit neu aufflammen: #EndSARS. Dieses Mal kam es zu einer breiten Mobilisierung von hauptsächlich jungen Menschen, die offenbar schon aufgrund von rein äußerlichen Merkmalen das bevorzugte Ziel der SARS-Einheit sind. Am 8. Oktober verließen sie mitten in der Covid-19-Pandemie die „sozialen Netzwerke“ und gingen auf die Straße, und zwar nicht nur in Abuja (Bundeshauptstadt) und Lagos (Wirtschaftshauptstadt).

Trotz der herrschenden Homophobie¹ nahmen auch Schwule und Lesben teil, und trotz der herrschenden Phallokrate² spielte die *Feminist Coalition* eine zentrale Rolle in der Organisation der Solidarität. Die Behörden versicherten, sie hätten die Forderung nach Auflösung der Einheit gehört und auch weitere Forderungen wie die Erhöhung der Polizeigehälter. Die SARS-Einheit wurde in der Folge durch die SWAT (*Special Weapons and Tactics*) ersetzt. Die Bewegung stufte dies allerdings nur als Fassadenwechsel ein und ließ sich dadurch nicht bremsen. Denn einerseits hatten die Menschen auf der Straße damit gerechnet, einmal mehr getäuscht zu werden, und andererseits richtete sich ihr Protest nicht nur gegen die Polizeigewalt, sondern auch gegen andere Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft, mit anderen Worten: Gegen die soziale Gewalt, unter der die Mehrheit der Bevölkerung leidet. Auf den Transparen-

ten war unter anderem zu lesen: *#end unemployment, #end commercialization of education, #end hunger, #end lack of free medical care etc.*³

Gemessen am Bruttoinlandprodukt (BIP) ist Nigeria die führende Volkswirtschaft und größter Ölproduzent Afrikas (in erster Linie durch die Ölkonzerne Chevron, Exxon, Shell und Total). Das Öl macht 94 % der Exporteinnahmen aus. Nigerias Wirtschaft ist stark auf die Ausbeutung und den Export von Rohstoffen ausgerichtet und gilt als dynamisch, auch was die Zunahme der Kapitalist*innen betrifft (Dollarmillionäre und -milliardäre). Gleichzeitig kennzeichnet das Land: eine sehr hohe Armutsrate (70 % der Bevölkerung von insgesamt ca. 210 Millionen leben unterhalb der Armutsgrenze); hohe Arbeitslosigkeit (27,1 %, davon 53 % junge Menschen); 13 Millionen Kinder – meist Mädchen –, die nicht zur Schule gehen; „Babyfabriken“ für den Verkauf von Kindern; die Versorgung des internationalen Prostitutionsmarkts mit Frauen usw. Mit dem Sinken der Rohölpreise seit 2014 hat sich die soziale Lage weiter verschlechtert. Dazu kommt in jüngster Zeit, dass die (durch die neoliberale Globalisierung hervorgerufene) Covid-19-Pandemie resp. ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft zu einem Nachfragerückgang geführt haben.

Und als hätte die Arbeiterklasse dadurch nicht schon genug Schwierigkeiten, lastet auf ihr noch ein weiteres Problem: Nigerias Verschuldung beträgt 48 % des BIP und wächst seit 2019 besorgniserregend. Die Regierung hat Verträge mit internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF, der Weltbank und sogar der Afrikanischen Entwicklungsbank abgeschlossen. Nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer folgte die Regierung im September nun auch noch der neoliberalen Aufforderung, die Subventionen für Strom und Treibstoff abzuschaffen. Die zusätzliche Kostenerhöhung, die sich daraus ergibt, wird unter anderem auf die Lebensmittel- und Transportpreise umgewälzt. Angesichts dieser Angriffe auf das Budget der unteren Mittelschicht und der Arbeiterschicht – die bescheidene Erhöhung des Mindestlohns im letzten Jahr wird in fast einem Drittel der Bundesländer nicht umgesetzt – kann es nicht erstaunen, dass es in den Arbeitervierteln zu spontanen Protestaktionen kam.

Dies veranlasste die größten Gewerkschaften der Lohnabhängigen (*Nigerian Labour Congress, Trade Union Congress*), zu einem unbefristeten Streik aufzurufen, der dann aber am Vorabend des geplanten Termins (28. September 2020) von den Gewerkschaftsführungen „technisch für zwei Wochen ausgesetzt“⁴ wurde, ein paar Tage vor den unvorhergesehenen #EndSARS-Protesten. Schon

zuvor hatte die Regierung den Abbruch des Streiks der Ärzt*innen im öffentlichen Sektor erreicht (Mitglieder der *National Association of Resident Doctors*, 40 % der Ärzt*innen, die u. a. die Zahlung von Lohnrückständen aus den Jahren 2014 bis 2016 sowie Lohnerhöhungen fordern). Das öffentliche Gesundheitswesen ist in der neoliberalen Logik, die den privaten Sektor fördert, eines der Hauptopfer der drastischen Haushaltskürzungen, nicht nur in Nigeria oder Afrika. Für die Armen ist das besonders schlimm. Das Gleiche gilt für das öffentliche Bildungswesen, wo die Akademiker*innen der *Academic Staff Union of Universities* allerdings an ihrem Streik festhalten und die öffentlichen Universitäten seit März lahmlegen (Stand: zweite Dezemberwoche).

In den Augen der nigerianischen Regierung förderte dieser Streik Mitte Oktober die massive Beteiligung der Student*innen an den #EndSARS-Protesten. Eine Wissenschaftlerin erklärte hingegen: „Alles, was wir verlangen, ist, als Lehrkräfte gerecht behandelt zu werden [...]. Wir fordern keine überzogenen Gratifikationen, sondern nur so viel, das uns über die Armutsgrenze hebt.“⁵ Ende September rief die *Coalition for Revolution (CORE)* für den 1. Oktober 2020 zu einer nationalen Demonstration auf und kritisierte unter anderem die „Politik gegen das Volk“, die „außergerichtlichen Hinrichtungen“ und die „schlecht durchdachte Politik der Auslandsverschuldung, die eine Belastung darstellt und zukünftige Generationen versklavt“.⁶

Die #EndSARS-Bewegung in mehreren Bundesstaaten Nigerias ist sicher im internationalen Kontext des Kampfs gegen Polizeigewalt in den USA und Frankreich entstanden, aber auch und vor allem im lokalen sozialen Kontext von Widerstandsaktionen der unteren Schichten gegen die neoliberalen Angriffe. Das lässt sich zurzeit nicht nur in Nigeria beobachten. So fehlte es der zweiwöchigen Besetzung der Autobahnmautstelle Lekki in der Wirtschaftsmetropole Lagos nicht an Symbolkraft: Die Stadt Lekki ist eine Business-Stadt, eine Freihandelszone. Auch wurde bekannt, dass führende Persönlichkeiten des nigerianischen Kapitalismus versucht hatten, die Bewegung zu spalten und zu stoppen, indem sie bestimmte Exponenten der Bewegung aufforderten, den Fassadenwechsel von SARS zu SWAT positiv darzustellen – Hauptsache, die Geschäfte konnten ungestört weitergehen.⁷ Mit von der Partie waren offenbar philanthropisch-kapitalistische Stiftungen (MacArthur Foundation, Open Society Foundation), die für das Vergolden der Ketten der kapitalistischen Herrschaft zuständig sind. Aber ohne Erfolg, die Mobilisierung ging weiter.

Deshalb blieb wohl nur noch die Option, auf die Demonstrant*innen zu schießen, nachdem man in den Tagen zuvor noch vergeblich versucht hatte, Schergen gegen die Bewegung einzusetzen, um sie zu zerschlagen. An der besetzten Mautstelle in Lekki (etwa zehn Tote) und bei anderen Protesten wurden etliche Menschen, denen wir ein ehrendes Andenken bewahren werden, getötet. Als gelte es, uns daran zu erinnern, dass die Gewalt der SARS-Einheit nicht das Ganze ist, sondern nur „das sichtbarste, das alltäglichste, ja das größte Element einer vorgegebenen Struktur“, um Worte von Frantz Fanon zu zitieren, die er in anderem Zusammenhang äußerte.⁸ Es ist die Struktur der staatlichen Gewalt bzw. des neokolonialen Staats, dessen Geschichte stark von den drei Jahrzehnten geprägt ist, in denen Putschisten und Armeeführer an seiner Spitze standen (1966–1998). Darunter der jetzige Präsident Nigerias, Muhammadu Buhari, der Ende 1983 durch einen Militärputsch an die Macht kam und bis 1985 Präsident war. 2015 wurde er erneut Staatsoberhaupt, dieses Mal in einer Wahl. Trotzdem scheint er sich von der Kasernenkultur nicht richtig befreit zu haben.

Gegen die bewaffneten islamistischen Gruppen (Boko Haram und andere), die die Bevölkerung im Norden misshandeln und töten, erweist sich die Staatsgewalt seit einem Jahrzehnt als machtlos, während sie gegen friedliche Demonstrant*innen hart und unerbittlich vorgeht. „Das Polizeisystem ist in seinen Ursprüngen und seiner Ideologie in erster Linie darauf ausgelegt, die politische Elite auf Kosten der normalen Bürger*innen zu schützen. Bis vor wenigen Wochen wurde die nigerianische Polizei durch ein Kolonialgesetz von 1943 aufgestellt und reglementiert. Und dieses Gesetz wiederum wurde erlassen, um ein 1930 eingeführtes Polizeisystem zu regeln.“⁹ Diese Aussage vermittelt einen guten Eindruck des neokolonialen Postkolonialismus. Daher die fehlende Anteilnahme des nigerianischen Staatsoberhaupts am Tod der in Lekki und anderswo ermordeten Demonstrant*innen.

Stattdessen zeigte sich der mit der herrschenden Klasse solidarische Präsident zum Beispiel bestürzt darüber, dass Protestierende aus Wut über das „Lekki-Massaker“ in Lagos die „unantastbare“ Residenz des traditionellen Königs Oba angegriffen und geplündert haben. Demonstrierende und Soldaten – die ebenfalls der Arbeiterklasse angehören – haben dabei Reis- und andere Lebensmittelvorräte unter sich aufgeteilt. Bei den Kundgebungen in Nigeria entdeckten die Demonstrant*innen an mehreren Orten Lager mit Lebensmittelvorräten, die während der Gesundheitskrise für die Armen bestimmt waren, aber offenbar

von den Würdenträgern der Macht (auf Bundes- und Landesebene) abgezweigt wurden. Die Demonstrant*innen haben die Lebensmittel gemeinsam mit anderen Armen (inklusive Soldaten) informell „zurückgeholt“. Denn sie warten noch auf die Umsetzung des „Plans, 100 Millionen Nigerianer*innen in den nächsten 10 Jahren aus der Armut zu befreien; einen 75 Milliarden Naira schweren Nationalen Investitionsfonds für die Jugend zu schaffen [...]“; Ziele, die der Staatsoberhaupt in seiner Rede nach den Erschießungen in Lekki erwähnte.

Der Plan dürfte wohl ein Versprechen bleiben. Darauf deuten jedenfalls die Verträge hin, die der nigerianische Staat mit dem kollektiven Neokolonialismus bzw. mit den internationalen Finanzinstitutionen (IWF, Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank) abgeschlossen hat, um die Neoliberalisierung zu vertiefen und die Strukturreformen fortzuführen. Die damit verbundene Verschuldung ist für die Finanzinstitutionen als Gläubiger natürlich ebenfalls profitabel. Die Strukturreformen beinhalten unter anderem die Privatisierung von rund zehn rentablen Staatsbetrieben¹⁰, darunter die *Nigerian National Petroleum Company* (mit etwa zehn Niederlassungen), die für das Bruttosozialprodukt Nigerias eine wichtige Rolle spielt. Anders gesagt, den üblichen Hauptnutznießern der neokolonialen Unabhängigkeit Nigerias werden neue Geschenke gemacht. Zum kollektiven Neokolonialismus im neoliberalen Gewand gehören auch das transnationale Kapital und die einheimischen Kapitalist*innen, die oft mit den politischen Führungen (von Landes- bis Bundesebene) verbandelt sind und neben ihrem Konsumwahn für ihre kapitalanhäufende Kleptomanie bekannt sind, inklusive (Selbst-)Vergabe von öffentlichen Aufträgen, Korruption usw.

... und beim zweitgrößten Ölproduzenten Afrikas

Deutlicher treten die kritischen Bewegungen in Angola hervor: Am 11. November 2020 haben vor allem junge Menschen einem Demonstrationsverbot anlässlich des 45. Jahrestages der Unabhängigkeit getrotzt. Diese Unabhängigkeit wurde zugunsten der Bewegung zur Befreiung Angolas/MPLA nach 13 Jahren nationalem Befreiungskrieg 1974–1975 im Zusammenhang mit der »Nelkenrevolution« im portugiesischen Kolonialreich errungen. Dann folgte der 27-jährige angolische Bürgerkrieg (1975–2002), der zu einem Brennpunkt des Kalten Krieges¹¹ wurde; in dessen Verlauf wurde ein Großteil der Infrastruktur zerstört.

Die demonstrierenden Jugendlichen setzten sich damit der Repression aus, wobei die Polizei auch mit scharfer

Munition geschossen hat – allerdings ohne Vergleich zum „Lekki-Massaker“ – was offenbar einen Toten zur Folge hatte. Für die Demonstrierenden waren 45 Jahre soziale Ungerechtigkeit zu viel. Wie auch in Nigeria hat diese Demonstration ihre Vorgeschichte.

Ab dem Ende des Bürgerkriegs (2002) ist die angolische Jugend vor allem während des letzten Jahrzehntes des pseudo-demokratischen Regimes von José Eduardo Dos Santos (1979–2017) dazu übergegangen, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, obschon das Regime bspw. die als *Revolutionäre Bewegung Angolas* bekannte Gruppierung gewaltsam verfolgt. Diese wird oft als soziale, aber apolitische Bewegung dargestellt, doch hat sie im März 2011 (im Zusammenhang mit den Volksaufständen im Norden Afrikas) zur Revolution aufgerufen und damit die vielschichtige Dynamik der sogenannten *Revús* (Revolutionäre) in Gang gesetzt, die von 32 Jahren sozialer Ungerechtigkeit unter dem herrschenden Regime die Nase voll hatten. Einige Jahre später (2015–2016) gab es weitere repressive Maßnahmen in Form von Prozessen gegen einige der sogenannten „15 + 2“ *Revús* (15 Männer und 2 Frauen); diese wurden beschuldigt, „Handlungen vorzubereiten, die darauf abzielten, die Ordnung und Sicherheit des Landes zu untergraben“ (30. Juni 2015), und zwar auf der Grundlage eines Lesekreises eines Buches, das vom Regime Dos Santos als subversiv angesehen wurde.

Sein ehemaliger Verteidigungsminister und Nachfolger an der Spitze des Staates, General a.D. João Laurenço, blieb von dieser Bewegung nicht verschont, auch nicht während des Ausnahmezustandes, der während der Gesundheitskrise von Covid-19 verhängt wurde. Im Verlaufe dieses Ausnahmezustandes scheint es unter anderem zu polizeilichen Gewalttaten gekommen zu sein, die zwar nicht mit der nahezu systematischen Gewalt der SARS-Einheiten vor dem Ausnahmezustand vergleichbar, aber durchaus mithin mörderisch waren. „Die Morde der Polizei häufen sich und gehen weiter; sie haben nichts anderes zu tun, als den Abzug zu drücken, die armen Leute und die Bewohner*innen der Vororte – in den gottverlassenen Winkeln – zu töten“¹², sagte ein lokaler Journalist und verwies auf die Armut der Opfer. Auch wir gedenken aller Opfer dieser Gewalt.

Mit der Veruntreuung öffentlicher Gelder und der Selbstvergabe von Aufträgen (statt „Korruption“) durch die Machthaber sind Armut und Arbeitslosigkeit die Hauptthemen, die junge Menschen seit 2011 mobilisieren. Die angolischen Aktivist*innen vom 11. November 2020, meist junge Leute, die einem vermeintlich abschre-

ckenden Polizeiaufgebot getrotzt hatten, verwiesen auf ihre Arbeitslosigkeit, ihre leeren Bäuche und den Hunger, der für sie alltäglicher war als Covid-19. Obwohl das Land das sechstgrößte BIP in Afrika aufweist und dieses vor 2014 (Rückgang der Rohölpreise) bei bis zu 20 % lag, ist die Verteilung des Reichtums in dem zweitgrößten Öl-produzierenden Land Afrikas (40 % des BIP) so wie in Nigeria, besonders ungleich, ein großer Teil davon ist auf die angolische Herrschaft in der kongolischen Exklave Cabinda zurückzuführen. Zugleich ist Angola der zweitgrößte Diamantenproduzent weltweit. Die Zahl der Armen (bei einer sehr freundlich angenommenen Armutsschwelle von 1,90 US-Dollar pro Tag) ist sehr hoch und wächst¹³, auch aufgrund einer hohen Arbeitslosenquote (32,7 %).

Dies ist natürlich die Folge der Einbindung Angolas in die kapitalistische Weltwirtschaft, als eine vom internationalen Kapital (einschließlich des chinesischen) dominierte Wirtschaft, die extraktivistischer ist als in Nigeria, sowie der Kleptomanie der Herrschenden, die sich ebenfalls auf Kosten der Staatskasse bereichern. Das entspricht einem recht unverhüllten Brauch in Zentralafrika, bei dem das Staatsoberhaupt und seine Familie als Vorreiter der Unredlichkeit fungieren. Die 38 Regierungsjahre von José Eduardo Dos Santos waren somit die Gründungs- und Entwicklungsphase der *La dos Santos Company*, wie die Journalistin Estelle Maussion es nennt. Auch andere Würdenträger der MPLA und deren Strohmänner und Gesellschafter*innen schufen in dieser Zeit ihr Vermögen und ihre Unternehmen und haben sowohl vor als auch nach 2014 die privatkapitalistische Dynamik im eigenen als auch im fremden Land angetrieben. Das angolische Kapital hat auf allen Kontinenten, einschließlich der Steueroasen, investiert, mit einer besonderen Vorliebe für das ehemalige Kolonialland, was einige dazu veranlasst hat, auch nach 2014 von einer „umgekehrten Kolonialisierung“, „der Übernahme Portugals durch Angola“ usw. zu sprechen.

Als ob er sein Mitgefühl für die zunehmende Armut und Jugendarbeitslosigkeit zeigen wollte, versprach João Lourenço als Kandidat und dann als gewählter Präsident die Schaffung von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, obwohl sich die Wirtschaft bereits (ab 2016) in der Rezession befand. Nicht nur, dass das Versprechen (noch) nicht eingelöst wurde, sondern es muss wahrscheinlich mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden. In einer Vereinbarung mit dem IWF hat sich die überschuldete angolische Regierung (die Verschuldung

wird auf mehr als 110 % des BIP geschätzt) auch zu neoliberalen „Strukturreformen“ im Jahr 2018 verpflichtet, die zu einem vom Privatsektor getragenen Wirtschaftswachstum führen sollen.

So ist zum Beispiel die Privatisierung von 190 Staatsbetrieben geplant, vor allem der profitabelsten, darunter die nationale Ölgesellschaft Sonangol und die Diamantenfirma Endiama. Dies wird nicht nur dem transnationalen Kapital, den einheimischen Kapitalist*innen und den MPLA-Geschäftemacher*innen (wovon die Familie Dos Santos inzwischen ausgeschlossen wurde) zugutekommen, sondern auch mit Entlassungen statt mit der Schaffung von Arbeitsplätzen einhergehen. Höchstwahrscheinlich wird dies mit dem Verlust bestimmter Rechte der Lohnabhängigen einhergehen – ganz im Sinne der neoliberalen Flexibilisierung, um Investoren anzulocken – und unter den wachsamen Augen des Mitorganisators der Klassenherrschaft, der Weltbankagentur Doing Business stattfinden. Auch wenn der IWF vorgibt, am Wohl der Bevölkerung und an der „Inklusion“ interessiert zu sein, können die angeblich sozialen Haushaltsausgaben der Anpassung an das Austeritätsprinzip nicht entgehen, und das in einem Land, in dem der Zugang zum öffentlichen Gesundheits- und Bildungswesen ziemlich begrenzt bleibt und diese oben- und unten von einer oft beklagenswerten Qualität sind.

Was den ebenfalls versprochenen „Kampf gegen die Korruption“ angeht, so hat das Lourenço-Regime sicherlich gepunktet, indem es der *Dos Santos Company* und ihrer politischen und/oder geschäftemacherischen Klientel auf den Leib gerückt ist. Dabei wird aber auch kritisiert, dass dies in Form von Abrechnungen mit der Dos Santos Fraktion durchgeführt werde, wobei die Augen und Ohren vor anderen Akteuren der sogenannten „Korruption“ verschlossen würden. So wurde auf den von der Polizei unterdrückten Demonstrationen im Oktober 2020 kritisiert, dass der Stabschef, der auch als rechte Hand von João Lourenço und als ein berühmter Geschäftsmann gilt, in seinem Amt bleibt. Ihm wird vorgeworfen, sich selbst öffentliche Aufträge zugeschanzt und öffentliche Gelder veruntreut zu haben. Am 9. November machten sich die Demonstrant*innen sogar dafür stark, dass der Chef des als Dieb bezeichneten Mannes zurücktreten soll; die Justiz scheint sich jedoch nicht für den Fall zu interessieren.

Auf jeden Fall wird die Entschlossenheit von João Lourenço, neoliberale „Strukturreformen“ durchzuziehen (mit besonderer Unterstützung seiner Frau, einer ehemaligen angolanischen Ministerin und ehemaligen hohen Weltbank-Funktionärin), wohl die Veruntreuung öffent-

licher Gelder („Korruption“) reduzieren. Da jedoch die lukrativsten Geschäftszweige privatisiert werden sollen, wird die „Kleinkorruption“ wegen der Verarmung der Beamten zweifellos weitergehen. Trotzdem aber wird dieses „entschlossene Vorgehen“ nicht in der Lage sein, die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Armut sowie der sozialen Ungerechtigkeit zu lösen, die gerade zum Wesen der vom angolanischen Regime vertretenen kapitalistischen Wirtschaft gehören.

Die Kritik an den herrschenden Klassen

Die angolanischen und nigerianischen Demonstrant*innen lehnen die Fortführung dieses kapitalistischen Weges mehr oder minder aus pragmatischen und empirischen Gründen ab, für den sich die herrschenden Klassen dieser beiden ölproduzierenden Länder gemeinsam entschieden haben: Sie träumen von einem anderen Angola („ein besseres Angola“, von dem auch João Lourenço angeblich träumt¹⁴) und von einem anderen Nigeria („Wir sind entschlossen, nicht nur für Gerechtigkeit, sondern für ein neues und besseres Nigeria zu kämpfen, in dem alle Bürger*innen sicher und wohlhabend sein werden“¹⁵). In der Kritik wird jedoch selten der „Neokolonialismus“ oder der „Neoliberalismus“ angeprangert. Darüber hinaus schrecken die Demonstrant*innen nicht davor zurück, die Sprache der *Internationalen Finanzinstitutionen* (IFIs) zu verwenden, indem sie eine „gute Regierungsführung“ als eines der Ziele ihres Kampfes propagieren – an einschlägigen Begriffen mangelt es nicht – und in derselben Logik behaupten, keine politischen Motive zu verfolgen¹⁶.

Diese Bewegungen haben jedoch eine gewisse Heterogenität. Im nigerianischen Fall zum Beispiel riefen nach dem «*Lekki-Massaker*» Gruppen von Demonstrant*innen, die die Zerstörung von öffentlichem (Polizeistationen usw.) und privatem Eigentum, die Plünderung von Einkaufszentren usw. verurteilten, dazu auf, die Straßen zu verlassen und auf den sozialen Medien ein Rückzugsgefecht zu führen. Die *Alliance on Surviving Covid and Beyond* (ASCAB)¹⁷ zum Beispiel appellierte für eine (Re-)Dynamisierung der sozialen Kämpfe, in einer Sprache, die manche als ideologisch bezeichnen würden: „Wir, die unterzeichnenden repräsentativen Organisationen der organisierten arbeitenden Bevölkerung, unterstützen die #EndSARS-Proteste und die Massenprotestbewegung unmissverständlich und rufen unsere Mitglieder auf, sich der laufenden Bewegung anzuschließen. Wir rufen die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen dazu auf, sich für einen strukturierten und nachhaltigen Dialog innerhalb der Bewegung und den

unterdrückten und rebellierenden Menschen zu engagieren, um die Bewegung voranzutreiben. Die Regierung und die herrschende Elite sind derzeit sehr schwach und gespalten und wissen nicht, was sie tun sollen. Jetzt ist es an der Zeit, unsere gewerkschaftlichen Forderungen durchzusetzen. Die Beschäftigten des Gesundheitswesens könnten ihre Streiks wieder aufnehmen. Die Lehrer*innen könnten Aktionen zur Durchsetzung der Versprechen organisieren, die Buhari ihnen gemacht hat. Der NLC und der TUC könnten Aktionen gegen die steigenden Treibstoff- und Strompreise und für die vollständige Umsetzung des Mindestlohns in allen Bundesstaaten sowie gegen die brutale Unterdrückung der Massenproteste durch die Regierung in die Wege leiten.¹⁸

Die Heterogenität der angolanischen Bewegung zeigte sich kürzlich anhand der Reaktionen auf João Lourenços Einladung zum Dialog. Die protestierenden Jugendorganisationen reagierten wohlwollend und nahmen am 26. Oktober 2020 an diesem Dialog teil, weil sie darin eine Gelegenheit sahen, gemeinsam mit der Regierung Lösungswege für die sozialen Missstände zu finden, die zu den Mobilisierungen geführt haben. Andere hingegen halten einen strukturellen Wandel des MPLA-Regimes für unmöglich, da dessen Interessen denjenigen des angolanischen Volkes diametral zuwiderlaufen; die MPLA regiert seit 45 Jahren und zeigt bloß Verachtung für das Volk und hetzt ihm die Polizei auf den Hals, mitunter auch mit tödlichen Folgen. Beide Strömungen engagieren sich jedoch in Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen und setzen natürlich auf eine Niederlage der MPLA und zugleich darauf, Druck von unten auf die gewählten Vertreter*innen und besonders die dort vertretenen Revús ausüben zu können.

Davon könnte die wichtigste Oppositionspartei, die UNITA, profitieren, da sie die jungen Demonstrant*innen unterstützt, zugleich aber in keiner Weise gegen die generellen Ziele der neokolonialen Herrschaft mit ihrer aktuell neoliberalen Orientierung kämpft, deren Interessen zunehmend von der regierenden MPLA geteilt werden, auch wenn sich dadurch die soziale Lage verschlechtert. Dagegen protestieren eben Teile der angolanischen Jugend so wie in Nigeria und anderen und hoffentlich bald in noch mehr Regionen Afrikas.¹⁹ Dies könnte auf einen Regierungswechsel in Angola hinauslaufen, ohne dass dies jedoch an den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen etwas ändert, wie das Beispiel Nigerias zeigt. Dies wäre dann wieder typisch für die sogenannten demokratischen Wahlen in Afrika – wenn sie denn überhaupt stattfinden.

In Angola, Nigeria, wie auch anderswo, können diese Demonstrationen gegen Polizeigewalt und „Korruption“ und für soziale Gerechtigkeit das Bewusstsein dafür schaffen, dass eine globale und emanzipatorische Alternative zum Neokolonialismus nottut. Unabhängig von den ausschlaggebenden lokalen Besonderheiten wird diese Alternative jedoch nur machbar sein, wenn sie sich zumindest auf die kämpferische und dauerhafte Selbstorganisation der Arbeiter*innenklasse, der Frauen und Jugendlichen – kurzum die Verdammten dieser Erde – stützt und den Verschiedenheiten Rechnung trägt, aber dennoch verbindet. Ethnische und konfessionelle Zugehörigkeit dürfen nicht länger instrumentalisiert werden, wie bspw. bereits die Kampagne von #EndSARS deutlich gemacht hat. Wir brauchen ein kollektiv, demokratisch und breitestmöglich erarbeitetes Verständnis von der künftigen Gesellschaft, der Bewegung und ihrer Perspektiven, ohne dabei den afrikanischen und globalen Kontext außer Acht zu lassen.

Auch wenn wir in einer angeblich „beschleunigten“ Zeit leben²⁰, muss diese Arbeit ohne Hast und umsichtig erfolgen und das Schicksal der jüngsten Volksaufstände in Afrika, wie auch anderer progressiver Bewegungen auf der Welt (etwa Podemos in Spanien) vor Augen haben. Denn dort zeigte sich wieder einmal die Widerstandsfähigkeit des kollektiven Neokolonialismus und die Stärke des Kapitalismus als multidimensionales System, das sehr wohl in der Lage ist, die Fassade zu wechseln, ohne deswegen weniger autoritär zu sein, und damit auch die anti-neoliberalen oder gar antikapitalistischen Kräfte in die Irre zu führen. Wie schon zuvor gibt es auch heute in Angola und Nigeria, in Afrika und anderswo keine Abkürzung auf dem Weg zu einer freien Gesellschaft, die darauf bedacht ist, den künftigen Generationen nicht nur Bedingungen zu hinterlassen, die auf den Prinzipien der Volkssouveränität, der sozialen und geschlechtlichen Gleichheit, der Achtung der Meinungsfreiheit, der Menschenwürde, der Unterschiede (zum Beispiel der sexuellen Orientierung) usw. beruhen, sondern auch eine intakte Erde. Solche Ziele sind im Kapitalismus nicht erreichbar.

14. Dezember 2020

Übersetzung: Alena W. und Willi E.

1 Adeniyi Ademoroti, #EndSARS schließt queere Protestteilnehmer*innen aus. Wie kann eine Akzeptanz erzielt werden?, *African Arguments*, 28. Oktober 2020, <https://africanarguments.org/2020/10/28/endsars-excluded-queer-protesters-what-will-it-take-for-acceptance/>.

2 Die Feministin Angel Nduka-Nwosu (#SayHerNameNigeria), die sich mit der „sexualisierten Gewalt an Frauen in den Fängen der nigerianischen Polizei“ befasst, hat öffentlich gemacht, was – nicht nur in Nigeria – wohl gängige Praxis ist: „Bei einer Demonstration von #ENDSARS im Bundesstaat Edo State wurden drei Frauen aus Benin von Männern vergewaltigt ... die gegen das brutale Vorgehen der SARS protestierten. In Lagos wurden mehrfach Frauen belästigt, bedrängt oder gar ins Gesicht geschlagen von Demonstrantenteilnehmern, die sich ausdrücklich nicht „von Frauen etwas lassen wollen“. A. Nduka-Nwosu, „#ENDSARS: Is a Woman's Place Really in the Revolution?“, *African Feminism*, 25. Oktober 2020, <https://africanfeminism.com/endsars-is-a-womans-place-really-in-the-revolution/>.

3 Femi Aborisade, „Die nigerianische Bewegung gegen Gewalt und Armut“, in Femi Aborisade und Andy Wynne, „#EndSARS: Nigeria's Mass Movement Protest“, *Roape*, 27. Oktober 2020, <https://roape.net/2020/10/27/endsars-nigerias-mass-movement/>.

4 Abiodun Bagmiboye, Chinedu Bosah, „SPN [Socialist Party of Nigeria] verurteilt die Absage der Streiks durch die Führung der NLC und TUC“, *Democratic Socialist Movement*, 29. September 2020, <http://www.socialistnigeria.org/4741/2020/09/29/spn-condemns-suspension-of-strike-by-nlc-and-tuc-leadership/>

5 Citée par Kabiru Yusuf, „Nigerianische Universitäten streiken etwa alle fünf Jahre seit 1999, wie die Statistik zeigt“, *Premium Times*, 4. November 2020, <https://www.premiumtimesng.com/news/headlines/426119-nigerian-universities-on-strike-for-one-of-every-five-years-since-1999-data-shows.html>.

6 Alfred Olufemi, „1. Oktober: Die Organisatoren von #RevolutionNow rufen zu landesweiten Protesten auf“, *Premium*, 25. September 2020, <https://www.premiumtimesng.com/news/more-news/416862-october-1-revolutionnow-organisers-call-for-nationwide-protest.html>.

7 Offensichtlich wurde auch versucht, die Bewegung entlang ethnischer und religiöser Belange zu spalten. So stammt der Staatschef aus dem vorwiegend muslimischen Norden, wo es eine pro-SARS-Bewegung gibt, während die schlagkräftigeren Mobilisierungen im Süden des Landes stattfinden, wozu Lagos und erdölreiche Bundesstaaten gehören.

8 Es handelt sich hierbei um ein abgewandeltes Zitat aus einer Rede von Fanon auf dem 1. Kongress der schwarzen Schriftsteller und Künstler (Paris, 1956): „Der Rassismus ist nicht das Ganze, sondern nur das sichtbarste, das alltäglichste, ja das größte Element einer vorgegebenen Struktur.“, F. Fanon, *Für eine afrikanische Revolution. Politische Schriften*. März, Frankfurt am Main 1972,

9 Ayo Sogunro, „Warum #EndSARS nicht aufgeben wird“, *Africa Arguments*, 15. Oktober 2020, <https://africanarguments.org/2020/10/15/why-endsars-wont-quit/>.

10 Durch die Privatisierung der staatlichen Elektrizitätswerke wurden die Probleme der nationalen Stromversorgung nicht behoben, sondern sogar noch schlimmer.

11 Die MPLA wurde von der UdSSR und Kuba unterstützt, während die konkurrierenden UNITA (Nationale Union für die völlige Unabhängigkeit Angolas) und FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) von den USA, Westeuropa und

dem Apartheid-Regime in Südafrika unterstützt wurden.

12 Simão Hossi, „Angola: Die Polizei erschießt einen Jugendlichen wegen Verstoßes gegen die Lockdown-Vorschriften, so die lokalen Medien“, *Global Voices en Français*, 24. August 2020,

13 Nach Angaben der Weltbank, die die Armutsschwelle bei sehr schmeichelhaften 1,9 US-Dollar ansetzt, „hat die Zahl der Armen in Angola zwischen 2000 und 2014 von 4,9 Millionen auf 8,7 Millionen zugenommen und 2018 10 Millionen überschritten, wobei die Gesamtbevölkerungszahl bei 31 Millionen liegt. World Bank, *Angola Poverty Assessment*, 24. Juni 2020, p.ii, <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/34057>.

14 So zumindest seine Erklärung gegenüber einer Delegation der demonstrierenden Jugend am 26. November 2020.

15 Coalition of Protest Groups, „A Statement from The Coalition of Protest Groups Accross Lagos and Nigeria“, (cpngigeria.medium.com, 23. Oktober 2020, <https://cpngigeria.medium.com/a-statement-from-the-coalition-of-protest-groups-across-lagos-and-nigeria-524ff25e1a64>).

16 „Die Proteste waren nie politisch motiviert. Es geht auch nicht um ethnische oder Stammesangelegenheiten. Die Jugend im ganzen Land fordert Gerechtigkeit, eine gute Regierungsführung, Verantwortlichkeit und Reformen.“ so die Coalition of Protest Groups, idem. Wie im Rest der Welt wird auch hier angesichts der wachsenden sozialen Ungleichheit die Forderung nach einer vermeintlich gerechten Verteilung der Reichtümer erhoben, ohne den Kapitalismus infrage zu stellen. Man träumt vom Kapitalismus des Wirtschaftswunders und des „Wohlfahrtsstaates“. Darin liegt heutzutage der Unterschied zwischen der anti-antikapitalistischen Kritik am Neoliberalismus und dem Antikapitalismus.

17 Ein Bündnis aus Organisationen der Lohnabhängigen und etwa 70 Organisationen der Zivilgesellschaft, die zum Ziel haben, „die Interessen der Arbeiter*innen und der armen und schutzlosen Personen gegenüber den massiven ökonomischen und soziokulturellen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Nigeria zu wahren“. Sahara Reporters, „Covid-19: Falana Heads New Coalition to Champion Workers' Interest, Welfare“, 29. April 2020, <http://saharareporters.com/2020/04/29/covid-19-falana-heads-new-coalition-champion-workers-interest-welfare>.

18 Auszug aus der Erklärung bei Andy Wynne, „#EndSARS Protestors in Nigeria Need Our Solidarity“, in Femi Aborisade et Andy Wynne, *op. cit.*.

19 Gegenwärtig versucht #EndSARS wieder die Initiative zu ergreifen, obwohl ihr unverhüllt mit Repressionen gedroht wird und Organisationen der Zivilgesellschaft teilweise offen dagegen opponieren, weil sie sich vor möglichen Unruhen und Plünderungen fürchten. Unterdessen hat die Regierung eine leichte Preissenkung für Treibstoff angekündigt und möglicherweise auch für Strom.

20 Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2005.

Sofortige Vergesellschaftung der Pharmaindustrie!

Das selbst eine adäquate Impfstrategie Sofortmaßnahmen – etwa am Arbeitsplatz und besonders im Gesundheitswesen – zur wirksamen Eindämmung des Virus nicht ersetzen kann, versteht sich von selbst. Die aktuelle Handhabung der Impfungen jedoch, wo selbst die Metropolen und subimperialistischen Zentren um den erstmöglichen Zugriff auf die Impfsereien rangeln, ist nicht nur kurzfristig, da das Virus genauso wenig nationale Grenzen kennt wie die kapitalistische Globalisierung. Sie spiegelt auch die rassistische und neokolonialistische Denkungsart gegenüber den Ländern des globalen Südens wider, die ohnehin an den sozialen und gesundheitlichen Folgen der Pandemie am schwersten zu leiden haben.

Die groteske Affäre um den Pharmakonzern AstraZeneca, der mit der Billigung der EU-Institutionen sein Geschäftsgeheimnis über die gesundheitlichen Interessen der Bevölkerung stellen darf, macht überdeutlich, dass die Produktion der wirksamen Corona-Impfstoffe unter öffentlicher Kontrolle stattfinden muss. Dass die relevanten Fortschritte bei der Erforschung der Vakzine in öffentlichen Einrichtungen und/oder unter staatlicher Finanzierung erfolgt sind, während die jetzt anstehenden Milliardenprofite in private Hände fließen sollen, ist ein Argument mehr für die überfällige Vergesellschaftung der Pharmakonzerne.

Daher können wir uns der nachfolgenden Petition aus den Reihen der belgischen Sektion der IV. Internationale nur anschließen. [Redaktion der internationale]

Petition

Die Art und Weise, wie Pharmakonzerne wie Pfizer, AstraZeneca und andere ihre Quasi-Monopolstellung missbrauchen, um darüber zu bestimmen, wo, wann, wie viel und zu welchem Preis Corona-Impfstoffe zur Verfügung gestellt werden, zeigt deutlich, dass der Pharmasektor zu wichtig ist, um ihn in privatkapitalistischen Händen zu lassen.

In Belgien und auch sonst in Europa und Amerika hat die neoliberale Politik die Regierungen in den letzten Jahrzehnten dazu gebracht, die gesamte Kontrolle über die pharmazeutische Industrie in den Händen der Privatwirtschaft zu belassen. Zugleich wurden die Kosten für wissenschaftliche Forschung, Subventionen etc. größtenteils von der Gesellschaft getragen.

Auf der ganzen Welt, auch in unserem Land, haben die Regierungen im Namen der Bekämpfung des Coronavirus drastische Maßnahmen ergriffen, die in das

Leben von Milliarden von Menschen tief eingreifen. Es ist höchste Zeit, die erforderlichen Maßnahmen auch in einem lebenswichtigen Sektor wie der Pharmaindustrie zu ergreifen.

Die öffentliche Gesundheit muss Vorrang vor dem Profitstreben und den Interessen der Aktionäre haben. Alle Bereiche der Gesundheitspolitik müssen ein öffentliches Gut werden. Die Pharmabranche muss in öffentliches Eigentum überführt werden, um sicherzustellen, dass die Impfkampagne effektiv und für alle Menschen zugänglich und erschwinglich ist.

Daher fordern wir

- Die sofortige und entschädigungslose Vergesellschaftung der Pharmaunternehmen unter der demokratischen Kontrolle durch die Beschäftigten und die Gesellschaft als Ganze.
- Eine weltweite Planung, die das Wissen und die Produktionskapazität des pharmazeutischen Sektors in den Dienst einer breiten und effektiven Impfkampagne stellt.
- Die Abschaffung von Patenten auf Impfstoffe und Medikamente. Das gesamte Wissen über die Impfstoffe muss der Öffentlichkeit weltweit zur Verfügung gestellt werden.
- Weltweite Solidarität: Unterstützung der Forschung und Entwicklung von Produktionskapazitäten für Impfstoffe in anderen Teilen der Welt. Lieferung von ausreichenden und kostenlosen Impfstoffen für die Länder des globalen Südens, die noch nicht über die notwendigen Produktionskapazitäten verfügen.

Wir sind uns sehr wohl bewusst, dass eine Petition allein nicht ausreichen wird, um dies zu erreichen. Dazu sind Massenaktionen und -mobilisierungen notwendig und überfällig. Wir rufen daher die Linke, die Gewerkschaften und Solidarkassen sowie die sozialen Bewegungen auf, diese Forderungen zu unterstützen und für sie zu mobilisieren.

Thomas Weyts in *Lagauche* vom 29.1.21, übersetzt von MiWe

Die Petition kann gezeichnet werden unter:
https://www.petities.com/de_farmaceutische_industrie_in_publieke_handen_nu_socialisation_immediate_de_lindustrie_pharmaceutique

